

# Das Parlament

Berlin, 11. April 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 15-17 | Preis 1 € | A 5544

## KOPF DER WOCHE

### Kurs auf den Nato-Beitritt

**Sauli Niinistö** Der finnische Präsident geht von einem baldigen Beitritt seines Landes zum Nordatlantischen Verteidigungsbündnis aus. Er rechnet mit einer „gewaltigen parlamentarischen Mehrheit“ für einen entsprechenden Antrag Finnlands, sagte er in der vergangenen Woche. Ministerpräsidentin Sanna Marin strebt noch vor dem Nato-Gipfel in Madrid im Juni eine Entscheidung an. Nach Ostern soll das finnische Parlament in Helsinki darüber beraten. Finnland gehört zwar der Europäischen Union an, war aber nach dem Zweiten Weltkrieg ebenso wie das benachbarte Schweden militärisch neutral geblieben. Laut Umfragen unterstützen derzeit rund 60 Prozent der Finnen einen Nato-Beitritt. In früheren Jahren war dies stets auf Ablehnung gestoßen. *aw*



von dem Nato-Gipfel in Madrid im Juni eine Entscheidung an. Nach Ostern soll das finnische Parlament in Helsinki darüber beraten. Finnland gehört zwar der Europäischen Union an, war aber nach dem Zweiten Weltkrieg ebenso wie das benachbarte Schweden militärisch neutral geblieben. Laut Umfragen unterstützen derzeit rund 60 Prozent der Finnen einen Nato-Beitritt. In früheren Jahren war dies stets auf Ablehnung gestoßen. *aw*

## ZAHL DER WOCHE

1.300

**Kilometer Grenze** teilen sich Finnland und Russland. Bis zur Oktoberrevolution 1917 war Finnland Teil des russischen Zarenreiches. Im Winterkrieg 1939/40 musste sich das Land eines sowjetischen Angriffs erwehren, beteiligte sich 1941 am deutschen Überfall auf die Sowjetunion.

## ZITAT DER WOCHE

»Ich erwarte, dass alle Verbündeten sie willkommen heißen.«

**Nato-Generalsekretär** Jens Stoltenberg zu einem möglichem Beitrittsantrag Finnlands und Schwedens zur Nato.

## IN DIESER WOCHE

**INNENPOLITIK**  
**Gleichstellung** Digitalwirtschaft weiter fest in Männerhand *Seite 4*

**WIRTSCHAFT UND FINANZEN**  
**EEG-Umlage** Anhörung zum Entlastungsvorhaben der Koalition *Seite 6*

**EUROPA UND DIE WELT**  
**Kopf an Kopf** Frankreich vor den Präsidentschaftswahlen *Seite 11*

**KEHRSEITE**  
**Bundestag** Podiumsdiskussion zur Minderheitenpolitik *Seite 14*

## MIT DER BEILAGE



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
64546 Mörfelden-Walldorf



# Ratlos im Bundestag

**CORONA-PANDEMIE** Abgeordnete lehnen alle Vorlagen für und gegen eine Impfpflicht ab

Die Spannung war nicht zu überbieten, als vergangene Woche nach mehrmonatigen Beratungen und Verhandlungen die Abstimmung über vier vorliegende Konzepte für und gegen eine allgemeine Impfpflicht anstand. Kaum jemand wollte eine Prognose wagen, wie der Zählmarathon ausgehen könnte, allerdings wurde früh die Befürchtung laut, es könnte gar keine Vorlage mehrheitsfähig sein. Nach einer hochemotionalen Schlussdebatte, einem bissigen Geschäftsordnungsstreit über die Reihenfolge der Abstimmungen und einem mehrtägigen Marathon an Stimmabgaben und Auszählungen stand das ernüchternde Ergebnis am frühen Donnerstagmorgen fest: Eine allgemeine Impfpflicht wird es vorerst nicht geben. Kein Konzept fand eine Mehrheit.

**Kompromissvariante** Dabei hatte es zuvor aus Sicht der Impfpflicht-Befürworter einen Funken Hoffnung gegeben, weil zwei Konzepte zu einem Gesetzentwurf zusammengefügt wurden. Der Kompromiss sah eine Impfpflicht ab 60 Jahren vor, aber vergeblich. Für den Entwurf stimmten am Ende nur 296 Abgeordnete, 378 waren dagegen, 9 enthielten sich der Stimme. Der Kompromiss bestand formal aus der Zusammenführung der Gesetzentwürfe für eine Impfpflicht ab 18 Jahren (20/899) sowie für eine Impfpflicht ab 50 Jahren unter Vorbehalt mit verpflichtender Impfberatung (20/954). Die Kombination aus verpflichtender Impfberatung, altersbezogener Impfpflicht und dem Aufbau eines Impfreisters sollte die Union überzeugen, die aber ihr eigenes Konzept eines Impfvorsorgegesetzes (20/978) favorisierte, das dann auch durchfiel mit 172 Ja-Stimmen, bei 497 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen. Chancenlos war auch der Gruppenantrag für eine Stärkung der Impfbereitschaft ohne Impfpflicht (20/680), auf den 85 Ja-Stimmen entfielen, bei 590 Nein-Stimmen und 12 Enthaltungen. Der Antrag der AfD-Fraktion gegen eine Impfpflicht (20/516) erhielt 79 Ja-Stimmen und 607 Gegenstimmen.

In der Schlussdebatte warben zahlreiche Redner um Zustimmung für die von ihnen jeweils vertretenen Konzepte. In der emotionalen Debatte warfen sich insbesondere Abgeordnete von SPD und Union gegenseitig vor, einen mit breiter Mehrheit getragenen Kompromiss verhindert zu haben. **Pandemie-Herbst** Dagmar Schmidt (SPD) warb für die allgemeine Impfpflicht und warnte, es gehe nicht darum, wie die Lage jetzt sei, sondern um das, was im nächsten Herbst und Winter zu erwarten sei, wenn womöglich neue Virusvarianten auftraten. „Das Virus wird nicht einfach verschwinden.“ Es müsse Vorsorge getroffen werden, um das Gesundheitssystem und die Gesundheit der Menschen zu schützen. Entweder es gelinge, die Impflücke zu schließen und eine Grundimmunsierung zu erreichen, oder es müssten notfalls wieder Schutzvorkehrungen getroffen und Freiheitsbeschränkungen in Kauf genommen werden. Auch Tino Sorge (CDU) sprach von der Notwendigkeit, Vorsorge zu treffen. Es könne jedoch „nicht sofort und pauschal“ über eine Impfpflicht entschieden werden. Vielmehr komme es auf die konkreten Umstände an. Eine Impfpflicht auf Vorrat sei der falsche Weg. Es gehe im Übrigen um die Abwägung von Grundrechten, um Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit. Die Ampel-Koalition habe für ihr Konzept keine



Bundgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) warb in der Schlussdebatte nachdrücklich um Zustimmung zur allgemeinen Impfpflicht.

© picture-alliance/dpa/Kappeler

Mehrheit, wolle über den Unions-Vorschlag aber nicht ernsthaft diskutieren. Sorge betonte: „Wir sollten uns die Tür zur Versöhnung offen halten.“ **Freiheitsrechte** Alice Weidel (AfD) wies alle Versuche zur Einführung einer Impfpflicht zurück. Die Verfassung habe den Zweck, Freiheitsrechte zu garantieren, das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit rage dabei hervor. „Das ist unsere letzte Verteidigungslinie.“ Weidel sagte: „Die Impfpflicht ist nicht nur radikal verfassungsfeindlich, sie ist eine totalitäre Anmaßung, eine Entwürdigung des Individuums.“ Sie rügte: „Das unwürdige Impfpflichtgeschacher der Ampel ist blamabel und verantwortungslos.“ Wolfgang Kubicki (FDP) warb für eine selbstbestimmte Entscheidung der Bürger. „Es ist nicht Aufgabe des Staates, erwachsene Menschen gegen ihren Willen zum Selbstschutz zu zwingen.“ Andrew Ull-

»Wir sollten uns die Tür zur Versöhnung offen halten.«  
Tino Sorge (CDU)

mann (FDP) mahnte: „Wir dürfen den Winter nicht in einer Katastrophe enden lassen.“ Und Janosch Dahmen (Grüne) ergänzte: „Wir haben die Verantwortung, jetzt Vorsorge für den Herbst zu treffen.“ Nina Warken (CDU) gab der Ampel-Koalition die Hauptschuld an dem „Wirrwarr“ rund um die Impfpflicht. Die Koalition habe sich in Gruppenanträge geflüchtet. Damit habe die Gefahr bestanden, dass am Ende keine Entscheidung stehe. „Das war ein falsches Signal.“

Martin Sichert (AfD) kritisierte, die verantwortlichen Politiker hätten die Bürger in der Corona-Pandemie über die Impfpflicht belogen. Er bezeichnete explizit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) als Lügner, was Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) mit einer Rüge ahndete. Bundgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) hob die grundsätzliche Bedeutung der Impfungen hervor: „Wenn sich niemand hätte impfen lassen, hätten wir eine lupenreine Katastrophe.“ Sahra Wagenknecht (Linke) wandte sich gegen eine staatliche Impfpflicht. „Hören Sie auf, die Menschen zu bevormunden.“ Die Corona-Impfung müsse eine persönliche Entscheidung bleiben. *Claus Peter Kosfeld*

Die Ampel hat mit 416 Sitzen im Bundestag eine komfortable Mehrheit. Zumindest jede Verfahrensfrage der Geschäftsordnung müsste sich damit im Sinne von SPD, Grünen und FDP lösen lassen. Sie scheiterten mit ihrer Vorstellung von der richtigen Abstimmungsreihenfolge in der Impfdiskussion. Die drei Fraktionen konnten ihre Verfahrensmehrheit im Bundestag nicht mehr aufbringen. Nun wird man diese Geschäftsordnungsfrage kaum zur Gewissensentscheidung erklärt haben, trotzdem folgten nur 339 Koalitionäre dem Vorschlag ihrer Fraktionsführungen. Die Opposition hatte plötzlich die Verfahrenshoheit im Bundestag. Dies blieb nicht die einzige Schrecksekunde für die Impfpflicht. Dabei war Bundgesundheitsminister Karl Lauterbach bis zuletzt überzeugt davon, dass er für seinen Impfkompromiss eine Mehrheit bekommen würde. Am Ende gab es aber nahezu ausschließlich von Rot-Grün Stimmen für den Kompromiss. Die übrigen Fraktionen stimmten annähernd geschlossen dagegen. Bei einem solch eindeutigen Ergebnis bleibt rätselhaft, woher die zuvor verbreitete Zuversicht kam. Ausgerechnet in der wichtigsten Woche seiner bisherigen Amtszeit unterliefen dem Gesundheitsminister Fehler. Es zeichnet ihn aus, dass er dies auch zugibt. „Hier habe ich einen Fehler gemacht“, sagte Lauterbach in einer ZDF-Talkshow zu seiner Kehrtwende in der Frage der Isolierungspflicht bei einer Corona-Infektion. Ein Satz den man selten hört. Fehler einzugehen ist eine Stärke. Darauf hat auch der ehemalige Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU, Ralph Brinkhaus, hingewiesen, vor einem Jahr in derselben Talkshow. Die Debatte über die Impfpflicht wirkte offen und ehrlich, war aber keine Sternstunde wie es andere Gewissensentscheidungen häufig waren. Sie war es auch deswegen nicht, weil der Impuls für eine fraktionsübergreifende Lösung in diesem Fall nicht aus dem Parlament selbst kam. Die Angelegenheit wurde durch die Regierung zur Gewissensfrage erklärt. Doch nicht alle Abgeordneten wollten sich das von der Regierung diktieren lassen. Das Ergebnis: Die Entscheidung konnte die Debatte weder befrieden noch die Polarisierung beenden. Es bleibt die Hoffnung, dass die Schrecksekunden in diesem Verfahren ein Weckruf waren.

## EDITORIAL

### Ohne Mehrheit

VON CHRISTIAN ZENTNER

Die Ampel hat mit 416 Sitzen im Bundestag eine komfortable Mehrheit. Zumindest jede Verfahrensfrage der Geschäftsordnung müsste sich damit im Sinne von SPD, Grünen und FDP lösen lassen. Sie scheiterten mit ihrer Vorstellung von der richtigen Abstimmungsreihenfolge in der Impfdiskussion. Die drei Fraktionen konnten ihre Verfahrensmehrheit im Bundestag nicht mehr aufbringen. Nun wird man diese Geschäftsordnungsfrage kaum zur Gewissensentscheidung erklärt haben, trotzdem folgten nur 339 Koalitionäre dem Vorschlag ihrer Fraktionsführungen. Die Opposition hatte plötzlich die Verfahrenshoheit im Bundestag. Dies blieb nicht die einzige Schrecksekunde für die Impfpflicht. Dabei war Bundgesundheitsminister Karl Lauterbach bis zuletzt überzeugt davon, dass er für seinen Impfkompromiss eine Mehrheit bekommen würde. Am Ende gab es aber nahezu ausschließlich von Rot-Grün Stimmen für den Kompromiss. Die übrigen Fraktionen stimmten annähernd geschlossen dagegen. Bei einem solch eindeutigen Ergebnis bleibt rätselhaft, woher die zuvor verbreitete Zuversicht kam. Ausgerechnet in der wichtigsten Woche seiner bisherigen Amtszeit unterliefen dem Gesundheitsminister Fehler. Es zeichnet ihn aus, dass er dies auch zugibt. „Hier habe ich einen Fehler gemacht“, sagte Lauterbach in einer ZDF-Talkshow zu seiner Kehrtwende in der Frage der Isolierungspflicht bei einer Corona-Infektion. Ein Satz den man selten hört. Fehler einzugehen ist eine Stärke. Darauf hat auch der ehemalige Fraktionsvorsitzende von CDU/CSU, Ralph Brinkhaus, hingewiesen, vor einem Jahr in derselben Talkshow. Die Debatte über die Impfpflicht wirkte offen und ehrlich, war aber keine Sternstunde wie es andere Gewissensentscheidungen häufig waren. Sie war es auch deswegen nicht, weil der Impuls für eine fraktionsübergreifende Lösung in diesem Fall nicht aus dem Parlament selbst kam. Die Angelegenheit wurde durch die Regierung zur Gewissensfrage erklärt. Doch nicht alle Abgeordneten wollten sich das von der Regierung diktieren lassen. Das Ergebnis: Die Entscheidung konnte die Debatte weder befrieden noch die Polarisierung beenden. Es bleibt die Hoffnung, dass die Schrecksekunden in diesem Verfahren ein Weckruf waren.

# Entsetzen über die Gräueltaten von Butscha

**UKRAINE** Regierungsbefragung des Kanzlers unter dem Eindruck mutmaßlich russischer Kriegsverbrechen

Der Deutsche Bundestag hat die Gräueltaten in der ukrainischen Stadt Butscha verurteilt. Über die Fraktionsgrenzen hinweg wurden in der vergangenen Woche Forderungen laut, die Täter konsequent zu verfolgen und zu bestrafen. „Russische Soldaten haben dort vor ihrem Rückzug ein Massaker an ukrainischen Zivilisten verübt“, sagte Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). „Die Ermordung von Zivilisten ist ein Kriegsverbrechen.“ Man müsse damit rechnen, aus anderen Orten noch weitere solche Bilder zu sehen. Der Kanzler stellte sich in der Regierungsbefragung des Bundestags vergangene Woche zum zweiten Mal den Fragen der Abgeordneten, die sich vor allem um den Krieg in der Ukraine und die deutsche Unterstützung des Landes im Abwehrkampf gegen Russland drehten. „Dazu gehört auch, was wir aus den aktuellen Beständen der Bundeswehr an Waffen liefern können: Alles das, was sinnvoll ist und schnell wirkt, das wird geliefert“, sagte Scholz. Er kündigte zudem ein „Sanktionen-Durchsetzungsgesetz“ an, um den Strafmaßnahmen gegen Russland in der Praxis mehr Durchschlagskraft zu verleihen. Die Frage sei „völlig be-



Kanzler Olaf Scholz (SPD) in der Regierungsbefragung

© DBT/Leon Kuegeler/photothek

rechtigt“, ob der Staat alle notwendigen Instrumente habe, um etwa bei der Beschlagnahme von Vermögenswerten so handeln zu können, wie er es wolle, sagte er. „Und die Antwort darauf lautet: Nein.“ Deshalb sei eine Task Force eingesetzt und schon im Koalitionsvertrag vereinbart worden, die Handlungsmöglichkeiten zu erhöhen. Der Kanzler wies mit Blick auf die Suche nach Alternativen zu Gas, Öl und Kohle aus Russland erneut Forderungen zurück, die Atomkraftwerke in Deutschland länger laufen zu lassen. Diese seien nicht für einen Weiterbetrieb vorbereitet. Wolle man die Kernkraftwerke länger laufen lassen, seien neue Brennstäbe und andere nukleare Res-

ourcen nötig. Diese seien jedoch nicht einfach verfügbar.

**Terror** Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) sagte zum Auftakt der Sitzung zu den Kriegsverbrechen in Butscha: „Der Deutsche Bundestag verurteilt diese Kriegsverbrechen aufs Schärfste.“ Es gehe offensichtlich um Terror gegen das ganze ukrainische Volk. „Diese Massaker müssen unabhängig untersucht und die Verantwortlichen angeklagt werden“, sagte Bas. Hier sei auch die internationale Gemeinschaft gefragt. „Ohne Wahrheit kann es keine Gerechtigkeit geben.“ Der Sitzung folgten auf der Tribüne Vertreterinnen der russischen Menschenrechtsorganisation Memorial, darunter Irina Scherbakowa aus Israel. Ende Dezember 2021 hatte das russische Oberste Gericht die Auflösung von Memorial International in Russland verfügt (siehe Seiten 5, 6, 9 und 10). *aha*

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

NIEDERLAGE FÜR DIE REGIERUNG?

Niederlage für Scholz

PRO



Helene Bubrowski, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

Es war ein Scheitern mit Ansage. Die Impfpflicht verfehlte im Bundestag die erforderliche Mehrheit. SPD und Grüne waren fast geschlossen dafür, aber die FDP bis auf wenige Ausnahmen dagegen. Das war seit Monaten klar. Deshalb hat die Bundesregierung Ende des vergangenen Jahres entschieden, keinen eigenen Gesetzentwurf zur Impfpflicht vorzulegen. Der Bundeskanzler hätte schon die Vertrauensfrage stellen müssen, um die FDP zur Zustimmung zu zwingen – und man kann noch nicht mal sicher sein, dass das gut gegangen wäre. Stattdessen hat die Bundesregierung die Abstimmung über die Impfpflicht zur Gewissensfrage erklärt und entschieden, in das sogenannte Gruppenverfahren zu gehen. Das ist bei medizin-ethischen Themen möglich, aber nicht zwingend. Olaf Scholz hat versucht, aus der Not eine Tugend zu machen: Weil die FDP ausfiel, sollte die Union als Mehrheitsbeschafferin einspringen. Aber dieses Kalkül ist nicht aufgegangen. Wenn der Bundesregierung nicht schnell etwas einfällt, wird Deutschland genauso unvorbereitet in den nächsten Herbst gehen wie in den vergangenen beiden Jahren. Dabei hatte die Ampel doch eine vorausschauende Politik versprochen. Diese Niederlage geht mit Bundeskanzler Scholz und seinem Gesundheitsminister Karl Lauterbach nach Hause. Die können sich nicht damit rausreden, sich nur „als Abgeordnete“ dem Antrag der Fraktionskollegen angeschlossen zu haben. Diese Erzählung war nie glaubhaft, am Donnerstag hat Scholz sie selbst entschleierte. Der Kanzler hat die Außenministerin Annalena Baerbock aufgefordert, ein wichtiges Nato-Treffen in Brüssel zu verlassen und zur Abstimmung zurück nach Berlin zu kommen. Nun zählte jede Stimme, nicht das Gewissen.

Gewagte These

CONTRA



Hagen Strauß, »Saarbrücker Zeitung«

Das die monatelange Debatte über das Für und Wider einer Impfpflicht, ebenso die Suche nach einem Kompromiss mit immer neuen Altersgrenzen ein kommunikatives Desaster der Ampel-Regierung gewesen ist, lässt sich nicht bestreiten. Der Kanzler, auch der Gesundheitsminister haben keine gute Figur gemacht – die Union im Übrigen auch nicht. Die Folgen müssen jetzt alle in den weiteren Diskussionen ausbaden. Doch von einer großen Niederlage der Regierung zu sprechen, ist eher gewagt. Scholz und Co haben mit ihrer Vorgehensweise bewusst das Parlament gestärkt. Die leidenschaftliche Debatte im Bundestag über die Impfpflicht hat doch gezeigt, dass das Verfahren richtig gewählt war. Nur selten geht es noch so argumentativ offen, kontrovers und emotional zu. Niemand möchte parlamentarische Lemminge, die ihrer Fraktionsführung einfach nur hinterherrennen. Der Bundestag braucht weitaus mehr Entscheidungen, in denen die Abgeordneten ihrem Gewissen tatsächlich folgen können. Durch das Ampel-Procédere zur Impfpflicht ist dafür hoffentlich die Tür einen Spalt weit aufgestoßen worden. In der Politik ist allerdings nichts frei von Taktik. Kanzler Scholz hat mit seinem Vorgehen wohl auch vermeiden wollen, die neue, sich noch findende Koalition gleich hinter sich zu zwingen. Die Herausforderungen durch die Ukraine-Krise waren auch schon vor dem Krieg immens. Es war daher klug, eine solche Zerreißprobe zu vermeiden. Scholz scheint zudem aus der Geschichte gelernt zu haben – der Kanzler, der lieber mit Druckmitteln gearbeitet hat und als einziger sogar zweimal die Vertrauensfrage stellte, war SPD-Mann Gerhard Schröder. Und der ist kein gutes Vorbild mehr.

Mehr zum Thema der Woche auf den Seiten 1 bis 3. Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Pantazis, die Corona-Impfpflicht ist gescheitert. Sind Sie sehr enttäuscht?

Enttäuscht bin ich vor allem über die parteipolitische Instrumentalisierung der Debatte durch die Unionsfraktion. Es ging offenbar nur darum, der Ampel, dem Bundeskanzler und dem Gesundheitsminister mal ordentlich vors Schienbein zu treten. Diese medizin-ethische Frage eignet sich aber nicht für parteipolitische Inszenierungen. Ein solches Verhalten ist dem Parlament gegenüber verantwortungslos – und auch gegenüber der Bevölkerung.

Wenn die Ampel mit ihrer Mehrheit eine vom Kanzler und dem Gesundheitsminister gewollte Impfpflicht nicht durchsetzen kann, stellt ihr das aber auch kein gutes Zeugnis aus, oder?

Diese Einschätzung teile ich nicht. Es ist ja nicht so, dass die Koalition einem Gesetzentwurf der Bundesregierung nicht gefolgt sei.

Das stimmt. Aber den gab es doch wohl deshalb nicht, weil ihn Gesundheitsminister Lauterbach gar nicht durch das Kabinett bekommen hätte.

Nein. Wir haben uns ganz bewusst für das Verfahren mit Initiativen verschiedener Gruppen entschieden. Es geht schließlich bei der Frage um eine Gewissensentscheidung in einer medizin-ethischen Grundfrage – wie bei der Sterbehilfe oder der Organspende. Ich finde, dass eine Impfnachweispflicht in diese Kategorie gehört – anders als die einrichtungsbezogene Impfpflicht. Ich habe von Anfang an befürwortet, das als eine Gewissensentscheidung durchführen zu lassen. Auch weil es in allen Fraktionen Abgeordnete gibt, die das so oder so sehen.

Unionsfraktionschef Merz bewertet das offenbar anders...

Es gab unter den demokratischen Fraktionen immer einen Grundkonsens bei der Bekämpfung der Corona-Pandemie. Mit dem Wechsel der Partei- und Fraktionsführung bei der Union wurde aber dieser Grundkonsens torpediert und letztendlich aufgekündigt. Statt Gewissensentscheidung wird nun Fraktionsdisziplin angeordnet.

Sie persönlich unterstützen eine Impfpflicht ab 18, haben schlussendlich für den Kompromissvorschlag einer Impfpflicht ab 60 gestimmt. Warum?

Ich war anfangs kein Freund einer Impfpflicht, bin dann aber schrittweise zu der Einsicht gekommen, dass diese in Anbetracht der geringen Impfquote in Deutschland, vor allem bei den Älteren, benötigt wird. Als Arzt habe ich mich bei der Entscheidung von der Wissenschaft leiten lassen. Wir kommen nur aus der pandemischen Wellenbewegung in eine endemische Lage, wenn wir die Impflücke signifikant schließen. Jetzt mache ich mir große Sorgen mit Blick auf den Herbst.

Weshalb gehen Sie davon aus, dass die Lage im Herbst bedrohlich wird?

Eine Pandemie läuft immer wellenförmig. Schon im letzten Herbst folgte auf einen relativ entspannten Sommer die harte Delta-Welle. Wir können nicht davon ausgehen, dass bei der nächsten Variante die Krankheitslast niedrig ist, wie jetzt bei Omikron. Eine neuere Variante könnte beispielsweise tiefere Bereiche der Lunge erreichen. Das wäre für die Krankheitslast fatal. Die Wissenschaftler rechnen ganz fest mit einer nächsten Welle. Das kann dann auch eine Deltakron-Variante sein – also mit hoher Krankheitslast und hoher Infektiosität.

Derzeit haben wir aber trotz hoher Inzidenzen nicht so viele schwere Fälle. War der Zeitpunkt für die Entscheidung über eine Impfpflicht ungeeignet?

»Mache mir große Sorgen«

CHRISTOS PANTAZIS Der SPD-Gesundheitspolitiker warnt nach der gescheiterten Impfpflicht vor einer Corona-Welle im Herbst



© Photothek

Im Augenblick ist das Bewusstsein dafür offenbar nicht vorhanden, weil Omikron eine niedrige Krankheitslast hat – im Vergleich zur Delta-Variante. Das macht die Gesellschaft und auch Teile der Politik sorgloser. Aber die Belastung des Krankenhausesektors besteht weiterhin – zwar nicht auf den Intensivstationen, aber auf den Normalstationen. Es ist aktuell immer noch so, dass Operationen verschoben werden müssen. Dieses Bewusstsein für die Ernsthaftigkeit der Lage habe ich teilweise vermisst.

Hat Minister Lauterbach mit seinem Verzicht auf eine Zwangsisolation für Corona-Infizierte – auch wenn er dies inzwischen revidiert hat – auch dazu beigetragen, dass Corona derzeit nicht allzu problematisch eingeschätzt wird?

Ich sehe diesen Zusammenhang nicht. Es ist eher so, dass die geringere Krankheitslast und die entspannte Situation auf den Intensivstationen zu dem Eindruck führen, die Pandemie sei vorbei. Dem ist aber nicht so. Außerdem darf man nicht vergessen, dass weiterhin Basisschutzmaßnahmen

men sowie die Hotspot-Regelung des Infektionsschutzgesetzes gelten. Auch deshalb kommt es nicht zu einer Überlastung.

Sie haben auf die Impfquote von 76 Prozent verwiesen. Warum liegt die nicht höher?

Ich führe das auf Ängste zurück, die durch eine massive Desinformation genährt werden. Hierzu kann der Totimpfstoff Novavax exemplarisch herangezogen werden. Obwohl dieser Impfstoff jetzt da ist, wird er aber nur zögerlich abgefragt. Das Ausmaß dieser Desinformation hierzu in den Sozialen Medien finde ich bedrohlich.

Gehört zur Desinformation auch der Verweis der Impfgegner auf die nicht ausreichende Impfwirkung, weil Infektion und Weitergabe des Virus auch nach Impfung nicht ausgeschlossen sind?

Hier liegt ein Kommunikationsproblem vor. Eine Impfung schützt per se nicht vor Infektion. Das haben die Menschen falsch verstanden und es wurde wohl auch falsch kommuniziert. Eine Impfung ist wie ein Sicherheitsgurt im Auto. Der verhindert auch nicht den Unfall, aber er grenzt mögliche Schäden ein. Es gibt viel Aufklärungsbedarf, weshalb wir auch eine Beratungspflicht im Kompromissantrag vorgesehen hatten. Darin sind im Übrigen auch Elemente des Unionsvorschlages eingeflossen: Beispielsweise das Impfregister oder auch die stufenweise Einführung einer Impfpflicht. Wir sind der Union in diesen Fragen sehr weit entgegengekommen.

Die Union bemängelt aber, dass ihre Gesprächsangebote nicht angenommen worden seien.

Ich bitte Sie, vier Monate lang sind wir auf die Unionsfraktion zugegangen. Bei uns hat sich der Eindruck verstärkt, dass die Impfpflichtdebatte parteipolitisch instrumentalisiert werden soll. Das ist im höchsten Maße verantwortungslos und hat dem Ansehen dieses Hohen Hauses schweren Schaden zugefügt.

Die erste Runde im Bemühen um eine Impfpflicht haben Sie verloren. Wird es einen neuen Versuch geben?

Nicht ich habe verloren. Das Parlament, aber auch die Bevölkerung hat verloren, wenn wir ungeschützt in eine Herbstwelle gehen.

Wird die SPD-Fraktion dennoch an einer neuen Kompromisslösung arbeiten?

Im Augenblick überwiegt die Enttäuschung über das Verhalten der Unionsfraktion. Aber im Interesse der Sache sind wir weiterhin für einen Kompromiss offen.

Kommen wir abschließend noch zum geplanten Pflege-Bonus. Was versprechen Sie sich davon?

In den vergangenen zwei Jahren war das Pflegepersonal in den Krankenhäusern sowie in der Langzeitpflege extremen Belastungen ausgesetzt. Dort wurde Großartiges geleistet. Dafür gilt es Danke zu sagen. Tausend Millionen Euro stellen einen Bonus dar, den wir der Pflege schlicht schulden.

An den strukturellen Problemen in der Pflege ändert sich dadurch aber langfristig nichts.

Der Bonus ist ja nur ein erster Schritt. Wir brauchen strukturelle Änderungen in der Pflege – bei den Arbeitsbedingungen und der Bezahlung. Das ist dringlicher denn je. Darauf hat sich die Fortschrittskoalition für die kommenden Jahre verständigt.

Das Gespräch führte Götz Hausding. ||

Christos Pantazis (SPD) ist seit 2021 Mitglied des Bundestages. Der promovierte Neurochirurg aus Braunschweig gehört dem Gesundheitsausschuss an.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Datenleser: Martin Sichert

Martin Sichert ruft vom Auto aus an, es ist Dienstagvormittag und er auf dem Weg von seiner Heimatstadt Nürnberg nach Berlin. „Hab kurzfristig einen Leihwagen genommen, die Straßen waren glatt, und bei einer plötzlichen Bremsung hatte ich mit meinem Auto die Leitplanke geküsst“, sagt er. Sichert, 42, ist unterwegs zur Debatte über die Einführung einer Impfpflicht gegen das Coronavirus. Ein Thema, bei dem der Gesundheitspolitiker schnell in seinem Element ist – seine AfD-Fraktion hat den Antrag gegen solch eine Verbindlichkeit vorgelegt. „Warum eine Pflicht?“, fragt er. „Dies wäre ein massiver Eingriff in die Grundrechte, und dafür müssen starke Voraussetzungen gegeben sein.“ Bei den aktuellen Impfstoffen aber gebe es nur eine bedingte Zulassung bis 2024, keine ordentliche, „das reicht nicht“. Ein Gespräch mit dem gesundheitspolitischen Koordinator der AfD über die Pandemie ist nicht einfach. Corona-Schutzimpfungen sieht er skeptisch, „ich bin selbst nicht geimpft, weil die Risiken in meiner Altersgruppe für mich schwerer wiegen als der Schutz“. Covid-19 habe er bisher auch nicht gehabt. Und wenn? „Dann würde ich mich isolieren.“ Und was ist in den Tagen, in denen er von seiner Infektion noch nichts ahnen würde und andere anstecken könnte? „Ich kann mich doch nicht mein ganzes Leben versperren. Und die Impfung hilft auch nicht. Das zeigte der vergangene Kölner Karneval, an dem nur Geimpfte teilnehmen durften – und er entwickelte sich zu einem Superspreader-Event.“ Also, die Impfungen schwächten nicht im Jahr 2021 die Coronawelle? Die Toten

von damals beeindruckten ihn nicht? „Seit 2006 steigt von Jahr zu Jahr die Zahl der Todesfälle. 2020 und 2021 sind nicht mehr Menschen gestorben, als nach den Erfahrungen der Vorjahre zu erwarten war. Man muss Corona in Relation sehen. Jeden Tag sterben in Deutschland knapp 3000 Menschen aus den verschiedensten Gründen.“ Ja, und selbst in diesen Wochen täglich 200 an Corona. Es ist tatsächlich Relation. Für die einen beeindruckend, für die anderen weniger.



© diepartei-alliance

»Eine Impfpflicht wäre ein massiver Eingriff in die Grundrechte, und dafür müssen starke Voraussetzungen gegeben sein.«

Sichert kam 2017 in den Bundestag, damals in den Ausschuss für Arbeit und Soziales. Der Franke ist AfD-Mitglied der ersten Stunde, zwischen 2017 und 2019 war er bayerischer Landesvorsitzender. 2021 wechselte er in den Gesundheitsausschuss, mit Beginn der Pandemie hatte er sich tief in die Materie eingearbeitet. „Ich hatte dazu Reden mit großer Reichweite gehalten, das kriegten die Kollegen mit.“ Sichert ist Diplomkaufmann, er komme von der „statistischen Ecke“

– das sei ein Vorteil in der Gesundheitspolitik. „Man muss kein guter Facharzt dafür sein, aber Daten muss man schon lesen können.“ Als Freigeist kann man ihn bezeichnen. Aufgewachsen in einer Großfamilie, die Eltern Diplom-Betriebswirte, habe man stets über vieles lebhaft diskutiert, auch über Politik. Und Sichert probierte einiges aus. 2001 trat er den Jungen Liberalen bei, wegen den Reaktionen auf den Terroranschlag vom 11. September. „Da wurden Bürgerrechte massiv eingeschränkt, der Große Lauschgriff etwa war unverhältnismäßig – man ging nicht an die Wurzel des Problems, den Islamismus.“ Doch die Jugendorganisation verließ er wieder. Trat 2008 der SPD bei, „erste Erfahrungen mit Arbeitgebern waren schwierig. Arbeitszeitregelungen wurden nicht eingehalten, und ich war naiv zu glauben, die SPD würde sich für die Rechte der Arbeitnehmer engagieren“. Dann wieder ein Intermezzo bei der FPD – und schließlich die AfD. Warum? „Zuerst dachte ich daran, eine eigene Partei zu gründen. Aber die AfD ist einzige wahrhaft freiheitliche Partei.“ Da sei die Forderung nach dem schlanken Staat, nach direkter Demokratie. Es wirkt, als bürste Sichert gern gegen den Scheitel. Im Gespräch braust er nicht selten auf, redet engagiert drauflos. Und er ist einer, dem nicht wenige zuhören. Er hat aktuell 75.532 „Follower“ auf Facebook. Dort wird er am Abend in einem Bürgerdialog sagen: „Dass Corona nicht vorbei ist, ist ja ein deutsches Phänomen. Wir sehen ja international, dass Corona vorbei ist.“ Dass Corona vorbei sei, haben AfD-Politiker schon oft verkündet. Man braucht eben auch mal eine positive Botschaft. Für die, die es hören wollen. So macht man Kundschaft. Jan Rübel ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Fotos  
Stephan Roters

Abonnement  
Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten)

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-611 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Redaktionsschluss  
8. April 2022

Alle Preise inkl. 7% MwSt.  
Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums.  
Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 2 27-3 05 15  
Telefax (0 30) 2 27-3 65 24  
Internet:  
http://www.das-parlament.de  
E-Mail:  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
Kurhessenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.  
Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

Chefredakteur  
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

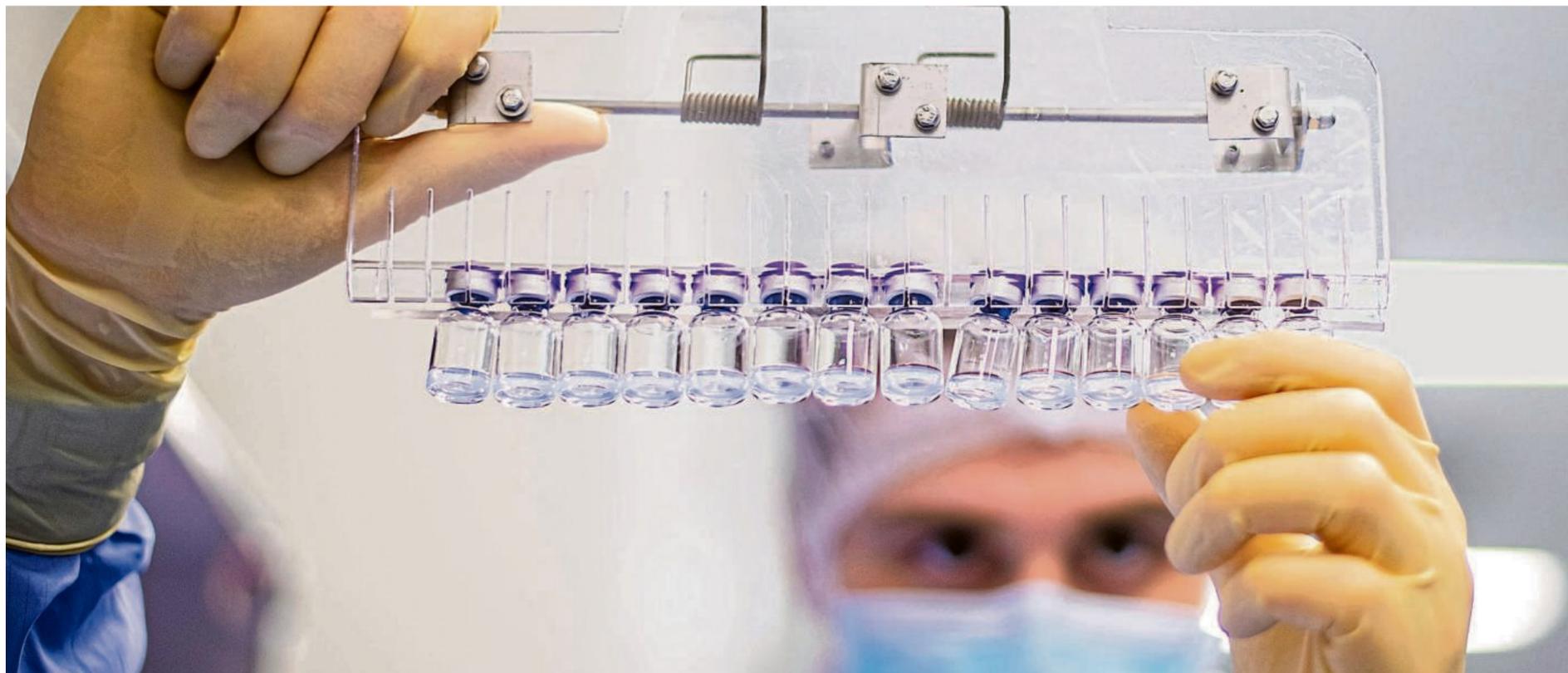
Leserservice/Abonnement  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363  
82034 Deseenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32  
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32  
E-Mail: fazit-com@cover-services.de

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)  
Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird ausschließlich Recycling-Papier verwendet.

Stellvertretender Chefredakteur  
Alexander Heinrich (ah)

Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363  
82034 Deseenhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36  
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36  
E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Verantwortliche Redakteure  
Lisa Brüßler (lbr)  
Claudia Heine (che)  
Nina Jeglinski (nkj)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Hans-Jürgen Leersch (hle)  
Johanna Metz (joh)  
Elena Müller (emu)  
Sören Christian Reimer (scr) cvD  
Sandra Schmid (sas)  
Michael Schmidt (ms)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)



Impfstoff-Herstellung bei BioNTech: Die neuen mRNA-Wirkstoffe ließen die Kassen der Konzerne klingeln.

© picture-alliance/ASSOCIATED PRESS

# Die neuen Milliardäre

## PANDEMIE Die Corona-Impfstoffe bescheren der Pharmabranche riesige Gewinne

Die Pharmaindustrie der Profiteure der Corona-Pandemie mit „unabhängigen Gewinnen“ wie der Chef des Weltärztebundes, Frank-Ulrich Montgomery, kritisierte? Angesichts der Massenbestellungen von Medikamenten, Impfstoffen und Diagnostika wird den Regierungen der großen Industrieländer vorgeworfen, der Pharmaindustrie mit öffentlichen Geldern zu exorbitanten Gewinnen verholfen zu haben. Es sei verrückt, twitterte Aaron Siri von der New Yorker Anwaltskanzlei Siri & Glimstade, dass die US-Regierung den Konzernen Pfizer und Moderna Milliarden für die Entwicklung von Impfstoffen schenken würde, ihnen zudem Immunität bei Schadensfällen sowie potentieller Wirkungslosigkeit gewähren und kostenlos Werbung für ihre Produkte machen würde.

**Subventionen vom Staat** Auch Eli Zupnick, Vertreter der amerikanischen Patientenvertretung „Accountable US“, sagt, es sei absolut falsch, dass Pfizer und Moderna von den COVID-19-Impfstoffen, die so stark von den US-Steuerzahlern subventioniert und unterstützt wurden, profitieren und dass ihre Führungskräfte ein „riesiges persönliches Vermögen machen“. Die People's Vaccine Alliance (Zusammenschluss u.a. von African Alliance, Global Justice Now, Oxfam und UNAI) schätzt, dass Pfizer, BioNTech und Moderna im Jahr 2021 mit ihren Impfstoffen insgesamt einen Gewinn vor Steuern in Höhe von 34 Milliarden Dollar erzielt haben, was 93,3 Millionen Dollar pro Tag entspricht. Die Unternehmen hätten während der Pandemie fünf neue Milliarden hervorgebracht, die zusammen derzeit über ein Nettovermögen von 35,1 Milliarden Dollar verfügen. Mindestens 15 Milliarden US-Dollar Steuergelder ließ sich die Administration von Präsident Donald Trump ihre Initiative Operation Warp Speed kosten, mit dem Ziel, sich bis Januar 2021 über 300 Millionen Dosen eines Impfstoffs zu beschaffen. Die US-amerikanische BARDA (Biomedical Advanced Research and Development Authority) investierte im Finanzjahr 2021 in

ihrem COVID-19 RESPONSE Programm 33 Milliarden Dollar in Forschung, Entwicklung und Produktion von Impfstoffen, Medikamenten, Diagnostika und für klinischen Studien. Der überwiegende Anteil der jetzt am Weltmarkt befindlichen Therapeutika, Impfstoffe und Diagnostika wurde so über den amerikanischen Staat gefördert. Dazu gehören die therapeutischen Antikörper von AstraZeneca, Eli Lilly, Vir/Pfizer, Regeneron/Roche; die Arzneimittel Paxlovid (Pfizer), Molnupiravir (Merck), Actemra (Genentech/Roche), Baricitinib (Eli Lilly) sowie die Vakzine von Pfizer/BioNTech, Moderna, Sanofi/GSK, AstraZeneca, Johnson & Johnson und Novavax.

In Deutschland wurden bis Ende 2021 für die Covid-19-Impfkampagne rund sieben Milliarden Euro erstattet; darunter fallen Kosten für die Impfstoffbeschaffung, die Logistik und die Vergütung der impfenden Leistungserbringer. Laut Angaben des Bundesamts für soziale Sicherung wurden 7,58 Milliarden Euro für Corona Tests ausgegeben. Im Jahr 2020 wurden 750 Millionen Euro in die Entwicklung von Corona-Impfstoffen investiert, hauptsächlich in BioNTech und Curevac, welche im Gegenzug einen Anteil an produzierten Dosen für die Bundesrepublik garantierten. 40 Millionen Euro gingen 2020 in die Grundlagenforschung und 300 Millionen ab Mitte des Jahres 2021 in die Förderung der Entwicklung von Therapeutika und Vakzinen.

Tatsächlich führte die Corona-Pandemie in der Pharmaindustrie zu einem der stärksten Wachstumsschübe seit Jahrzehnten. Die 30 größten Unternehmen der Branche hatten nach Berechnung des Handelsblatts ihren Umsatz in den ersten neun Monaten 2021 um rund 108 Milliarden Dollar auf zusammen fast 600 Milliarden Dollar gesteigert; zwei Drittel des Wachstums entfallen auf den Corona-Effekt. 50 Milliarden Dollar an zusätzlichen Umsätzen können die drei führenden Impfstoffhersteller Pfizer, BioNTech und Moderna verbuchen. Die US-Konzerne Gilead, Regeneron, Eli Lilly und Roche erzielten zwölf Milliarden Dollar mit Medikamenten gegen Covid-19. Der US-Konzern Pfizer konnte mittels seines Corona-Impfstoffes, den der Konzern

gemeinsam mit BioNTech entwickelte, den Umsatz im vergangenen Jahr um 95 Prozent auf rund 81,3 Milliarden Dollar und den Nettogewinn um 140 Prozent auf 22 Milliarden Dollar steigern. Für 2022 wird mit bis zu 102 Milliarden Dollar Umsatz und bis zu 38 Milliarden Dollar Gewinn gerechnet; auch wegen des neu entwickelten Corona-Medikamentes Paxlovid. Dies ist so viel wie noch nie ein einzelnes Pharmakonzernunternehmen jemals verdienen konnte. Zugleich schafften es BioNTech aus Mainz sowie die US-Firmen Moderna und Regeneron unter die 25 umsatzstärksten Pharmafirmen der Welt zu kommen.

Auch das reguläre Pharmageschäft besserte sich im Jahresverlauf 2021 deutlich. Ohne die Covid-Umsätze erreichten die Top 30 der Pharmabranche einen Umsatzanstieg von sieben Prozent auf 531 Milliarden Dollar in den ersten neun Monaten, ein reales Wachstum um die fünf Prozent. Das Wachstum des angestammten Pharmageschäftes (ex Corona) stammt vorwiegend aus Nachholeffekten eines durchwachsenen Jahres 2020. Unter der Pandemie und der damit verbundenen Lockdown-Maßnahmen waren die Verordnungen in etlichen Teilbereichen des Pharmamarkts rückläufig. Nach Angaben der Unternehmensberatung EY führte Corona zu deutlichen Verzögerungen von Behandlungen; in Krankenhäusern wurde weniger operiert. Bei Arzneimitteln für Herz- und Kreislauferkrankungen stagnierten die Erlöse, nachdem sie jahrelang noch deutlich

gestiegen waren. Bei Therapeutika für Atemwegserkrankungen und bei Dialysebehandlungen sanken die Umsätze.

**Onkologie wichtig** Das wichtigste Marktsegment bleibt nach wie vor die Onkologie mit einem Branchenumsatz von mehr als 200 Milliarden Euro; mehr als ein Drittel des gesamten globalen Pharmageschäfts. 2020 steigerten die 21 weltgrößten Pharmakonzerne ihren Umsatz in der Onkologie trotz Corona um stattliche 14,6 Prozent, und für die kommenden Jahre werden Zuwachsraten von zehn Prozent prognostiziert. Ähnlich starkes Wachstum versprechen nur die Augenheilkunde und die Behandlung seltener Erkrankungen. Ein riesiges Potenzial nicht nur für die Krebsforschung verspricht die mRNA-Technologie, die von BioNTech und Moderna im Kampf gegen Corona erfolgreich eingesetzt wird. Laut den Beratern von EY hat durch

In der medizinischen Forschung liegen die USA uneinholbar vorn.

Corona das Geschäft mit Impfstoffen eine Renaissance erlebt. Besonders die Biotech-Branche stehe durch Trends wie der Digitalisierung sowie neue Gen- und Zelltherapien vor einem beschleunigten Wachstum. Vom Labor-Experiment bis zum fertigen Produkt mRNA-Impfstoff hat es mehr als 30 Jahre und etliche Rückschläge gebraucht. Im Jahre 1987 vermischte Robert Malone vom Salk Institute for Biological Studies im kalifornischen La Jolla messenger-RNA (mRNA) mit Fetttröpfchen (Liposomen) und beobachtete, wie menschliche

Zellen die mRNA aufnehmen und damit Proteine produzierten. In den 1990er Jahren versuchte Merck (USA), einen mRNA-basierten Grippeimpfstoff zu entwickeln; allerdings waren damals die Kosten zu hoch und die Herstellung zu kompliziert. In den folgenden Jahren beendeten die meisten Impfstoffunternehmen die Arbeit mit mRNA, da diese zu instabil und in der Herstellung zu teuer war.

**Immunreaktionen** Ingmar Hoerr entdeckte im Jahr 2000, dass eine direkte Injektion von mRNA bei Mäusen Immunreaktionen hervorrief, und gründete Curevac. Die Biochemikerin Katalin Karikó und der Immunologe Drew Weissman von der University Pennsylvania verbesserten Malones Methode und begannen mit der Entwicklung eines mRNA-basierten Impfstoffs gegen HIV/Aids. Die Basis-Patente wurden von ihrer Universität an einen kleinen Laborausrüster übertragen und erwirtschafteten diesem nun hunderte von Millionen Dollar an Unterlizenzgebühren – bezahlt von Moderna und BioNTech. Katalin Karikó leitet seit 2014 bei BioNTech die mRNA Protein Abteilung. Profiteure der Corona Pandemie sind vorwiegend US-amerikanische Biotech- und Pharmakonzerne; britische Konzerne wie GSK und AstraZeneca mit großen Entwicklungsabteilungen in den USA gewannen deutlich weniger. AstraZeneca schloss zudem mit dem Vakzin-Entwicklungspartner Uni Oxford eine Non-Profit-Vereinbarung für die Dauer der Pandemie. Der frühzeitige und mächtige Einsatz von viel staatlichem Kapital, Know-How, exzellenter Infrastruktur für klinische Studien und die Fähigkeit, schnell und unbürokratisch komplexe Kooperationen zwischen Unternehmen, Forschungsinstitutionen wie dem NIH und Kliniken aufzubauen, begründet die Dominanz der US-Amerikaner. Nimmt man als Indikator für die pharmazeutische Innovationskraft die weltweiten medizinischen Durchbrüche und die assoziierten Patente, sind laut einer Analyse von Eckert und Maennig US-Unternehmen von 2010 bis 2019 für 55 Prozent der weltweiten medizinischen Durchbrüche verantwortlich, ihre deutschen Konkurrenten für rund neun Prozent. Bei den zugrundeliegenden Ankerpatenten ist die Dominanz der USA mit 62 Prozent noch größer – aus Deutschland kommen nur sieben Prozent. US-Universitäten halten 3,8 Prozent aller Ankerpatente – deutsche Universitäten keine. Die Schwäche der deutschen Universitäten wird auch nicht durch die deutschen außeruniversitären Forschungsinstitute ausgeglichen. Ein Teil der Pharma-, Diagnostik- und Biotechindustrie hat enorm durch die Corona-Pandemie profitiert. Die hohen Zusatzumsätze sind für die kommenden Jahre jedoch nicht in Stein gemeißelt; auch die spanische Grippe ebte nach drei Jahren Pandemiedauer 1922 ab. Es ist sehr wahrscheinlich, dass in diesem Jahr weitere wirksame Impfstoffe auf den Markt kommen und den jetzigen mRNA-Platzhirschen Konkurrenz machen – gerade auch in der Preisgestaltung. Der „Corona-Boom“ wird wahrscheinlich langsam nachlassen.

Jörg Schierholz

Der Autor ist freier Journalist und publiziert in den Bereichen Medizin, Biotechnologie und Ökonomie.

## Goldgrube in Rheinland-Pfalz

### BIOTECHNOLOGIE BioNTech beschert Mainz mit dem Corona-Impfstoff einen unerwarteten Geldsegen

Nomen est omen, pfliegen die alten Römer zu sagen, und die Adresse der Biopharma Firma „BioNTech“ in Mainz ist in der Tat ein Zeichen: Das mit seinem zusammen mit dem US-Konzern Pfizer auf den Markt gebrachten Corona-Impfstoff bekannt gewordene Unternehmen hat seinen Sitz in der Straße „An der Goldgrube 12“. Bis vor einigen Jahren kannten BioNTech allenfalls Spezialisten im Biotechnologie-Sektor. Inzwischen ist das Unternehmen weltbekannt und erfolgreich. Die Bilanz von BioNTech für das vergangene Jahr zeigt einen Gewinn von 10,3 Milliarden Euro bei einem Umsatz von 19 Milliarden Euro. Unternehmenschef Ugur Sahin erklärte, sein Unternehmen habe „mit dem ersten zugelassenen Impfstoff auf Basis unserer mRNA-Technologie einen bedeutenden Einfluss auf die Gesundheit und die Weltwirtschaft“ gehabt.

Auf jeden Fall hatte das Unternehmen auch einen bedeutenden Einfluss auf die Finanzen der Stadt Mainz. Betragen die Gewerbesteuererinnahmen in den vergange-

nen Jahren stets rund 170 Millionen Euro, rechnet die Stadt für das Jahr 2021 nur wegen des Erfolgs der Firma BioNTech mit Gewerbesteuern in Höhe von 1,2 Milliarden Euro. Als erste Maßnahme will die Stadt Mainz ihre Verschuldung verringern und Liquiditätskredite in Höhe von 700 Millionen Euro bis Ende dieses Jahres möglicherweise vollständig tilgen.

**»Apotheke der Welt«** Auch Investitionen sind geplant. So rechnet die Stadt mit der Ansiedlung weiterer Biotech-Firmen. Es gibt sogar kühne Prognosen, die 5.000 neue Arbeitsplätze im Biotech-Sektor in den kommenden zehn Jahren erwarten. Bürgermeister Michael Ebling (SPD) erklärt stolz, Mainz sei in der Pandemie zur „Apotheke der Welt“ geworden. Selbst auf den deutschen Länderfinanzausgleich wirkt sich der Erfolg von BioNTech aus. Hatte Rheinland-Pfalz 2020 noch 334 Millionen Euro aus dem Länderfinanzausgleich erhalten, so dürfte es durch den Erfolg von BioNTech in das Lager der

Geberländer wechseln und an ärmere Länder wie Berlin zahlen.

Wenig Freude hatten allerdings die Aktionäre, die nach dem Impfstoff-Erfolg in Massen bei BioNTech einstiegen. Zwar hatte sich die Aktie gut entwickelt und im August 2021 einen Höchststand mit rund

350 Euro erreicht, aber seitdem kennt das Papier nur eine Richtung – steil nach unten. Zuletzt notierte die BioNTech-Aktie bei rund 150 Euro. Auch die deutsche Impfstoff-Hoffnung Curevac bescherte ihren Aktionären heftige Verluste. Die Aktien des US-Konzerns Pfizer, der mit BioNTech zusammen den Corona-Impfstoff auf den Markt brachte, schlugen sich dagegen wacker und legten in den letzten zwölf Monaten um 50 Prozent zu.

Schon der Börsenstart von BioNTech im Jahr 2019 war alles andere als eine Erfolgsgeschichte. In der Anfangsphase kostete eine Aktie nicht einmal 15 US-Dollar; wer damals einstieg, kann sich aber noch bis heute über schöne Gewinne freuen. Das Management hatte jedoch mit höheren Einstiegskursen gerechnet. Dass Firmen aus Deutschland ihre Börsengänge in den USA vornehmen, ist nicht ungewöhnlich. Amerikanische Investoren gelten als risikofreudiger, so dass die Unternehmen sich mehr Geld versprechen als bei einem Börsengang in Frankfurt.

Hans-Jürgen Leersch

### Entwicklung der BioNTech-Aktie seit dem Börsengang

Schlusskurse in Euro



Firmensitz von BioNTech in Mainz

Die Ungeduld wurde immer größer, je länger die Ampel-Koalition im Amt und je länger ihre Ankündigung einer Bonuszahlung für Pflegekräfte zurücklag. Die 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr seien nach Beginn des Ukraine-Kriegs ruckzuck vom Kanzler persönlich angekündigt worden, die Ausarbeitung des Pflegebonusgesetzes dauere dagegen Monate, kritisierte vor allem Die Linke. Aber auch die Gewerkschaften drängten, die Leistungen der Pflegekräfte während der Pandemie erneut mit einer Prämienzahlung zu würdigen und diese nun endlich auf den Weg zu bringen. Nun ist er da, der Gesetzentwurf (20/1331) von SPD, Grünen und FDP. Er wurde am vergangenen Donnerstag erstmals im Bundestagsplenarium beraten. Doch Euphorie wollte sich nicht einstellen, wissen doch alle Gesundheitspolitiker und betonten dies auch, dass Bonuszahlungen allein die Attraktivität der Pflegeberufe nicht steigern werden. Als richtige Geste an die Pflegenden wurde der Plan dennoch durchweg begrüßt, wenn auch die Opposition kritisierte, dass zu viele Beschäftigte dabei außen vor blieben. Insgesamt stehen für den Corona-Pflegebonus eine Milliarde Euro bereit. 500 Millionen Euro sollen für Prämienzahlungen in Krankenhäusern verwendet werden, die 2021 besonders viele Corona-Patienten behandelt haben, die beatmet werden mussten. Die Mittel sollen Pflegekräften in der unmittelbaren Patientenversorgung zugutekommen, für Intensivpflegekräfte soll der Bonus um 50 Prozent, auf bis zu 2.500 Euro, aufgestockt werden. Weitere 500 Millionen Euro sind für Prämien in der Alten- und Langzeitpflege vorgesehen. Die nach Qualifikation, Arbeitszeit und Nähe zur Versorgung gestaffelte Prämie soll bis zu 550 Euro betragen. Das Geld soll steuer- und beitragsfrei ausbezahlt werden. Den höchsten Bonus erhalten Vollzeitbeschäftigte in der direkten Pflege und Betreuung. Aber auch Auszubildende, Freiwilligendienstleistende, Helfer im freiwilligen sozialen Jahr, Leiharbeiter sowie Mitarbeiter von Servicegesellschaften in der Alten- und Langzeitpflege sollen einen Bonus erhalten. Er soll bis Ende des Jahres 2022 ausbezahlt werden.

**Strukturelle Reform** In der Debatte stellte Christos Pantazis (SPD) klar: „Dieser Bonus ist etwas, was wir der Pflege schlichtweg schulden. Aber: Wir können und werden es nicht dabei belassen. Strukturelle und nachhaltige Verbesserungen in der Pflege sind dringlicher denn je. Eine bessere Bezahlung von Pflegekräften, eine Verbesserung der allgemeinen Arbeitsbedingungen, bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf und bessere Entwicklungsmöglichkeiten gehören elementar dazu.“ Simone Borchardt (CDU) wirkte nicht zufrieden, als sie erwiderte: „Gut gemeint ist nicht immer gut gemacht. Der Pflegebonus ist keine strukturelle Verbesserung im System. Wir brauchen keinen Tropfen auf den heißen Stein, sondern nachhaltige Investitionen in die Verbesserung von Rahmenbedingungen. Deutlich mehr Investitionen in die Qualifizierung von Fachpersonal sind ganz dringend geboten. Wir müssen das Thema Pflege neu denken.“



## Bonus für die Pflege

**GESUNDHEIT** Die Koalitionsfraktionen wollen die Leistungen der Pflegekräfte mit einer Corona-Prämie würdigen. Die Auswahlkriterien sorgen für Kritik.

Viele Pflegekräfte fühlen sich unterbezahlt und ausgenutzt. Sie verlangen mehr Wertschätzung.

© picture-alliance/photothek/Ute Grabowsky

Dazu habe die Union in den vergangenen 16 Jahren in der Regierung ausreichend Zeit gehabt, diese aber nicht entsprechend genutzt, befand Kordula Schulze-Asche (Grüne). Nötig sei endlich eine Strukturreform und Aufwertung der Pflege generell, mit besseren Arbeitsbedingungen, Tariflöhnen, mehr Familienfreundlichkeit und Eigenverantwortung, sagte die Grüne. Dem schloss sich Kristine Lütke (FDP) an, die selbst ein Pflegeunternehmen betreibt: „Jeder aus der Praxis weiß doch, dass es im Alltag eigentlich immer wieder um eines geht, nämlich die Verlässlichkeit des Dienstplanes. Ein ‚Frei‘ muss auch ein ‚Frei‘ bleiben, um sich zwischen den Diensten zu erholen. Applaus ist nicht genug. Wir brauchen endlich echte Anerkennung für diese Berufe.“

Thomas Dietz (AfD) forderte, den Bonus müssten alle erhalten, „und nicht nur diejenigen, die in einem Krankenhaus gearbeitet haben, in dem in einem Jahr mehr als zehn mit dem Corona-Virus infizierte Patienten behandelt und diese jeweils mehr als 48 Stunden beatmet wurden“. Auch in der Altenpflege müssten alle, die zur Aufrechterhaltung der Einrichtung beigetragen hätten und nicht nur jene mit Patientenkontakt, einbezogen werden, so Dietz. Ates Gürpınar (Die Linke) prophezeite, das Gesetz werde zu Unmut in den Belegschaften führen. Sie kritisierte, dass Leiharbeiter in der Langzeitpflege einen Bonus erhalten sollen, jene im Krankenhaus aber nicht. Zwei Drittel der im Krankenhaus beschäftigten Pflegekräfte würde einfach weggelassen, ärgerte sie sich. Claudia Heine

### KOMPAKT

#### Der Corona-Pflegebonus 2022

> **Berechtigte:** Profitieren sollen Pflegekräfte in Krankenhäusern und Pflegeeinrichtungen. Das Geld soll vor allem jenen Mitarbeitern zugutekommen, die in der direkten Versorgung arbeiten.

> **Umfang:** Insgesamt stehen für Bonuszahlungen eine Milliarde Euro bereit: 500 Millionen für Prämienzahlungen in Krankenhäusern und 500 Millionen Euro für Prämien in der Langzeitpflege.

> **Steuern:** Der Bonus soll steuer- und beitragsfrei ausbezahlt werden.

## Immer noch allein unter Männern

**GLEICHSTELLUNG** Regierungsbericht zeigt Veränderungsbedarf in der Digitalwirtschaft

Immer noch ziemlich allein unter Männern - so müssen sich Frauen in der deutschen IT- und Digitalwirtschaft fühlen: Nur 16 Prozent der Beschäftigten sind weiblich. Der Anteil der Informatik-Studentinnen liegt seit Jahren konstant bei etwa einem Viertel - trotz zahlreicher Initiativen, die das ändern sollen. Laut einer aktuellen Studie des Branchenverbands Bitkom hat mehr als jedes zehnte der über 500 befragten Unternehmen keine einzige Frau in der Belegschaft. Sogar knapp die Hälfte geben an, keine Frau in einer Führungsposition zu haben. Zahlen, die die zentrale Forderung des dritten Gleichstellungsberichts der Bundesregierung (19/30750) untermauern, den der

Bundestag am vergangenen Donnerstag debattiert hat. Frauen in Deutschland sollten künftig stärker von den Chancen profitieren können, die sich aus der Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft ergeben, so die Sachverständigenkommission, die bereits im vergangenen Jahr im Auftrag der Bundesregierung ihr Gutachten vorgelegt hatte.

»**Gewaltiges Problem**« Eine Forderung, der sich alle Rednerinnen anschließen konnten. Nur Thomas Ehrhorn (AfD) sah keinen Handlungsbedarf: Der Bericht wiederhole nur das „Märchen von der diskriminierten Frau“. Unions-Fraktionsvize Nadine Schön (CDU) jedoch sah in der man-

gelnden Gleichstellung „ein gewaltiges Problem“ auch für die Wirtschaft: Diversität sei ein in Zeiten des Fachkräftemangels nicht zu vernachlässigender Erfolgsfaktor.

»**Verschenktes Potenzial** Investoren würden das Potenzial von Gründerinnen nicht erkennen, monierte Nicole Bauer (FDP), selbst Wirtschaftsingenieurin. Die Koalition werde nachhelfen - mit besserem Zugang zu Wagniskapital und „Business Angels“. Betriebe rief sie zum „Abschied von der Präsenzkultur“ auf. Frauen bräuchten „mobile Arbeitsmöglichkeiten“.

Nicht nur Chancen, sondern auch Risiken sah darin Denise Loop (Grüne): Die Arbeit im Homeoffice erleichtere es zwar, Sorge- und Erwerbsarbeit miteinander zu vereinbaren. Doch sei es auch von Nachteil, wenn Frauen - wie in der Corona-Pandemie - ihre reguläre Arbeitszeit zugunsten unbezahlter Arbeit reduzierten. Josephine Ortleb (SPD) forderte, im Kampf gegen diskriminierende Computer-Algorithmen Unternehmen zu verpflichten, ihre Algorithmen auf Geschlechtergerechtigkeit zu überprüfen. Digitale Gewalt gegen Frauen thematisierte Heidi Reichinnek (Linke): Ob Überwachungs-Apps oder Online-Stalking - es brauche flächendeckende Beratungsangebote und mehr Fachkompetenz bei Polizei und Justiz. „Die To-Do-Liste ist lang“, so die Abgeordnete in Richtung der Regierung.

In deren Namen hatte Ekin Deligöz (Grüne), parlamentarische Staatssekretärin im Bundesfamilienministerium, eingangs bereits versprochen, nicht nachzulassen im Bemühen um Chancengerechtigkeit. Es gelte nun die „Weichen“ zu stellen, damit die Digitalisierung nicht wie ein „ICE an Frauen vorbei rausche“. Sandra Schmid

## Zwischenschritt zur Reform

**GLEICHBEHANDLUNG** Ampelkoalition will Antidiskriminierungsstelle stärken

Mehr zu tun hat es für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) noch nie zuvor gegeben: 2020 erreichten die zentrale Anlaufstelle für Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind, 6.383 Beratungsanfragen. Im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von 78 Prozent. Haupttreiber war laut Jahresbericht der Stelle die Corona-Pandemie. Trotzdem arbeitet die ADS nur mit halber Kraft: Es fehlt an Personal und Budget. Seit vier Jahren ist zudem die Leitung aufgrund von Rechtsstreitigkeiten vakant, geführt wird sie nur kommissarisch. Ein Umstand, den Betroffenenverbände, aber auch Bündnis 90/ Die Grünen in der Vergangenheit als Oppositionsfraktion heftig kritisiert hatten.

»**Wahl im Bundestag** Gemeinsam mit den Koalitionspartnern SPD und FDP haben sie nun mit ihrem Entwurf zur Änderung des Allgemeinen Gleichstellungsgesetzes (AGG; 20/1332) einen Vorstoß zur Änderung des Besetzungsverfahrens vorgelegt. Das Ziel: Künftig soll es nach dem Willen der Ampelkoalitionäre der Bundestag sein, der die Leiterin oder den Leiter der Antidiskriminierungsstelle wählt. Ein Novum, bestimmte doch bislang das Bundesfamilienministerium, wer an der Spitze der organisatorisch zum Haus gehörenden Stelle stehen soll. Das Vorschlagsrecht für die unabhängige Bundesbeauftragte - oder den unabhängigen Bundesbeauftragten - für Diskriminierung soll die Bundesregierung aber behalten, gewählt werden soll auf fünf Jahre. Die Leitung der ADS solle so gestärkt und unabhängiger werden, erklärte dazu der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesfamilienministerium, Sven Lehmann

## Noch überwiegt Skepsis

**E-VOTING** Derzeit keine Option für die Bundestagswahl

Die Online-Stimmabgabe wird bei der nächsten Bundestagswahl wohl noch keine Option sein. Das zumindest ist das Fazit eines öffentlichen Fachgesprächs des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung in der vergangenen Woche. Noch überwiegen aus Sicht der dazu geladenen Sachverständigen die Unsicherheiten und Risiken des E-Votings denkbare Vorteile. Daher sollte die Möglichkeit der Online-Stimmabgabe aus ihrer Sicht vorerst bei Wahlen zu Selbstverwaltungskörperschaften - Sozialwahlen oder Gremienwahlen - weiterhin getestet und die Erfahrungen mit einem interdisziplinären Ansatz wissenschaftlich ausgewertet werden.

»**Gewachsenes Vertrauen** Besonders skeptisch steht Bundeswahlleiter Georg Thiel dem E-Voting bei Bundestagswahlen gegenüber. „Eine stabile Bundestagswahl ist für unsere Demokratie unerlässlich“, betonte er. Das über 70 Jahre gewachsene Vertrauen in das Wahlsystem dürfe nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden. Insofern gelte das Motto: Never change a winning team, sagte Thiel. Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) arbeite an weiteren Zertifizierungsmöglichkeiten für „nichtpolitische Wahlen“, sagte BSI-Vertreterin Jennifer Breuer. Bei derartigen Wahlen könne auch viel in Sachen IT-Sicherheit dazugelernt werden. Für die nächste Bundestags-

wahl rate sie vom Einsatz des E-Votings aber noch ab.

Dorothee Czennia vom Sozialverband VdK Deutschland warnte davor, durch eine ausschließliche Online-Wahl zusätzliche Beeinträchtigungen für ältere Menschen zu schaffen. „Wenn E-Voting eingeführt wird, dann nur als Ergänzung zu den bisherigen Möglichkeiten der Stimmabgabe“, sagte Czennia.

Marco Rüttger, Leiter des Wahlamtes der Friedrich-Schiller-Universität Jena, berichtete von positiven Erfahrungen mit dem E-Voting bei Gremienwahlen an der Universität. Auch ohne großartige Vorkenntnisse sei das Wahlverfahren für die Teilnehmer praktikabel gewesen. Rüttger plädierte dafür, Online-Wahlen unterhalb der parlamentarischen Wahlen zu etablieren. Die Akzeptanz und das Vertrauen würden mit der Zeit steigen, prognostizierte er. „Der Nachfragedruck, auch andere Wahlen elektronisch durchzuführen, wird dann größer“, sagte Rüttger.

Bei der Sozialwahl im kommenden Jahr werde mit dem Online-Voting absolutes Neuland betreten, sagte Jörg Ide als Vertreter der Techniker Krankenkasse. Er gehe davon aus, dass ein sicheres Verfahren gelinge. Optimistisch stimme ihn, dass mit der Durchführung der Wahl beauftragte Unternehmen schon 4.500 Online-Wahlen in verschiedenen Ländern durchgeführt habe - „ohne einen einzigen Sicherheitsvorfall“. Götz Hausding

## Hilfe für Alleinerziehende

**FAMILIE** Union fordert steuerliche Entlastungen

Mit der besonderen Situation von Alleinerziehenden befasste sich der Bundestag in der vergangenen Woche auf Initiative der Unionsfraktion. Diese hatte einen Antrag (20/1334) vorgelegt, um Alleinerziehende in der Inflation stärker zu entlasten. Unter anderem fordert die Fraktion, den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende auf 5.000 Euro anzuheben (derzeit liegt er bei 4.008 Euro für das erste Kind). „Perspektivisch“ solle geprüft werden, den Entlastungsbetrag in einen Steuerabzugsbetrag umzuwandeln, schreiben CDU/CSU in ihrem Antrag weiter. Zudem solle das Kindergeld nur zur Hälfte auf den Unterhaltsvorschuß angerechnet und kurzfristig ein Kinderbonus von 150 Euro eingeführt werden. Die Union verweist darauf, dass beinahe die Hälfte der Alleinerziehenden als „einkommensarm“ gelte.

Alleinerziehende trügen die doppelte Verantwortung und hätten deshalb „doppelte Entlastung“ verdient, erklärte Dorothee Bär (CSU). „Alleinerziehende gehören zu oft zu den Alleingelassenen. Wir als Union wollen sie genauso wie in der letzten Legislaturperiode noch stärker in den Mittelpunkt stellen“, sagte sie. Jasmina Hostert (SPD) warf der Union vor, in der Opposition plötzlich die Alleinerziehenden für sich zu entdecken. Sie listete auf, was die Ampel-Koalition alles plant,

um Alleinerziehende zu entlasten, unter anderem einen weiteren Ausbau der Kinderbetreuung, die Erhöhung des Mindestlohns und die Einführung einer Kindergrundsicherung.

Martin Reichardt (AfD) wertete den Antrag als Tropfen auf den heißen Stein. Die Union habe mit zu verantworten, dass jedes fünfte Kind arm sei. „Sie haben es durch Anbiederung zugelassen, dass die Familie geschwächt wird und von den Linken letztlich zerstört.“

Die Unterstützung Alleinerziehender muss weit über die „schmalen Forderungen“ der Union hinausgehen, betonte Nina Stahr (Grüne). Zwölf Euro Mindestlohn. Entgeltgleichheit und der Paradigmenwechsel mit der Kindergrundsicherung seien dagegen die zielführenden Projekte der Ampel.

Cökay Akbulut (Die Linke) kritisierte: „Die Union fordert, das Kindergeld nur hälftig auf den Unterhaltsvorschuß anzurechnen. Diese Forderung haben wir als Linke hier jahrelang aufgestellt, und die Union hat es immer wieder abgelehnt.“

Nicole Bauer (FDP) betonte: „Wir haben die Alleinerziehenden auf dem Schirm.“ Natürlich sei die Kindergrundsicherung ein komplexes Projekt, aber genau deshalb werde ab Juli zunächst ein Sofortzuschlag von 20 Euro für jedes von Armut betroffene Kind eingeführt, sagte sie. che



Doppelbelastung im Homeoffice: Studien zufolge birgt der digitale Wandel für Frauen Chancen und Risiken.

© picture alliance / Westend61 | Mareen Fischinger

### STICHWORT

#### Antidiskriminierungsstelle (ADS)

> **Aufgaben** Die ADS informiert, berät und unterstützt Menschen, die von Diskriminierung betroffen sind. Sie forscht und legt dem Bundestag Berichte vor.

> **Rechtsgrundlage** Die Arbeit der ADS basiert auf dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz, das seit 2006 den Schutz vor Diskriminierung im Arbeitsleben und in Teilen des Zivilrechts regelt.

> **Organisation** Die ADS gehört zum Zuständigkeitsbereich des Familienministeriums, soll aber unabhängig sein.

sas

## KURZ NOTIERT

## Wahlrechtsreform-Kommission hat sich konstituiert

Die vom Bundestag eingesetzte Kommission zur Reform des Wahlrechts hat in der vergangenen Woche auf ihrer konstituierenden Sitzung Nina Warken (CDU) und Johannes Fechner (SPD) zu ihren Vorsitzenden gewählt. Die Kommission soll unter anderem Empfehlungen erarbeiten, wie die Zahl der auf 736 angestiegenen Parlamentsmitglieder begrenzt werden kann, und dazu bis Ende August einen Bericht vorlegen. Dem Gremium gehören 13 Abgeordnete und ebenso viele Sachverständige an. **sto** ||

## Matthias Bartke ist neuer Bevollmächtigter des PKGr

Der frühere Bundestagsabgeordnete Matthias Bartke (SPD) ist neuer Ständiger Bevollmächtigter des Parlamentarischen Kontrollgremiums zur Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes. Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) überreichte ihm vergangene Woche die Ernennungsurkunde, nachdem das Gremium beschlossen hatte, Bartke für das Amt vorzuschlagen. Zudem schlug die AfD-Fraktion erneut den Abgeordneten Joachim Wundrak (AfD) als Mitglied des PKGr vor. Wundrak erhielt allerdings erneut keine Mehrheit. **sto** ||

## AfD-Kandidat Kaufmann bei Vize-Wahl durchgefallen

Der AfD-Abgeordnete Michael Kaufmann ist auch im dritten Durchgang bei der Wahl für das Amt des Vizepräsidenten des Bundestages durchgefallen. Auf Kaufmann entfielen vergangene Woche 95 Stimmen, 538 Abgeordnete stimmten gegen ihn, 15 enthielten sich. Die AfD-Fraktion konnte sich bisher nicht mit ihren Wahlvorschlägen durchsetzen. Insgesamt sieben Kandidaten verfehlten in jeweils drei Wahlgängen die erforderliche Mehrheit. **pk** ||

## Bundestag weist 238 Wahleinsprüche zurück

Bei Enthaltung der AfD-Fraktion hat der Bundestag vergangene Woche 238 Wahleinsprüche wegen Unzulässigkeit beziehungsweise Unbegründetheit zurückgewiesen. Er folgte damit einer ersten Beschlussempfehlung des Wahlprüfungsausschusses zu Einsprüchen anlässlich der Bundestagswahl vom vergangenen September (20/1100). Danach sind insgesamt 2.115 Wahleinsprüche eingegangen. Die Beschlussempfehlungen zu den weiteren Einsprüchen will der Ausschuss nach Abschluss seiner Beratungen vorlegen. **sto** ||

## AfD will Lobbyregistergesetz verschärfen

Die AfD-Fraktion hat einen Gesetzentwurf zur Verschärfung des Anfang dieses Jahres in Kraft getretenen Lobbyregistergesetzes (20/1322) vorgelegt, der neben der Kürzung der geltenden Ausnahmeregelungen bei der Registrierungspflicht von Interessenvertretern die Einführung des „legislativen Fußabdrucks“ und des „exekutiven Fußabdrucks“ vorsieht. Danach sollen Ministerien und Behörden verpflichtet werden, sämtliche Kontakte zu Interessenvertretern zu dokumentieren. Zudem soll Gesetzentwürfen nach dem Willen der Fraktion eine Auflistung der Interessenvertreter sowie der externen Berater und Sachverständigen beigefügt werden müssen, die bei der Erstellung der Gesetzesvorlage mitwirkten oder berücksichtigt wurden. **sto** ||



Flüchtlinge aus dem ukrainischen Kriegsgebiet stehen Mitte März in Berlin vor dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg, um sich registrieren zu lassen.

© picture alliance/dpa / Paul Zinken

# Zankapfel Registrierung

INNERES Fraktionen streiten über Anstrengungen zur Aufnahme der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine

Mehr als 320.000 Kriegsflüchtlinge hat die Bundespolizei nach Angaben des Bundesinnenministeriums in Deutschland seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine am 24. Februar bis vergangenen Freitag erfasst; die tatsächliche Zahl der in die Bundesrepublik geflüchteten Menschen könnte indes wesentlich höher sein, da an den Binnengrenzen keine festen Grenzkontrollen erfolgen. Am Donnerstagabend einigten sich Bund und Länder auf eine Verteilung der Kosten für Unterbringung, Versorgung und Integration der Flüchtlinge aus der Ukraine. Sie sollen ab Anfang Juni in das reguläre Grundversicherungssystem aufgenommen werden, wie Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nach Beratungen mit den Ministerpräsidenten angekündigt. Insgesamt wird der Bund die Länder und Kommunen im laufenden Jahr mit zwei Milliarden Euro unterstützen. Derweil befasste sich der Bundestag vergangene Woche in drei Debatten mit der Aufnahme der Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine in Deutschland. Ging es dabei um zwei Anträge der Fraktion Die Linke zur finanziellen Unterstützung der Kommunen bei der Aufnahme der Ge-

»Es wird nicht systematisch registriert, die Verteilung wird nicht koordiniert.«  
Dorothee Bär (CSU)

flüchteten (20/1117, 20/1330), standen zum anderen Forderungen der CDU/CSU sowie der AfD-Fraktion etwa zur Registrierung der Ankommenden im Mittelpunkt der Debatten. In einem Antrag mit dem Titel „Masterplan Hilfe, Sicherheit und Integration für ukrainische Frauen, Kinder und Jugendliche“ (20/1335) dringt die Unionsfraktion unter anderem darauf, eine „durchgehende Registrierung und Personenfeststellung unmittelbar nach oder bei Grenzübertritt sicherzustellen“. Die AfD-Fraktion fordert in ihrem Antrag (20/1347) die Bundesregierung auf, „in Kooperation mit den Ländern ab sofort eine systematische, lückenlose und täuschungssichere Registrierung der Kriegsflüchtlinge einzuleiten“. Beide Anträge wurden ebenso wie die zwei Vorlagen der Linksfraktion im Anschluss an die Aussprachen zur weiteren Beratung an die Ausschüsse überwiesen. In der Debatte über den CDU/CSU-Antrag wiesen Vertreter der „Ampel“-Koalition Kritik auf der Opposition an der Arbeit der Bundesregierung bei der Aufnahme der Kriegsflüchtlinge entschieden zurück. Abgeordnete der Union und der AfD warfen der Bundesregierung dagegen schwere Versäumnisse bei der Aufnahme der Geflüchteten vor. Dorothee Bär (CSU) monierte, dass eine systematische Registrierung und

Personenfeststellung der Ankommenden sowie der Menschen, die Flüchtlinge aufnehmen, nicht stattfinden und die Verteilung nicht koordiniert werde. Von ehrenamtlichen und freiwilligen Kräften werde „Übermenschliches“ auch in den Kommunen geleistet, doch dürfe die Bundesregierung sich darauf nicht ausruhen. Die Bundesregierung lasse aber „geschehen, statt zu gestalten“. Es gebe keinen „Flüchtlingsspielplatz“ und von Schutzzonen an den Bahnhöfen sei nichts zu sehen. Bundesfamilienministerin Anne Spiegel (Grüne) entgegnete, dass die Bundesregierung von Anfang an daran arbeite, dass die nach Deutschland fliehenden Frauen und Kinder aus der Ukraine vom ersten Tag an gut aufgenommen werden können. Dazu gehöre auch der schnelle Zugang zu Integrations- und Sprachkursen, die weiter ausgebaut würden. Auch gebe es natürlich den Schutz der Frauen vor Menschenhandel und Zwangsprostitution. Gottfried Curio (AfD) betonte, die allseitige Unterstützung der ukrainischen Flüchtlinge sei „fraglos“, doch könne effektive Hilfe nur funktionieren, „wenn die Helfer die Kontrolle haben über das, was sie tun“. Notwendig sei eine lückenlose Registrierung der Flüchtlinge, die Prüfung der Personaldokumente und die „Verhinderung von Trittbrettfahrern, die sich als Ukrainer

»Die meisten Geflüchteten lassen sich zeitnah registrieren.«  
Ulrike Bahr (SPD)

ausgeben oder im Strom der Flüchtlinge mit einreisen, um hier Asyl zu beantragen“. Sicherheitsbehörden warnten, dass Schleuser die erleichterten Einreisebedingungen aktiv bewerben und gefälschte ukrainische Pässe in Umlauf bringen. Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) nehme gleichwohl „Sicherheitsrisiken für Deutschland sehenden Auges in Kauf“. Ulrike Bahr (SPD) sagte, nach ihrer Wahrnehmung laufe bei der Aufnahme der Flüchtlinge „sehr vieles inzwischen sehr gut und koordiniert“. Dabei sei die Zusammenarbeit von Bund und Ländern eng abgestimmt. Die unproblematische Einreise der Flüchtlinge und ihr 90 Tage lang visumsfreier Aufenthalt träten gelegentlich in Konflikt mit der unverzüglichen Registrierung, doch ließen sich die meisten Geflüchteten zeitnah registrieren. Auch arbeite die Bundesinnenministerin seit Wochen an der Verbesserung der Registrierung. Bundespolizisten kontrollierten die ukrainischen Pässe und machten auf die mit der Registrierung verbundenen Vorteile aufmerksam. Nur über die Registrierung gebe es einen Zugang zu Leistungen, einem längerfristigen Aufenthaltsrecht und einer Arbeitserlaubnis. Clara Bünger (Linke) hob hervor, dass es derzeit rechtlich keine Möglichkeit gebe, eine systematische Registrierung der Ge-

flüchteten aus der Ukraine zu erzwingen, solange diese keine staatlichen Leistungen und keinen Aufenthaltstitel beantragen. Bis zum 23. Mai könnten sie sich legal in Deutschland aufhalten, und es sei gut, dass „die Übergangsverordnung jetzt auch noch verlängert werden soll“. Positiv sei auch, dass viele Flüchtlinge derzeit privat bei Bekannten und Verwandten unterkommen könnten. **Flexible Lösungen** Gyde Jensen (FDP) unterstrich, dass die CDU/CSU in ihrem Antrag genau die familienpolitischen Programme aufzähle, die die Koalitionsfraktionen „für eine gute Unterstützung der ukrainischen Frauen, Kinder und Jugendlichen identifiziert haben“. Diese würden im Bundesfamilienministerium seit Wochen entsprechend angepasst und wendeten sich gelegentlich an Ukrainerinnen. Auch liefen die Abstimmungen von Bund, Ländern und Kommunen sehr konstruktiv, betonte Jensen. Gebraucht würden „flexible, schnelle Lösungen auf allen Ebenen, aber nicht ein staatlich zentral verordneter Masterplan“. Julian Pahlke (Grüne) sagte, die Identität Geflüchteter werde bereits bei jedem Grenzübertritt in Polen, Ungarn oder Rumänien festgestellt, und danach sei die Bundespolizei an den deutschen Grenzen präsent und kontrolliere in den Zügen die Pässe. „Wir brauchen keine zusätzliche Registrierung und aufwendige Grenzkontrollen, die die Flucht weiter verzögern“, fügte Pahlke hinzu. **Helmut Stoltenberg** ||

## Ein kleinerer Fußabdruck für die Traumfabrik

KULTUR Die Filmbranche in Deutschland soll zukünftig ökologischer und nachhaltiger produzieren. Die Initiative »Green Shooting« hat dafür Kriterien vorgelegt

Maria Furtwängler war zunächst irritiert. Plötzlich sollte sie die Bahn nehmen und nicht zum Drehort fliegen. Die Verwunderung hat sich längst gelegt. Die renommierte Schauspielerin, längst das Gesicht des Kampfes um Gleichberechtigung in der Fernseh- und Kinobranche, fährt selbstverständlich mit der Bahn. Am Rande der diesjährigen Berlinale engagierte sie sich auf einer Podiumsdiskussion für die Initiative „Green Shooting“, die ab 1. Januar 2023 einheitliche Standards für ökologisch nachhaltige Produktionen in der gesamten Branche setzt – von der TV-Show und Sportübertragung bis zur Netflix-Serie. Kulturstaatsministerin Claudia Roth (Grüne) unterstützt das weltweit einmalige Modell von ganzem Herzen, wie ihr in Berlin anzumerken war. Sie versprach, über die Mehrkosten mit Finanzminister Christian Lindner in Verhandlungen zu gehen.

**Arbeitskreis** Mit den einheitlichen Standards werden zwei Programme zusammengeführt, die die Branche in den vergangenen Jahren erprobte, um die Produktion umweltfreundlicher zu gestalten. Die Förderinstitutionen der Länder und des Bundes entwickelten ihrerseits Nachhaltigkeitskriterien, die bereits erprobt werden. Ähnliche Kriterien für ökologische Standards

benannte der Arbeitskreis „Green Shooting“, zu dem unter anderem die ARD, Degeto oder die Constantin gehören. Wer die Bedingungen einhält, darf sich seit Anfang des Jahres mit dem Logo „green motion“ schmücken. Den Anstoß für den Arbeitskreis gab Carl Bergengruen, Chef der Filmförderung in Baden-Württemberg (MFG) und Sprecher für „Green Shooting“. Er wurde von einer französischen Studie aufgeschreckt. Die Entstehung von Film- und Fernsehproduktionen verursachten danach ebenso viele Emissionen wie die gesamte Telekommunikationsbranche. Schnell fand er Mitstreiter im eigenen Umfeld, um dies zu ändern. Der SWR produzierte 2015 einen „Tatort“ nach ökologischen Kriterien. Der ökologische Fußabdruck verringerte sich um 42 Prozent. Der Dreh wurde zur Blaupause für einen Leitfadens der MFG und für das Modell des 2017 etablierten Arbeitskreises. In 100 Produktionen der öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehsender haben sie sich in den vergangenen beiden Jahren bewährt: Unter ihnen waren 17 Serien wie „Babylon Berlin“, etliche Kinofilme und sechs Daily Soaps wie „Sturm der Liebe“ und „Gute Zeiten, schlechte Zeiten“. 21 Punkte hat der Arbeitskreis ausgemacht, die zu Einsparungen beitragen. Damit sich

die Produzenten im Regelwerk zurechtfinden, entstand mit dem Green Consultant ein neuer Beruf. Mit 5.000 Euro fördert die MFG deren Verpflichtung. Zu den Vorgaben für die Erlangung des Siegels gehören kleine Dinge wie das Verbot von Wegwerfgeschirr beim Catering und der Ausbau veganer und vegetarischer Angebote auf dem Speiseplan. Alle Mitarbeiter nutzen die Bahn, vor Ort werden umweltfreundliche Fahrzeuge und Ökostrom sowie aufladbare Akkus statt Wegwerfprodukten genutzt. Kostüme, Ausstattungsgesamstände und Requisiten werden nicht länger nach Drehende entsorgt. Die britische Firma CAMA lagert sie ein und bietet sie je nach Wunsch des Besitzers und Beschaffenheit für weitere Drehs oder caritative Zwecke an. Was nicht länger zu gebrauchen ist, wird recycelt. **Energieverbrauch** Ein großer Posten ist der Strom- und Dieselverbrauch am Set. Bei Außendrehen setzen die Initiatoren auf den Ersatz von Dieselgeneratoren und auf LED-Licht. „Die Nachfrage nach energiesparenden Equipment hat kontinuierlich zugenommen“, stellt Carl Bergengruen fest. Die Verleiher von Kameras und anderen technischen Geräten hätten bereits reagiert. „Die Branche wird zum Innovations-

treiber“, freut er sich. Claudia Roth hofft gar, dass von der traditionell starken optischen und technischen Filmindustrie in Deutschland eine neue Generation von Equipment entwickelt wird, das den Weltmarkt erobern kann. „Beim Essen bin ich auf den größten Widerstand gestoßen, was ich auch respektiere“, verrät UFA-Geschäftsführer Nico Hofmann. „Im Bistro in Babelsberg servieren wir mittlerweile überwiegend vegetarische Gerichte. Aber ich will Fleisch nicht verbieten.“ Und manchmal müsse es auch das Flugzeug sein. Zwischen Köln und Berlin bringen ihm bei Produktionen oft halbe Drehtage weg, weil die Bahn Verspätung hatte. Und „trotz Bahncard sind die Flüge auf innerdeutschen Strecken leider preiswerter“, bemängelt er. Um vier bis 14 Prozent steigen die Kosten bei den ökologischen Produktionen im Vergleich zu herkömmlichen Drehs, hat Hofmann festgestellt. Die Fernsehsender seien nicht bereit, sie zu übernehmen. Obwohl die ARD-Vorsitzende und rbb-Intendantin Patricia Schlesinger in Berlin den Willen zum ökologischen Umsteuern betonte und schwor, dass die Sender mitmachen. Die Sender zögen sich auf die Überlegung zurück, dass die Mehrkosten wahr-

scheinlich nur in einer Übergangsphase von zwei bis fünf Jahren anfallen würden, so Hofmann. Anschließend werde die nachhaltige Produktion, so die Hoffnung der Initiatoren, sogar zu Einsparungen führen. Es zeichnet sich ab, dass der Staat einsparen muss, um die zeitlich überschaubaren Mehrbelastungen abzufedern. **Förderdschungel** Weitere finanzielle Einsparpotentiale deuten sich an. Die einheitlichen Standards für ökologisch nachhaltige Produktionen könnten ein Vorbild sein, um den verwirrenden Förderdschungel Deutschlands zu durchforsten und einheitliche Standards einzuführen. Die Länderförderungen Baden-Württembergs und Hessens machen zudem erfolgreich vor, was in den 1990ern zwischen Berlin und Nordrhein-Westfalen scheiterte: Um Umzüge ganzer Filmcrews zu vermeiden, bei denen die Filmfördergelder bei Transportunternehmen sowie Hotels und Gaststätten statt am Set landen, werden Drehtage gegenseitig anerkannt. Mal wird ein paar Tage mit hessischem Fördergeld im Ländle gedreht, bei einer anderen Produktion unterleibt der Umzug in umgekehrter Richtung. Außerdem rät Bergengruen Firmen ab, für ein paar Tage in sein Land zum Dreh zu kommen. Er empfiehlt

stattdessen die Nutzung der technischen Infrastruktur für moderne Post-Produktions-Facilities, deren Ausbau Baden-Württemberg in den vergangenen Jahrzehnten zielgerichtet förderte. Sie baut auf den Absolventen des Studiengangs in Ludwigsburg auf, den viele Spezialisten aus dem Umfeld von Roland Emmerich absolvierten. Doch es sei nicht möglich, die Steuergelder aus Hamburg oder Schleswig-Holstein ohne Kompensation woanders auszugeben, stellt Helge Albers, Chef der dortigen Moin-Förderung, klar. **Internationale Konkurrenz** Abzuwarten ist auch, wie die internationale Szene auf die deutschen Regeln reagiert. Da der Deutsche Filmförderfonds (DFFF) die Fördersumme im Gegensatz zur europäischen Konkurrenz deckelt, wo bis zu 30 Prozent der Kosten erstattet werden, könnte eine Verteuerung der Drehs zu einem weiteren Wettbewerbsnachteil führen. Hollywood könnte weiter einen großen Bogen um Deutschland machen, was das Studio Babelsberg in den vergangenen Jahren bereits spürte. Kulturstaatsministerin Claudia Roth sollte den DFFF deshalb bei den versprochenen Reformen nicht vergessen. Eine europäische Initiative dazu hat sie auch angekündigt. **Katharina Dockhorn** ||

# Mit neuer Energie

**UNABHÄNGIGKEIT** In der Krise geht Deutschland ungewöhnliche Wege und ergreift historisch einmalige Schritte



Flüssiggas (LNG) kann eine Alternative zu russischem Erdgas sein. Es lässt sich per Schiff transportieren. Deutschland fehlt es noch an Terminals.

© picture-alliance/AA/Ozan Efeoglu

Wie außergewöhnlich die Zeiten sind, zeigt sich an den außergewöhnlich weitreichenden Folgen des russischen Angriffs auf die Ukraine für das politische Denken und Handeln im Westen. Das gilt nicht zuletzt in Deutschland. Und nicht zuletzt für die Klimaschutz- und Energiepolitik.

Manches, wie die Energiewende, ist schon im Koalitionsvertrag verabredet worden, erhält unter dem Eindruck des völkerrechtswidrigen Krieges in der Ukraine aber eine zusätzliche Begründung. Am Mittwoch vergangener Woche legte Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) mit einem 500 Seiten dicken „Energiesofortmaßnahmenpaket“ die größte energiepolitische Novelle seit Jahrzehnten vor. Bis 2035 will Deutschland den Strombedarf zu 100 Prozent über erneuerbare Energien decken. Aus einer doppelten Dringlichkeit heraus: Um des Klimaschutzes Willen, aber auch, um sich aus potenziell riskanten Abhängigkeiten wie der von – fossilen – russischen Energielieferungen zu befreien. Mit dem sogenannten Osterpaket wird der Ausbau der erneuerbaren Energien, vor allem aus Sonne und Wind, beschleunigt, „zu Wasser, zu Land und auf dem Dach“, wie es aus dem Ministerium heißt. Manches aber ist historisch einmalig: Nie zuvor wurde in Deutschland die Frühwarnstufe nach dem Notfallplan Gas ausgerufen. Nie zuvor wurde eine Treuhänderin für die Tochter eines ausländischen Konzerns eingesetzt, um „eine bestehende Gefahr für die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland“ abzuwenden.

**Notfallplan Gas** Ende März forderte der Kreml ultimativ, Energielieferungen müssten ab April in Rubel und nicht in Euro oder Dollar gezahlt werden. Das lehnte der Westen ab. Deutschland richtete sich daraufhin auf einen Lieferstopp Moskaus ein – und Habeck rief die Frühwarnstufe nach dem Notfallplan Gas aus. Es wurde ein Krisenteam eingerichtet, das die Versorgungslage fortlaufend analysiert und bewertet. Die Frühwarnstufe kann ausgerufen werden, wenn es konkrete, ernst zu nehmende und zuverlässige Hinweise auf ein mögliches Ereignis gibt, welches wahrscheinlich zu einer erheblichen Verschlechterung der Gasversorgungslage führt. Wenn nötig, kann das Krisenteam bestimmte Verbraucher vom Netz nehmen. Dafür müsste allerdings die dritte Stufe des Notfallplans ausgerufen werden. Sie sieht vor, dass private Haushalte, Notfallinfrastruktur wie Krankenhäuser und systemrelevante Kraftwerke weiterhin mit Gas versorgt werden, einzelne Großkunden aus der Industrie allerdings keine Lieferungen oder reduzierte Mengen erhalten.

**Treuhänder** Über das vorvergangene Wochenende übernahm die Bundesregierung dann in einem bisher einmaligen Schritt zumindest temporär die Kontrolle bei Gazprom Germania. Die Bundesnetzagentur wurde als Treuhänder der Gazprom Germania eingesetzt. Der Eingriff sei „zwingend notwendig“ geworden, so Habeck. „Wir werden Energie-Infrastrukturen nicht willkürlich Entscheidungen des Kremls aussetzen“, sagte der Vizekanzler. Vorausgegangen war die Ankündigung des Mutterkonzerns, man wolle die deutsche Tochter „aufgeben“. Übers Wochenende stellte sich heraus, dass künftig zwei russische

Unternehmen (JSC Palmyr und GPEBS), über die man in Deutschland nichts weiß, die neuen Eigentümer von Gazprom Germania werden sollten. Das Außenwirtschaftsgesetz sieht jedoch vor, dass der Erwerb kritischer Infrastruktur durch Nicht-EU-Investoren der Genehmigung durch das Bundeswirtschaftsministerium bedarf. Da diese Genehmigung nicht vorliegt, ist der Erwerb nach Überzeugung des Wirtschaftsressorts nicht rechtmäßig. In Berlin werden unterdessen noch weitergehende Überlegungen bis hin zu Enteignungen angestellt: Unternehmen wie Gazprom Germania und Rosneft Deutschland, die Tochter des russischen Ölkonzerns Rosneft, sind von großer Bedeutung für die deutsche Energieversorgung. Gazprom Germania betreibt große Gasspeicher, Rosneft Deutschland steht für 25 Prozent des

deutschen Raffineriegeschäfts. Dem „Handelsblatt“ zufolge beschäftigen sich im Bundeswirtschaftsministerium Mitarbeitende seit Wochen mit der Frage, wie sich der Weiterbetrieb der PCK-Raffinerie in Schwedt gewährleisten lasse. Sie gehört teilweise Rosneft und versorgt den Großraum Berlin/Brandenburg mit Benzin, Diesel, Heizöl und Kerosin. Der Einstieg des Bundes bei der Raffinerie – also die Enteignung – sei eine Option, die man sich offenhalten müsse, sagten Insider dem „Handelsblatt“.

**Schrittweise zum Embargo** Wie die russische Seite auf all das reagiert, ist bisher offen. Klar ist, dass Deutschland nicht einfach abwarten will. „Wir arbeiten an der Unabhängigkeit und mit jedem Tag daran, Voraussetzungen für und Schritte zu einem Embargo zu schaffen“, sagte Habeck. Wie? „Es braucht den Ausbau der Erneuerbaren, die konsequente Senkung des Verbrauchs auf allen Ebenen, Diversifizierung und den schnellen Hochlauf von Wasserstoff“, sagte Habeck. Doch nur mit Windrädern wird sich Deutschland zunächst nicht von Putins Gas, Kohle und Öl trennen können. Flüssiggaslieferungen sollen vorerst helfen. Ein Antrag der CDU/CSU-Fraktion dazu mit dem Titel „LNG-Infrastruktur in norddeutschen Häfen schneller aufbauen“ (20/1341) wurde am Donnerstag im Bundestag beraten und mit der Mehrheit von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und Die Linke gegen die Stimmen der Antragsteller bei Enthaltung der AfD abgelehnt. Einer der Hauptgründe: Was die Union fordere, sei seit Wochen das erklärte Ziel und praktische Politik der Bundesregierung, wie die Abgeordneten der Ampelparteien erklärten. *Michael Schmidt* ■

## > STICHWORT

### Berlins Weg zur Unabhängigkeit

> **Öl** Ölimporte aus Russland sollen bis zum Herbst halbiert und bis zum Jahresende soll eine nahezu vollständige Unabhängigkeit erreicht sein.

> **Kohle** Die Kohleimporte aus Russland sollen bis zum Herbst auf Null reduziert werden. Vorher könnte der jüngst beschlossene EU-Importstopp greifen.

> **Gas** Ersatz für russisches Gas ist schwierig zu bekommen. Im besten Falle kann der Anteil russischen Gases auf ein Drittel gesenkt werden. Unabhängigkeit ist frühestens 2024 zu erreichen.

## Abschaffung der EEG-Umlage: Im Prinzip gut, aber...

**ENERGIE** Sachverständige begrüßen Absenkung auf Null, kritisieren aber einzelne Regelungen

Die vorgezogene Abschaffung der EEG-Umlage zum 1. Juli soll nach dem Willen der Koalition Haushalte und Unternehmen bei den Stromkosten spürbar entlasten. Um sicherzustellen, dass die Entlastung von den Strombietern an die Endverbraucher in vollem Umfang weitergegeben wird, sollen Änderungen im Energiewirtschaftsgesetz vorgenommen werden. Ausgerechnet die dafür vorgesehenen Regelungen in dem Entwurf der Koalition (20/1025) aber seien nicht zielführend, sagte Thorsten Müller von der Stiftung Umwelteregenerrecht bei einer öffentlichen Anhörung im Ausschuss für Klimaschutz und Energie am vergangenen Mittwoch. Laut Entwurf besteht eine Verpflichtung zur Anpassung der vertraglich vereinbarten Strombezugspreise nämlich nur dann, wenn die EEG-Umlage in die Preiskalkulation eingeflossen ist. Das aber sei, wie auch

Martin Winkler, Wissenschaftlicher Leiter der Clearingstelle EEG|KWKG kritisch anmerkte, ein unternehmensinterner Prozess, der nach außen nicht transparent und nachvollziehbar sei. Paula Hahn vom Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft (BDEW) merkte an, dass der BDEW das Verbot, die Preise aus anderen Gründen als der Umlagensenkung zum 1. Juli 2022 anzupassen, sehr kritisch sehe. Im Zuge der Preissteigerungen an den Großhandelsmärkten wachse auch die Notwendigkeit der Energieversorger, diese in den Tarifen abzubilden. Das monierte auch Ingrid Liebing vom Verband kommunaler Unternehmen (VKU): Die verpflichtende Senkung der Strompreise am 1. Juli bei gleichzeitigem Verbot einer Saldierung mit anderen Belastungen und Kosten lehne der VKU als nicht zielführenden, gesetzlichen Eingriff

in die Vertragsautonomie ab. Thorsten Lenck von der Agora Energiewende befürchtet deshalb auch, dass die Regelung nicht verhindere, dass Stromlieferanten ihren Strompreis vor oder nach dem Stichtag erhöhen. Daher sollte die Umlagensenkung mit einer Informationskampagne verbunden werden, die die Verbraucher über die Umlagensenkung und ihre Rechte zum Lieferantenwechsel informiert.

**Einkommensschwache bedenken** In der Beobachtung von Manuel Frondel vom Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung haben die hohen Energiepreise für die Politik die Dringlichkeit massiv erhöht, die Steuer- und Abgabenlast auf den Strompreis zu verringern. Diese Last mache bei privaten Verbrauchern über 50 Prozent des Strompreises aus. Da einkommensschwache Haushalte einen höheren Anteil ihres

Einkommens zur Deckung ihres Stromverbrauchs auszugeben haben als wohlhabende, hätten sie in Relation zu ihrer Einkommen aktuell sogar einen höheren Beitrag zur Finanzierung von Maßnahmen wie der Förderung der Erneuerbaren zu leisten als einkommensstarke. Das gelte für alle Abgaben auf den Strompreis. Bei aller Kritik im Detail waren sich die Sachverständigen doch in der Einschätzung einig, dass die Senkung der EEG-Umlage ein erster richtiger Schritt sei, dem aber zügig weitere folgen sollten. Ob das, wie Matthias Dümpelmann von der 8KU GmbH sich wünschte, in ein „Keine-Umlagen-Gesetz“ mündet, blieb offen. Ein Konsens aber zeichnete sich ab, dass die Politik auch über die Abschaffung etwa der Kraft-Wärme-Kopplung- und Offshore-Umlage und eine Senkung der Stromsteuer, auf den EU-Mindestsatz, nachdenken sollte. *mis*

## Warum Tech-Konzerne keine neutralen Akteure sind

**DIGITALES** Europas Pläne zum Beschneiden der Macht großer Online-Plattformen mit Whistleblowerin diskutiert

Sie hatte schon vor dem US-Kongress, dem EU-Parlament und dem britischen Unterhaus gesprochen: Vergangene Woche trat die als Facebook-Whistleblowerin bekannt gewordene amerikanische Informatikerin Frances Haugen (Foto) auch im Bundestag auf. Mit dem Digitalausschuss tauschte sie sich über die Pläne für den europäischen Digital Services Act (DSA), in den sie große

noch tiefer zu vergraben, sagte Haugen. Sie plädierte für Regeln durch eine Algorithmenethik, damit nicht länger bevorzugt Gewalt, Live-Videos und Polarisierendes angezeigt werde. Mit Blick auf das vom Konzern angekündigte „Metaverse“, eine Art neues Internet mit Virtual-Reality-Anwendungen, befürchte sie, dass der Konzern auch hier seiner Sorgfaltspflicht nicht nachkomme und mit solch einem digitalen Raum ein „billiger Ersatz für persönliche Verbindungen“ geschaffen werde.

Haugen betonte, Social Media-Plattformen seien in der vergangenen Dekade von unterschiedlichsten Seiten missbraucht worden und seien keine neutralen Akteure: Untersuchungen zeigten zwar, dass Maßnahmen der Plattformen etwa gegen russische Desinformation wirkten, trotzdem seien sie „Komplizen im Krieg gegen die Ukraine.“ Die gesponserte Desinformation sei in einem Netzwerk über Jahre aufgebaut worden. Facebook wisse, dass dies die Demokratie schwäche, habe aber kein Geschäftsinteresse daran, etwa Bots zu stoppen, betonte Haugen.



Whistleblowerin Frances Haugen

Hoffnungen setzt, aus. Der DSA, der sich derzeit noch in den Trilogverhandlungen befindet, zielt unter anderem auf einen besseren Schutz von Verbrauchern und ihrer digitalen Grundrechte ab. Die Informatikerin, die von 2018 bis 2021 als leitende Produktmanagerin für den Meta-Konzern arbeitete, hatte im Oktober 2021 mit den sogenannten „Facebook-Files“ dafür gesorgt, dass interne Unterlagen dazu, dass der Konzern Profite über das Wohl seiner (jungen) Nutzer stelle, öffentlich wurden. Haugen warf dem Konzern vor, über die schädlichen Wirkweisen seiner Algorithmen Bescheid zu wissen und forderte eine strengere Regulierung und mehr Maßnahmen zum Schutz von Kindern und jugendlichen Nutzern.

**Zweifel an Sorgfaltspflicht** Die Reaktion des Konzerns auf ihre Enthüllungen habe vor allem darin bestanden, Informationen

**Entscheidungsmacht** Längst drehe sich die Diskussion nicht mehr nur um die Abwägung zwischen Meinungsfreiheit und Zensur, sagte sie mit Blick auf Fragen nach der Entscheidungsmacht von Algorithmen. Das Oversight Board von Facebook, das als unabhängige Kontrollinstanz arbeiten soll, sei „voller kompetenter Leute, die aber im Grunde keinen Einfluss“ hätten. Es werde nicht darüber informiert, wie Facebook Inhalte über verschiedene Sprachen hinweg ausspiele oder wie die KI-Systeme in den unterschiedlichen Sprachen wirken. „Facebook investiert zu wenig in Moderation und Sprachen außer Englisch“, betonte Haugen.

Die gesetzgeberischen Maßnahmen wie der DSA der EU-Kommission seien ein „Schritt in die richtige Richtung“ für mehr Transparenz von Online-Plattformen. Eine wichtige Ergänzung müsse darin bestehen, die Verantwortung in der gesamten Lieferkette bei digitalen Produkten mit aufzunehmen, damit diese nicht umgangen oder auf kleine Plattformen abgewälzt werden könne, plädierte Haugen. *Lisa Brüßler* ■

## Die Jagd nach Rohstoffen

**KREISLAUFWIRTSCHAFT** Antrag der Union abgelehnt

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine wird intensiv über eine größere Unabhängigkeit Deutschlands beim Zugang zu Rohstoffen debattiert. Die Fraktion von CDU/CSU hatte deshalb in einem Antrag (20/1338) die Bundesregierung aufgefordert, durch die Weiterentwicklung der Kreislaufwirtschaft die Rohstoffversorgung sicherer zu machen. „Deutschland ist als rohstoffarmes Land zwingend auf Importe angewiesen“, sagte Björn Simon (CDU/CSU) bei der Debatte des Antrags am späten Donnerstagabend. Um die Abhängigkeiten von Importen aus dem Ausland zu verringern sei es notwendig, die Rohstoffkreisläufe konsequent zu schließen, so Simon.

In ihrem Antrag forderte die Unionsfraktion außerdem, die Produktgestaltung zu verbessern, damit bei der Herstellung von Produkten und Verpackungen weniger Abfall anfalle und möglichst abfallarme und reparaturfähige Produkte entwickelt würden. Weiterhin sollten die Möglichkeiten einer stofflichen Wiedernutzung von Recyclingrohstoffen verbessert werden, wie es in dem Antrag heißt. Sammel-, Sortier- und Aufbereitungstechnologien sollten gefördert und auf diesem Wege sogenannte Sekundärrohstoffe gewonnen werden, die gegenüber Primärmaterialien bestehen könnten. Doch es ging der Union

nicht nur um die Gewinnung von Rohstoffen, sondern auch um den Umgang mit nicht wiederverwertbarem Abfall. So forderte der Antrag, die Forschung zu Kunststoffalternativen zu intensivieren, um zu vermeiden, dass Mikroplastik in die Umwelt eingetragen wird. Exporte von Abfällen zur bloßen Entsorgung „außerhalb der bereit detailliert geregelten und streng kontrollierten Rechtsrahmens des EU-Binnenmarktes“ sollten verboten werden. Für die SPD erwiderte Michael Thews, die Forderungen der Unionsfraktion seien entweder überholt oder aber stünden so bereits im Regierungsprogramm. Der Antrag der Union sei deshalb „ein zahnloser Tiger“, befand Thews.

„Jetzt wollen Sie also die Rohstoffversorgung sicherer machen. Warum denn erst jetzt?“, fragte Malte Kaufmann (AfD). Er wollte wissen, was die Union in den vergangenen 16 Jahre gemacht habe. Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Union abgelehnt. Die Reden der Abgeordneten der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und der FDP sowie des zweiten Redners der SPD-Fraktion wurden aufgrund der fortgeschrittenen Stunde zu Protokoll gegeben. Das endgültige Protokoll der Plenardebatte lag bei Redaktionschluss noch nicht vor. *emu* ■

## Neue Bremsklötze

**WINDKRAFT** AfD für strenge Prüfungen beim Ausbau

Mehr Tempo, das will die Bundesregierung beim Ausbau von Windkraftanlagen durch eine vereinfachte artenschutzfachliche Prüfung erreichen. „Die Bremsklötze sind weg“, sagte Bundesumweltministerin Steffi Lemke (Grüne) bei der Vorstellung eines Eckpunktepapiers gemeinsam mit Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) vergangene Woche.

Doch so schnell soll es nach dem Willen der AfD nicht gehen – im Gegenteil. Möglichen „Begünstigungen“ bei Bau und Inbetriebnahme von Windkraftanlagen will sie einen Riegel vorschieben und pocht auf strenge Prüfungen. In einem Antrag (20/1344), den der Bundestag am vergangenen Donnerstag erstmalig debattierte, fordert die Fraktion konkret, dass Windkraftanlagen „wie jede andere Industrieanlage in Deutschland“ eingestuft und behandelt werden müssten. In der Debatte warf Kars-

ten Hilde (AfD) der Bundesregierung vor, mit ihren Ausbauplänen Umwelt- und Naturschutz den Interessen der Windindustrie opfern. Die Bürger müssten Einbußen ihrer Lebensqualität hinnehmen, die Tierwelt leben einen hohen Preis durch das „Zupflastern der Landschaft mit Vogelschredern“. Redner anderer Fraktionen wiesen das zurück: Die Beratung über „Verschwörungsmethoden und Klimaleugner“, wie sie der Antrag enthalte, erübrige sich eigentlich, meinte Jan-Niclas Gesenhues (Grüne). Lina Seitzl (SPD) hielt der AfD vor, Artenschutz und Klimaschutz gegeneinander auszuspielen. Und Klaus Mack (CDU) kritisierte, die Partei wolle „zurück in die Vergangenheit“, weil ihr der Plan für eine moderne Energieversorgung fehle. Die übrigen Reden wurden zu Protokoll gegeben. Das endgültige Protokoll der Debatte lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor. *sas* ■



Homeoffice bleibt angesagt, und steuerliche Unterstützung gibt es auch in Zukunft.

© picture-alliance/dpa/ZB/Sebastian Kahmert

KURZ NOTIERT

Verfassungsklage gegen Haushalt eingereicht

Die Unionsfraktion hat wie angekündigt Verfassungsklage gegen den von der Ampelkoalition Ende Januar beschlossenen Zweiten Nachtragshaushalt für 2021 eingereicht. Mit dem Nachtrag hatte die Koalition ungenutzte Kreditemächtigungen in Höhe von 60 Milliarden Euro in den Energie- und Klimafonds verschoben. Die Union hatte kritisiert, dass damit Kredite verfassungswidrig für die Pandemiebekämpfung umgewidmet würden. „Dies ist eine einfachgesetzliche Umgehung der Schuldenbremse“, kritisierte Unionsfraktions-Chef Friedrich Merz am Freitag. scr

Grenzüberschreitende Rechtshilfeersuchen

Die grenzüberschreitende Zustellung und Beweisaufnahme zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union soll beschleunigt und vereinfacht werden. Das ist das wesentliche Ziel eines von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurfes (20/1110), mit dem vorrangig zwei neu gefasste EU-Verordnungen zur Zivilrechtshilfe umgesetzt werden sollen. So sollen Rechtshilfeersuchen künftig elektronisch zwischen den Mitgliedstaaten übermittelt werden. Der Entwurf wurde ohne Aussprache an den Rechtsausschuss zur weiteren Beratung überwiesen. scr

Union funkt SOS für Fischer

Der Bundestag hat in der vergangenen Woche über Hilfen zur Rettung der Deutschen Fischerei beraten, die Aussprache erfolgte auf Antrag (20/1340) der CDU/CSU-Fraktion und wurde an den zuständigen Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft überwiesen. In der Vorlage wird die Bundesregierung dazu aufgerufen, „schnelle und wirksame Hilfen“ für die Fischer bereitzustellen. Gefordert werden unter anderem Energiekostenszuschüsse, die sofort auszuschütten seien. Zudem soll es eine soziale Absicherung für Angestellte, Crew-Mitglieder und selbstständige Betriebsleiter geben. Darüber hinaus solle eine Stilllegungprämie für Hauptbetriebe gezahlt werden, ohne Kriterien wie Mindestsetzzeit oder Fahrzeuglängen, „die den Empfängerkreis jetzt ohne Bezug zur Realität in dieser Ausnahmezustand einschränken“. Die Branche befindet sich in einer „nie dagewesenen Existenzkrise“, zwei Jahre Corona-Pandemie und der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine hätten zu immer höheren Betriebskosten geführt. Aktuell machten alleine die Energiekosten bis zu 80 Prozent des zu erwartenden Umsatzes aus, „eine kostendeckende Fischerei ist damit unmöglich“. Dabei sei es derzeit erforderlich, nicht nur die energiewirtschaftliche Unabhängigkeit von Importen im Fokus zu haben, sondern auch die Grundversorgung mit Lebensmitteln „mit wirksamen Maßnahmen zu sichern“. Ohne schnelle Hilfe werde es „in wenigen Wochen keine deutsche Meeresfischerei mehr geben“, heißt es in der Vorlage. nki

# Alle im Blick

## STEUERN Milliarden-Pakete sollen die Folgen von Krieg, Inflation und Pandemie abmildern

**K**aum jemand hätte der Ampel zugetraut, dass eine der ersten Maßnahmen ein Steuerentlastungsgesetz ist“, sagte Finanzminister Christian Lindner (FDP) in einer Debatte des Bundestages am Freitag über die Möglichkeiten, die wirtschaftlichen Folgen des Ukraine-Krieges, der Inflation und der Pandemie abzumildern. Zugleich warnte er aber vor zu hohen Erwartungen an die Möglichkeiten des Staates, alle Probleme lösen zu können. „Die Mittel des Staates sind endlich“, sagte der Finanzminister bei der Beratung über den von den Koalitionsfraktionen SPD, Grüne und FDP eingebrachten Entwurf eines Steuerentlastungsgesetzes 2022 (20/1333). Nichts tun sei in dieser Lage jedoch keine Option.

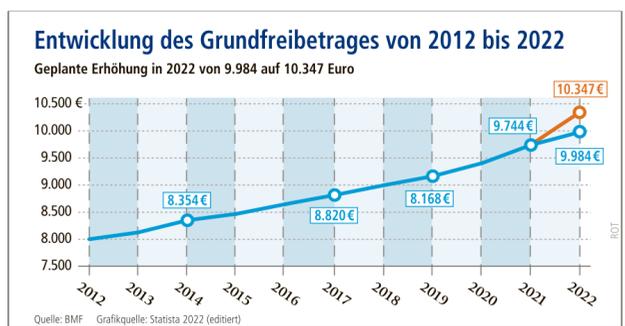
»Während wir diskutieren, steigt die Inflation und entwertet Ihr Päckchen.«  
Christian Görke (Linke)

durch eine Entlastung von 500 Euro im Jahr“, sagte der Minister. „Wir lassen niemanden allein“, sicherte auch Markus Herbrand (FDP) zu. Für Fritz Güntzler (CDU) geht das Paket angesichts der höchsten Inflation seit 40 Jahren nicht weit genug. Es sei daher „etwas wenig“, was die Koalition plane. Vor diesem Hintergrund kritisierte Güntzler, dass das Thema „Kalte Progression“ nicht aufgegriffen worden sei. Und die Entfernungspauschale dürfe nicht erst ab dem 21. Kilometer angehoben werden, sondern müsse allen Pendlern zugutekommen. „Wir wollen in dieser schwierigen Situation für Verhältnisse sorgen, in denen alle Menschen gut zurecht kommen können“, sagte Michael Schrödi (SPD). Allein mit dem Steuerentlastungsgesetz würden 4,5 Milliarden Euro Entlastung auf den Weg gebracht.

Entlastungspauschale sah Müller unter ökologischen Aspekten diskutabel. Wohlhabende mit größerem Wagen würden mehr profitieren als Arme mit einem Kleinwagen. Er erinnerte, dass die Koalition die Pendlerpauschale ökologisch und sozial neu ausrichten wolle.

„Während wir hier diskutieren, steigt die Inflation und entwertet Ihre Entlastungspäckchen von der Koalition“, kritisierte Christian Görke (Linke). Auch er kritisierte die Anhebung der Entfernungspauschale, die vorwiegend Besserverdienenden zugutekomme. Dass bei diesem Entlastungspaket nur auf die Erwerbstätigen gesetzt werde und Millionen von Rentnern unberücksichtigt bleiben würden, „macht nicht nur mich fassungslos“, erklärte Görke. Der an den Finanzausschuss überwiesene Entwurf des Steuerentlastungsgesetzes sieht vor, den Grundfreibetrag rückwirkend zum Jahresbeginn von derzeit 9.984 Euro um 363 Euro auf 10.347 Euro anzuheben. Au-

ßerdem wird die bereits für die Jahre 2024 bis 2026 festgelegte Erhöhung der Entfernungspauschale ab dem 21. Entfernungskilometer um drei Cent auf 0,38 Euro auf die Jahre 2022 und 2023 ausgedehnt. Ebenfalls rückwirkend zum 1. Januar 2022 auf 1.200 Euro erhöht wird der Arbeitnehmerpauschbetrag (bisher 1.000 Euro). Die CDU/CSU-Fraktion verlangt weitergehende Maßnahmen. In einem ebenfalls überwiesenen Antrag (20/1339) fordert die Union, nicht nur den Grundfreibetrag bei der Steuer zu erhöhen, sondern den gesamten Einkommensteuertarif an die hohe Inflation anzupassen und damit insgesamt die kalte Progression anzugleichen. Außerdem werden steuerliche Verbesserungen für Unternehmen verlangt. Ebenfalls überwiesen wurde der von der Regierung eingebrachte Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher Hilfsmaßnahmen zur Bewältigung der Corona-Krise (20/1111). Zu den Maßnahmen gehört unter anderem eine Steuerfreiheit von Sonderleistungen der Arbeitgeber bis zu einem Betrag von 3.000 Euro. Außerdem werden die Regelungen zur Homeoffice-Pauschale bis Ende Dezember 2022 verlängert. Abschreibung- und Verlustrücktragsmöglichkeiten werden verbessert, die bis zum 31. Dezember 2021 befristete Steuerbefreiung der Zuschüsse des Arbeitgebers zum Kurzarbeitergeld wird um sechs Monate verlängert. Hans-Jürgen Leersch



## Ran an die Preise

### INFLATION AfD verlangt Bündel von Steuersenkungen

Die Inflation ist zurück. In Deutschland beträgt die Preissteigerungsrate 7,3 Prozent, unter Einschluss der Immobilienpreise sind es sogar 7,8 Prozent. Das bereitet dem Bundesbank-Präsidenten Joachim Nagel große Sorgen, weil gerade Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen besonders hart getroffen würden. „Da müssen wir ran. Wir als Notenbank“, fordert Nagel. Doch bisher lässt die Europäische Zentralbank (EZB) keine Bereitschaft erkennen, die Zinsen schnell und stark zu erhöhen, was zusammen mit einem Ende der Anleihenkäufe die Preissteigerungsrate wieder bremsen würde. Zu groß ist die Sorge, die wegen Pandemie und Ukraine ohnehin stockende Erholung der Wirtschaft endgültig abzuwürgen. Der Staat hat auf die Zinssenkung keinen Einfluss; die EZB ist formal unabhängig. Wenn die Zinsen in Europa bei null oder im Minusbereich bleiben, schwächt dies auch die Euro-Währung, da die Zinsen in USA höher sind und Kapital dorthin fließt. Die Euro-Entwertung ist massiv: Vor zehn Jahren gab es für einen Euro 1,31 US-Dollar, jetzt sind es noch rund 1,10 Dollar. Das treibt die Inflationsrate weiter an, weil Importe (vor allem Energieerzeugnisse) teurer werden. Zu den wenigen Möglichkeiten der Politik gehören jedoch Steuer- und Abgabensen-

kungen, um die Bürger und die Unternehmen zu entlasten. Im Nachbarland Polen wurde das bereits gemacht. Vorschläge zu Entlastungen kamen im Bundestag in der vergangenen Woche von der AfD-Fraktion, die zwei Anträge und einen Gesetzentwurf zur Inflationsbekämpfung einbrachte. Die drei Initiativen wurden an die zuständigen Ausschüsse überwiesen. In zwei Anträgen (20/1034, 20/1343) fordert die AfD-Fraktion, die CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Benzin, Dieseltreibstoff sowie Gas umgehend abzuschaffen. Auch soll die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorgelegen, der vorerst für ein halbes Jahr vom 1. Mai 2022 bis zum 30. November 2022 für Otto-, Diesel-, Gas sowie Heizkraftstoffe eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf einen komplett reduzierten Satz von null Prozent beinhaltet. Als dritte Maßnahme wird gefordert, Grundnahrungsmittel, insbesondere Brot, verarbeitetes Fleisch und Milchprodukte, vorübergehend von der Mehrwertsteuer zu befreien. In einem Gesetzentwurf (20/1342) fordert die AfD, die Tätigkeit der Markttransparenzstelle für Kraftstoffe für bis zu sechs Monate auszusetzen. Damit soll die Preissteigerungshöhe der Konzerne gebrochen werden, indem diese keine Marktinformationen mehr bekommen. hlelemulm

## Steuerfrei heißt nicht unbedingt steuerfrei

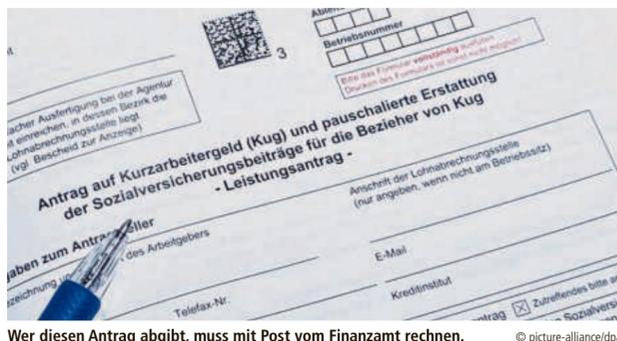
### LOHNERSATZLEISTUNGEN Linksfraction will Nachforderungen des Finanzamts vorübergehend ausschließen

Die Linksfraction ist mit einem Vorstoß, das Kurzarbeitergeld durch Aussetzung des Progressionsvorbehalts vorübergehend steuerfrei zu stellen, im Bundestag auf Ablehnung gestoßen. Zwar wird das Kurzarbeitergeld steuerfrei ausbezahlt, es erhöht jedoch den persönlichen Steuersatz, so dass häufig Steuernachforderungen anfallen. Ein Antrag der Linken (20/1101), diesen Vorbehalt vorübergehend auszusetzen, wurde am Donnerstag vom Bundestag an den Finanzausschuss überwiesen.

Dagmar Andres (SPD) lehnte den Antrag ab, weil die Abschaffung des Progressionsvorbehalts zu neuen Ungerechtigkeiten führen würde. Denn warum solle jemand mit 40.000 Euro Verdienst und 5.000 Euro Kurzarbeitergeld genauso viel Steuern bezahlen wie jemand, der nur 40.000 Euro verdiene und keine Lohnersatzleistungen bezogen habe. „Was soll denn dagegen sprechen, dass eine höhere Leistungsfähigkeit höhere Steuern verursacht?“, fragte Andres und verwies auf ein Urteil des Bundes-

verfassungsgerichts, das gegen den Progressionsvorbehalt keine verfassungsrechtlichen Bedenken gehabt habe. Die Linksfraction wolle den anerkannten Grundsatz der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit aushebeln, kritisierte Olav Gutting (CDU). Nur der Progressionsvorbehalt stelle die Besteuerung nach Leistungsfähigkeit sicher. Sascha Müller (Grünen), erklärte, emotional könne er das Anliegen der Linksfraction nachvollziehen. Wenn dem Antrag fol-

gen würde, würde man jedoch aus einer „gefühlten Ungerechtigkeit“ eine tatsächliche Ungerechtigkeit machen, indem die Besteuerung nach Leistungsfähigkeit ausgehebelt werde. Gerrit Huy (AfD-Fraktion) stimmte dem Vorstoß der Linken grundsätzlich zu, fragte jedoch andererseits, warum die Linke nicht bereits einem früher gestellten ähnlichen Antrag der AfD zugestimmt habe. Die Wirkung des Progressionsvorbehalts für die Betroffenen sei enorm. So seien von 12,6 Milliarden Euro Kurzarbeitergeld im Jahr 2020 2,1 Milliarden wieder an den Fiskus zurückgefließen. Ein Jahr später seien von 8,1 Milliarden Kurzarbeitergeld 1,4 Milliarden Euro an den Staat zurückgefließen. „Das ist doch nicht fair“, kritisierte Huy. Auch wenn seine Fraktion die Aussetzung des Progressionsvorbehalts schon selbst gefordert habe, lehnte Markus Herbrand (FDP) den Linken-Antrag ab. „Gute Ideen verlieren ihre Wirkung, wenn sie zum falschen Zeitpunkt kommen“, stellte Herbrand klar. 2020 habe der Antrag seiner Fraktion eine gute und nachvollziehbare Agenda gehabt. Damals wäre es eine große Unterstützung für die Menschen und eine Entlastung der Verwaltung gewesen. Jetzt im Jahr 2022 sei es zu spät, den Fehler der Großen Koalition zu beheben. hle



Wer diesen Antrag abgibt, muss mit Post vom Finanzamt rechnen.

© picture-alliance/dpa



Das Ende des Afghanistan-Engagements: Evakuierung afghanischer Zivilisten im August 2021 am Kabuler Flughafen.

© picture-alliance/ZUMAPRESS.com/Msgt. Donald R. Allen/U.S. Air

KURZ REZENSIENT



**Bartholomäus Grill:**  
**Afrika!**  
 Rückblicke in die Zukunft eines Kontinents.  
 Siedler Verlag, München 2021; 284 S., 22 €

Nahezu vier Jahrzehnte prägte Bartholomäus Grill als Korrespondent für „Die Zeit“ und den „Spiegel“ das Afrika-Bild der deutschen Leser. Seine Berichte und Reportagen waren stets gründlich recherchiert, hoch informativ und gut geschrieben. Grill bereiste mehr als 50 afrikanische Staaten, interviewte Präsidenten und verfolgte Oppositionelle; er berichtete über Naturkatastrophen und ökonomische Erfolge, über Bildung und Migration, aber auch immer wieder über Putsch und Kriege. Hinzu kommt eine Publikation über die deutsche Kolonialherrschaft in Afrika. Sein aktuelles Buch ist eine Sammlung von Reportagen: Afrika bleibe ein Paradoxon, der Kontinent sei vorangekommen und zugleich stehengeblieben, bilanziert Grill. Sich selbst bezeichnet er als „Afrorealisten“: Die Lage sei ernst, aber keineswegs aussichtslos. Der rohstoffreiche Kontinent mit fruchtbaren, jedoch großflächig untergenutzten Böden, verfüge über gewaltige Potenziale. Grill besucht Orte seiner früheren Tätigkeit als Entwicklungshelfer und als Korrespondent. Er dokumentiert und analysiert die politische und wirtschaftliche Entwicklung Afrikas in den letzten Jahrzehnten. Der Journalist berichtet über Machtmissbrauch, Inkompetenz und die endemische Korruption der Eliten in vielen afrikanischen Staaten. Seine Schlussfolgerungen basieren auf den Analysen einheimischer Politiker und Ökonomen. Die Ursachen des afrikanischen Rückstands sind zahlreich. Neben den Spätfolgen des Kolonialismus und einem räuberischen Weltwirtschaftssystem nennt der Autor die schlechte Regierungsführung und die enge Zusammenarbeit der Machteliten mit ausländischen Ölmultis, Bergbaumagnaten, Waffenhändlern, Anwälten und Banken. Sie seien nur zu gerne behilflich, die gestohlenen Milliarden in Steueroasen zu schleusen. Bartholomäus Grill ist es gelungen, „das Ende einer langen Dienstreise“ mit einem wunderbaren Buch zu krönen. *manu*

# Niederlage des Westens

**AFGHANISTAN** Michael Lüders kritische Analyse des gescheiterten Einsatzes am Hindukusch

Die Corona-Pandemie, die Flutkatastrophe im Sommer 2021 und zuletzt Putins Krieg gegen die Ukraine verdrängen die Aufarbeitung des Afghanistan-Einsatzes der Bundeswehr. Auch die geplante Enquete-Kommission des Bundestages lässt bislang auf sich warten. Diese Lücke versucht der Orient-Kenner Michael Lüders mit seiner empfehlenswerten Streitschrift zumindest teilweise zu schließen. Als Nahost-Korrespondent der Wochenzeitung „Die Zeit“ veröffentlichte Lüders einige kenntnisreiche und lesenswerte Bücher über den Nahen und Mittleren Osten. Er ist Präsident der Deutsch-Arabischen Gesellschaft und damit Nachfolger des verstorbenen Journalisten und Filmemachers Peter Scholl-Latour. Wie sein meinungsstarker Vorgänger bevorzugt auch Lüders Klartext: Der Afghanistan-Krieg „war in erster Linie ein Verbrechen an der afghanischen Zivilbevölkerung“.

Projekts“ führten. Zuerst zitiert Lüders US-Präsident George W. Bush mit seinem berühmten Ausspruch vom Mai 2003: „Wir haben die Taliban vernichtet.“ Danach folgt Mullah Omar, der Anführer der Taliban, mit dem Satz: Die Vereinigten Staaten erwarte in Afghanistan „eine vernichtende Niederlage. Nicht anders, so Gott will, wie es vor ihnen den Sowjets und den Briten ergangen ist“. Es folgt die 1989 verstorbene Historikerin Barbara Tuchman: „Realitätsverleugnung (...) spielt eine bemerkenswerte große Rolle auf Regierungsebene. Wunschenken führt dazu, die Faktenlage zu übersehen“. Mit Blick auf das unruhliche Ende der Nato-Mission in Afghanistan fragt Lüders: Was bedeutet diese gravierende Fehleinschätzung heute für die Politik der Nato gegenüber Russland und China? Lüders attestiert dem Westen im Fall Afghanistans Hybris und kritisiert dessen Ignoranz gegenüber den kulturell-politischen Traditionen der Völker am Hindukusch. Eindringlich warnt er vor einem „Tunnelblick“ der Politik, der dazu führe, dass am

Ende doch das „Streben nach Vorherrschaft universell humane Werte missachtet und missbraucht“. Bei aller berechtigten Kritik vermisst man als Leser spätestens an dieser Stelle dann doch einen Blick auf die islamistische Terrorherrschaft der Taliban und deren Unterstützung des Terrornetzwerkes Al-Qaida. Die Verharmlosung der paschtunischen Stammesgesetze gehört zu den größten Schwächen von Lüders' Buch. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 seien die USA auf Rache aus gewesen, stellt Lüders fest. Es begann „der Krieg gegen den Terror“, der zum Blankoscheck für den „militärisch-industriellen Komplex“ nicht nur in den USA wurde. Zwischen 2001 und 2021 forderte dieser Krieg nach Angaben der amerikanischen Brown University mehr als 900.000 Menschenleben und kostete mehr als acht Billionen US-Dollar. Der Anteil des Afghanistans-Engagements an diesem globalen Krieg belief sich auf 2,2 Billionen US-Dollar. Lüders bescheinigt den amerikanischen Regierungen „Verblendung und schlichte

Dummheit“. Der Afghanistan-Krieg mit seinen 241.000 getöteten Afghanen, ein Drittel davon Zivilisten, hätte vermieden werden können, ist er sich sicher. Weder die USA noch die Nato hatten ein klares Kriegsziel in Afghanistan. Der Westen habe zudem den großen Fehler begangen, auf die von ihm installierten Marionettenregierungen zu setzen. Politische Demokratisierungsziele seien für die westlichen Gesellschaften inszeniert und mittels Wahlfälschungen scheinbar realisiert worden. Davon profitierten vor allem die korrupten Regierungen von Hamid Karsai und Ashraf Ghani, die einige Milliarden US-Dollar internationaler Finanzhilfen unterschlagen hätten. In diesem Zusammenhang verweist Lüders auf die „Afghanistan Papers“, die in den USA veröffentlichten Geheimdokumente der Regierungstellen. Danach verschwanden etwa 800 Milliarden US-Dollar in dunklen Kanälen, obwohl sie für den Krieg in Afghanistan bereitgestellt waren.

Tanklasters bei Kundus auf Befehl von Oberst Georg Klein am 3. September 2009. Damals seien zwischen 100 und 150 Menschen getötet worden. „Die allermeisten dieser Toten waren Zivilisten“, schreibt Lüders und verurteilt die „Fehleinschätzung Kleins“, der „nie das geringste Bedauern, geschweige denn Reue für seine ebenso fragwürdige wie mörderische Entscheidung gezeigt hat“. Arbeitsminister Franz Josef Jung (CDU) musste schließlich wegen seiner Informationspolitik als Verteidigungsminister im Fall Kundus zurücktreten. Am Ende der Kundus-Affäre habe Anfang Dezember 2011 eine „zahme Abschlussdebatte im Bundestag“ über die Ergebnisse des eingestuzten Untersuchungsausschusses stattgefunden. *Aschot Manutscharjan*

**»Realitätsverleugnung spielt eine bemerkenswerte große Rolle.«**

Barbara Tuchman, Historikern

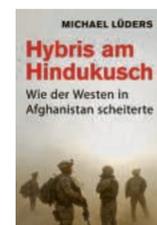
**Realitätsverleugnung.** An den Anfang seines Buches stellt Lüders eine Zitensammlung. Lüders will die großen Lügen und die Realitätsverleugnung enthüllen, die zur vernichtenden Niederlage eines großen westlichen „Demokratisierungs-

Anzeige



**Natascha Strobl:**  
**Radikalierter Konservatismus**  
 Edition Suhrkamp, Berlin 2021; 189 S., 16 €

Der 6. Januar 2021 ist als ein dunkler Tag in die US-amerikanische Geschichte eingegangen. Ein Mob aus Rechtsextremisten, Verschwörungstheoretikern und anderweitig motivierten Anhängern des abgewählten US-Präsidenten Donald Trump versuchte – angestachelt von Trump selbst – den Sitz des US-Kongresses zu stürmen und die formelle Bestätigung des Wahlausgangs zu verhindern. Was eigentlich unvorstellbar schien, ist, liest man Natascha Strobls Essay, eine fast schon logische Konsequenz einer konservativen Bewegung, die zunehmend mit rechtsextremen Gruppierungen anbandelt und den Grundkonsens einer konstruktiven Zusammenarbeit mit Kräften des demokratischen Spektrums quasi aufgegeben hat. Strobl blickt dabei nicht nur ins ferne Washington, sondern hat mit dem ehemaligen österreichischen Kanzler Sebastian Kurz auch ein personifiziertes Beispiel aus ihrem Heimatland zur Hand. Bei allen Differenzen in der Persönlichkeit diagnostiziert die Politikwissenschaftlerin sehr ähnliche Tendenzen, etwa die Lust am Regelbruch, die Abkehr von Fakten, die Dämonisierung des politischen Gegners und einen „antidemokratischen Staatsumbau“. Als Grund für diese Radikalisierung führt Strobl an, dass es neben der oft diagnostizierten Krise der Sozialdemokratie eine Krise der konservativen Parteien gibt. Sie müssen auf eine Kernklientel reagieren, die sich zunehmend offen zeigt für die Agitation der Neuen Rechten. Gefährlich für die Demokratie wird das, so die Autorin, weil es sich bei den US-Republikanern und der ÖVP nicht um Splitterparteien handelt, sondern um staatstragende Organisationen. Kippen sie, dann kippt das System gefährlich mit. Die Thesen des gut lesbaren Essays funktionieren vor allem durch die zahlreichen Beispiele aus jüngerer Zeit – ob nun Trumps Ausfälle oder die zahlreichen Skandale um Kurz, die ihm letztlich den Job kosteten. Die ideen- und parteiengeschichtliche Dimension sowie die historische Einordnung abseits der von Strobl angeführten konservativen Revolution der Weimarer Zeit fällt dagegen denkbar knapp aus. *scr*



**Michael Lüders:**  
**Hybris am Hindukusch.**  
 Verlag C.H. Beck, München 2022; 203 S., 14,95 €

**Ist die Volkssouveränität noch zu retten?**

**Volkssouveränität und Staatlichkeit**  
 Intermediäre Organisationen und Räume demokratischer Selbstgesetzgebung  
 Herausgegeben von PD Dr. Oliver Eberl und AkadR a.Zt. Dr. Philipp Erbentraut  
 2022, 240 S., brosch., 49,- €  
 ISBN 978-3-8487-7282-7  
 E-Book 978-3-7489-1289-7  
 (Staatsverständnisse, Bd. 161)

Der Sammelband unternimmt den Versuch, das ideengeschichtliche Konzept der Volkssouveränität zu aktualisieren und weiterhin als geeignete Form der Demokratisierung für das 21. Jahrhundert auszuweisen. Im Fokus stehen dabei die intermediären Institutionen und Räume demokratischer Selbstgesetzgebung.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de  
 Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

## »Erosion der Demokratie«

**CORONA** Ulrike Guérot's provokante Bilanz zu zwei Jahren Pandemiebekämpfung

Durch den Ukraine-Krieg ist das Thema Corona weitgehend aus den Nachrichten verschwunden. Inzidenzwerte, Hospitalisierungsraten und sogar Todeszahlen werden nur noch als Randnotiz gemeldet. Das abflauende Interesse der Medien wie ihres Publikums ist problematisch, weil es in Sachen Pandemie-Politik einiges aufzuarbeiten gibt. Das versucht Ulrike Guérot, zuletzt Professorin an der Donau-Universität Krems, seit Herbst 2021 lehrt sie Europapolitik an der Uni Bonn. Ihr Buch trägt den wenig konkreten Titel „Wer schweigt, stimmt zu“, auch die Unterzeile „Über den Zustand unserer Zeit“ bleibt schwammig. Das ermüdende C-Wort taucht nicht auf – eine bewusste Strategie gegen vorschnelle Vereinnahmung oder Abgrenzungsreflexe? Im Frühjahr 2020 sei es richtig gewesen, vorsichtig zu sein, man habe die unbekannte Gefahr nicht einschätzen können, konzediert Guérot den Entscheidungsträgern. Ein Lockdown sei aber auch „eine drakonische Maßnahme, die Angst schürt“. Die vom französischen Präsidenten Emmanuel Macron ausgegebene Parole „Wir sind im Krieg gegen das Virus“ schien ihr schon damals unangemessen. Die Mehrheit der Bevölkerung drängte „unter Panik in einen Zug, der immer schneller an Fahrt aufnahm“. Wer nicht einstieg, habe das Zeitge-

schehen von einer anderen Warte aus beobachtet und sei heute von einer Gesellschaft entfremdet, in der „Fundamente der Rechtsstaatlichkeit ernsthaft gefährdet“ seien. Guérot moniert eine wachsende „Machtkonzentration der Exekutive“. Man dürfe niemanden, auch die viel kritisierten Impfskeptiker nicht, von der Teilhabe am Diskurs ausgrenzen, damit beginne „die Erosion der Demokratie“.

**Solidarität als Klammer** Schlagworte prägten die Pandemie-Debatte von Anfang an. „Querdenken“, einst positiv für einen unabhängigen Geist stehend, entwickelte sich zum Schimpfwort für rechtslastiges Gedankengut. Linke und Linksliberale, so die Autorin, wurden mit dem Begriff der Solidarität „gekapt“. Dieses „Mutterkorn progressiver Rhetorik“ war die Klammer einer ganz großen Koalition. Populisten im Umfeld der AfD nutzten die Leerstelle und beanspruchten die kulturelle Hegemonie über den Freiheitsbegriff. Guérot, einst selbst im christdemokratischen Spektrum aktiv, wundert sich, warum fast nur Rechte die Maßnahmen als unverhältnismäßig kritisierten, während „die politische Mitte sie begrüßte und immer mehr davon forderte“. In den digitalen Netzwerken entstand ein Paralleluniversum, dokumentierte bis heu-

te einen Riss in der Gesellschaft. Dieser prägte auch persönliche Beziehungen: Kollegen-, Bekannten- und Freundeskreise zerstritten sich, manchmal begleitet von Gesprächskillern wie „Du klingst ja wie Pegida!“ Guérot's bisweilen überspitzte Thesen sind eine Provokation und ihr Schlusskapitel, bietet in der Tat Anlass zur Distanzierung. Hier steigert sie sich hinein in die Dystopie eines biotechnologischen Überwachungsstaates. Richtig, Corona ist für Tech-Giganten und Pharmaindustrie nicht nur ein lukratives Geschäft, sondern auch ein gigantisches Massenexperiment. Doch das gezeichnete Szenario vom „Körper als letzte Ware“ im Visier interessierter Kreise wirkt überzogen. *Thomas Gesterkamp*



**Ulrike Guérot:**  
**Wer schweigt, stimmt zu.**  
 Westend Verlag, Frankfurt/M. 2022; 142 S., 16 €

**Herr Schneider, der Ukraine-Krieg hat weltweit die Lebensmittelpreise steigen lassen. Mitte März kostete eine Tonne Weizen fast 400 Euro. Ein Rekord.**

Ja, bereits seit zwei Jahren steigen die Lebensmittelpreise massiv. Schon im Februar, noch vor der russischen Invasion in der Ukraine, hatten sie ein Allzeithoch erreicht. Durch den Krieg sind sie dann förmlich explodiert.

**Die Schwarzmeerregion gilt als Kornkammer Europas. Fast ein Drittel der globalen Weizenexporte, aber auch 60 Prozent des Sonnenblumenöls und rund 15 Prozent der Maislieferungen kommen aus Russland und der Ukraine. Gelangt jetzt überhaupt noch Getreide von dort auf den Weltmarkt?**

Vereinzelt werden noch Lebensmittel und landwirtschaftliche Produkte aus Russland gehandelt – allerdings nur noch mit „befreundeten Staaten“, darunter China oder Indien, und kaum noch auf den üblichen Wegen durch das Schwarze Meer in Richtung Afrika, in den Nahen und Mittleren Osten bis nach Asien. Solche Lieferungen sind unsicher und teuer geworden. Für die Ukraine aber ist die Lage weitaus schwieriger: Die Häfen sind blockiert, viele Anlagen zerstört, Schiffe können nicht auslaufen. Der Transport ist so fast völlig zum Erliegen gekommen.

**Kommt es deshalb bereits zu Engpässen? Wie ist die Versorgungslage insbesondere in den Ländern, in denen eine historisch gewachsene Abhängigkeit von Getreideimporten aus der Schwarzmeerregion besteht?**

In Ägypten und im Libanon, die gut zwei Drittel ihrer Weizenimporte aus Russland und der Ukraine beziehen, ist es sehr schnell zu Engpässen gekommen. In anderen Regionen, wie etwa Subsahara-Afrika, wirkten sich die unterbrochenen Transportwege zeitverzögert aus. Der Preisschock allerdings war sofort da.

**Hatten die Länder nicht als Reaktion auf frühere Nahrungsmittelkrisen ihre Speicher gefüllt?**

Doch. Viele Länder hatten tatsächlich aus den Krisen in den Jahren 2007/2008 und 2011 gelernt und die Speicherkapazitäten erhöht. Die Speicher waren daher – abgesehen von Krisenregionen wie etwa in Somalia und Äthiopien – relativ gut gefüllt. Im Libanon jedoch fehlt bis heute einer der größten Getreidesilos des Landes. Er wurde 2020 durch die Explosion am Beirut Hafen völlig zerstört. Was erschwerend hinzukommt: Wie überall in den globalen Lieferketten läuft auch beim Getreidetransport vieles „just-in-time“.

**Und Getreide könnte noch knapper werden, die Preise weiter steigen...**

Je länger der Krieg dauert, desto fraglicher ist, ob die Landwirte in der Ukraine ihre Felder in Zukunft bestellen können. Diese Unsicherheit treibt derzeit besonders die Preise auf den Märkten nach oben. Die Ernte des Winterweizens steht im Juli an, die Aussaat für Mais und Sonnenblumen sollte jetzt erfolgen. Wenn sie unterbleibt, ob nun aufgrund der Kampfhandlungen oder weil es an Männern, Maschinen oder Treibstoff fehlt, drohen auch große Teile der nächsten Ernten verloren zu gehen. Schon jetzt ist von einem Rückgang der Exporte aus der Ukraine von 30 Prozent auszugehen. Sollten die Kämpfe andauern, könnten sogar 40 bis 60 Prozent ausfallen.

**Auch in den umkämpften Gebieten in der Ostukraine werden Lebensmittel inzwischen knapp.**

Es ist davon auszugehen, dass mehr als 240.000 Menschen mit Nahrungsmitteln versorgt werden müssen. Dabei verfügt die

# »Bittere Bilanz«

**LEBENSMITTELKRISE** Um Hungersnöte zu verhindern, fordert der Ernährungsexperte Rafaël Schneider mehr finanzielle Hilfen für Landwirte in Entwicklungsländern



Kampf um jedes Korn: Ein Bauer beim Dreschen von Weizen in Äthiopien.

© picture-alliance/robertharding/Roberto Moiola

Ukraine durchaus noch über Vorräte, aber der Transport ist unterbrochen.

**Wie groß ist die Gefahr, dass diese Vorräte durch russische Angriffe vernichtet werden?**

Die Gefahr besteht. Es ist zwar ein Kriegsverbrechen, die Ernährungssicherheit eines Landes zu zerstören und Hunger als Waffe

einzusetzen, aber es gibt bereits Berichte über wiederholte Angriffe der russischen Streitkräfte auf Getreidespeicher. Silos sind militärstrategische Ziele.

**Der Chef des Welternährungsprogramms (WFP), David Beasley, warnt vor neuen Hungerrevolten und Migrationsbewegungen aus Afrika und dem Na-**

**hen Ostens in Richtung Europa als Folgen der Nahrungsmittelknappheit.**

Der Ukraine-Krieg kommt zur Unzeit. Die Krisen in der Welt häufen und verstärken sich gegenseitig, die Auswirkungen sind aber vor allem in den ärmsten Ländern im globalen Süden katastrophal. Die Coronapandemie hat weltweit Lieferketten durchbrochen, Arbeitslosigkeit vergrößert und

die finanziellen Reserven vieler Menschen aufgezehrt. Es gibt zudem viele ungelöste Konflikte, zum Beispiel im Jemen, in Afghanistan oder in Mali. Dazu kommen Dürren und der Klimawandel. Am Horn von Afrika erleben wir derzeit eine der schlimmsten Trockenperioden seit Jahrzehnten. In Äthiopien, Somalia und Südsudan haben schon jetzt 43 Millionen Menschen nicht ausreichend zu essen. Das alles zusammen macht die Lage brandgefährlich. Sie könnte ein Feuer entfachen, wie wir es lange nicht gesehen haben.

Exportstopps verhängt, und Bulgarien beginnt nun ebenfalls seine Getreidereserven aufzustocken und Ausfuhren zu begrenzen.

**Bundesentwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) sprach von 8 bis 13 Millionen Menschen, die der Krieg zusätzlich in den Hunger treiben könnte. Was ist zu tun, um das zu verhindern?**

Die Zahlen halte ich sogar für zu niedrig kalkuliert. Laut WFP könnten die Folgen des Krieges 47 Millionen Menschen treffen. 2021 hatten bereits 811 Millionen Menschen weltweit nicht genug zu essen. Angesichts des erklärten Ziels der Weltgemeinschaft, den Hunger bis 2030 zu beseitigen, eine bittere Bilanz. Deshalb braucht es jetzt schnell ein größeres finanzielles Engagement für Nahrungsmittelhilfe und nachhaltige Entwicklung.

**Wie viel Geld fehlt konkret?**

Wenn Nahrungsmittel im Einkauf 30 Prozent teurer sind, benötigen Hilfsorganisationen auch mindestens 30 Prozent mehr finanzielle Mittel. Schon jetzt können wir mit dem gleichen Geld immer weniger Menschen unterstützen. Das Welternährungsprogramm musste bereits seine Hilfsrationen im Jemen reduzieren. Gleichzeitig braucht es dringend Hilfen für die Landwirtschaft in ernährungsunsicheren Regionen, denn die Preise für Düngemittel, Saatgut und Treibstoffe sind zuletzt ebenfalls explodiert. Wenn Landwirte in Entwicklungsländern nicht mehr genug anbauen können, wird sich die Nahrungsmittelkrise weiter verschärfen. Wir müssen daher jetzt mehr tun, um die Selbstversorgung im globalen Süden zu stärken – zum Beispiel durch Entwicklungshilfe, Subventionen oder das Erlassen von Schulden.

**Um kurzfristig Getreideausfälle zu kompensieren, fordern manche, die EU solle einspringen und einen Teil der fehlenden Lieferungen aus der Ukraine übernehmen.**

Das halte ich politisch für keine gute Idee. Natürlich könnte es dazu beitragen, die Getreidepreise zu senken. Die EU würde sich zudem Marktanteile auf dem Getreidemarkt sichern. Doch nachhaltiger wäre es, endlich die Landwirtschaft und damit die Ernährungssicherheit vor Ort in den Entwicklungsländern zu verbessern, indem zum Beispiel Nachernteverluste durch schlechte Lagerung, Tier- oder Schädlingsbefall verringert werden. Bereits 2009 hatten die G8 auf ihrem Gipfel in d'Aquila beschlossen, Kleinbauern zu unterstützen, doch wenig ist passiert. Das rächt sich jetzt.

**Sollten Länder mit großen Nahrungsmittelreserven Teile davon für den Export freigeben?**

Ja, Indien etwa hat seine Weizenexporte bereits auf Rekordniveau gesteigert. Auch Australien könnte seine Ausfuhren erhöhen. Doch die drohende Lücke, wenn die Schwarzmeerregion als Kornkammer ausfällt, lässt sich auch so nicht völlig schließen. Um Engpässe zu vermeiden, ist es jetzt ganz entscheidend, weltweit Exportbeschränkungen abzubauen und Nahrungsmittel nicht zu horten. Da ist es leider keine gute Nachricht, dass Serbien gerade angekündigt hat, Exporte von Weizen, sowie von Mais, Mehl und Speiseöl, zu verbieten. Auch Ungarn hat

**China hat Berichten zufolge in den vergangenen Monaten auch riesige Lebensmittelvorräte angehäuft und könnte diese nun auch geostrategisch nutzen. Lassen sich solche Hamsterkäufe nicht international kontrollieren, auch um Preissteigerungen zu vermeiden?**

Die Welthandelsorganisation setzt sich in Verhandlungen zwar gegen Exportstopps ein, aber verbieten kann sie diese natürlich nicht. Das gilt auch für Hamsterkäufe – diese lassen sich zudem nur sehr schwer kontrollieren.

**Bei der Nahrungsmittelkrise 2007/2008 trieb Spekulation die Getreidepreise auf die Spitze. Hungerproteste in mehr als 60 Ländern waren die Folge. Muss die Politik eingreifen?**

Spekulation verstärkt die Preisspitzen – das



Rafaël Schneider von der Welthungerhilfe

stimmt. Doch sie ist nicht der auslösende Faktor, das haben Untersuchungen gezeigt. Faktoren wie Knappheit, Nachfrage, die Weltmarktsituation oder auch Wetterextreme wirken viel stärker als die Spekulation selbst. Ihre Wirkung wird oft überschätzt.

**Bauernvertreter fordern nun, für den Umweltschutz bestimmte „ökologische Vorrangflächen“ auch bebauen zu können. Ist das der richtige Weg aus der Ernährungskrise?**

Agrarreformen wie den Green Deal auszusetzen, halte ich nicht für den richtigen Weg. Ich warne sogar ausdrücklich davon, die Bemühungen um Klimaschutz aufzugeben. Um der Nahrungsmittelknappheit entgegenzuwirken, können wir die Hebel an anderer Stelle einfacher und effektiver ansetzen – zum Beispiel beim Fleisch- und Energieverbrauch: 60 bis 70 Prozent des in Deutschland geernteten Getreides werden als Tierfutter in der Fleischproduktion verwendet. Knapp neun Prozent kommen für die Erzeugung von Biosprit zum Einsatz.

Das Gespräch führte Sandra Schmid

Rafaël Schneider ist stellvertretender Leiter der Politikabteilung der Welthungerhilfe. Zu den Themen des promovierten Geographen gehören globale Ernährungssicherheit, ländliche Entwicklung, Wertschöpfungsketten und die Verwirklichung des Menschenrechts auf Nahrung. Der 51-Jährige leitet zudem die Entwicklung des Food Security Standard der Welthungerhilfe – ein Bewertungsmaßstab für Ernährungssicherheit bei landwirtschaftlichen Produzenten. Zuvor war er als Koordinator und Entwicklungshelfer in Afrika tätig.

## Forderungen für Ausweitung der Agrarproduktion nehmen zu

**LANDWIRTSCHAFT** Der Bundestag diskutiert die Folgen des Kriegs in der Ukraine für die geplante Agrarreform

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine zeigt auch immer stärkere Auswirkungen auf die Agrarpolitik. Reformvorhaben geraten ins Wanken, Diskussionen um Klimaschutz und Artensterben erscheinen plötzlich als Debatten von gestern. Die EU-Kommission hat Ende März die Erlaubnis erteilt, dass Landwirte Nahrungs- und Futtermittel auf Flächen anbauen dürfen, die aus ökologischen Gründen eigentlich stillgelegt werden sollten. Dieser Streit erreichte in der vergangenen Woche den Deutschen Bundestag.

**Unions-Antrag** Agrarpolitik ist vor allem für die Opposition inzwischen auch Sicherheitspolitik. „Krieg ist Mord und Hunger ist Mord“: Mit diesen drastischen Worten forderte Wolfgang Stefinger (CSU) nichts Geringeres als eine Umkehr der bisher verfolgten Ziele in der Agrarpolitik. Anlass war die Beratung zum Unions-Fraktions-Antrag (20/1336) mit dem Titel „Der Ukraine jetzt und in Zukunft helfen, Nahrungsmittelversorgung in der Welt sicherstellen sowie europäische und deutsche Landwirtschaft krisenfest gestalten“. Die Union verlangt, die Bundesregierung möge gemeinsam mit der UN sowie mit Hilfsorganisationen und Wohlfahrtsverbänden darauf hinwirken, dass die Versorgung der

ukrainischen Bevölkerung mit Lebensmitteln langfristig gesichert ist und die ukrainischen Landwirte so weit wie möglich unterstützt werden, damit sie auf möglichst vielen Flächen die Frühjahrsaussaat ausbringen können. Daneben werden Kernpunkte der EU-Agrarreform infrage gestellt. So soll die von der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) vorgesehene Pflicht zur Stilllegung von vier Prozent der Agrarflächen ab 2023 aufgehoben werden und auf den ökologischen Vorrangflächen der Anbau aller Kulturen erlaubt werden. Das hatte die EU-Kommission mit ihrem Aktionsplan zur Ernährungssicherung den EU-Staaten eigentlich ausdrücklich zugesagt. Zudem soll die Anwendung von Pflanzenschutzmitteln auf den Öko-Flächen zeitweise erlaubt werden.

Steffen Bilger (CDU/CSU) warnte, das „Weiter so“ von Bundeslandwirtschaftsminister Cem Özdemir (Bündnis 90/Die Grünen) könne man „nicht durchgehen lassen“. Die Unions-Fraktion wolle zwar keine Abkehr vom Kurs der Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft. In Krisenzeiten müssten aber neue Prioritäten gesetzt werden. Was bedeute, dass „jetzt nicht die Zeit für weniger Anbau, sondern für eine Ausweitung der Produktion gegeben ist“. Der Antrag (20/1346) der AfD-Fraktion

geht noch weiter. Die GAP-Vorgabe für bis zu sieben Prozent Stilllegungsflächen zu sorgen, soll entfallen, auf ökologischen Vorrangflächen soll der Anbau von Nahrungs- und Futtermitteln erlaubt sein, darüber hinaus sei der Einsatz von Düngemitteln und Pflanzenschutzmitteln auf diesen Flächen freigegeben. Die Bundesregierung wird aufgefordert, den Einsatz von organi-

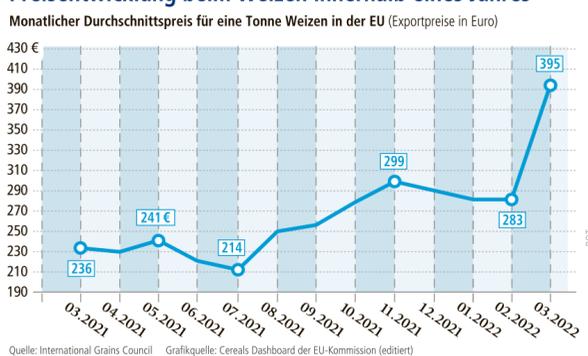
schon Düngemitteln und stickstofffixierenden Pflanzen vorübergehend zu fördern. Peter Felser (AfD) forderte „eine spürbare Entlastung der deutschen Landwirte, und zwar jetzt!“ Die Produktion von Lebensmitteln müsse in der gegenwärtigen Situation gesteigert werden. Dazu seien die Intensivierung der Landwirtschaft in Deutschland und in Europa notwendig. Die EU-

Kommission habe bereits ihre Pläne für eine „nicht mehr zeitgemäße Agrarreform aufgegeben“, nun müsse die Bundesregierung gleichziehen. Beide Anträge stießen bei den Regierungsfractionen und der Fraktion Die Linke auf heftigen Widerstand. Renate Künast (Bündnis 90 / Die Grünen) hielt Union und AfD vor, „in 20 Jahre alten Debatten und Denkmustern festzustecken“, die Debatte um Agrarreformen sei „eine aus der Mottenkiste“. Die Aufgabe der Regierung sei, für mehr Klimaschutz zu sorgen und die Ernährungssicherheit sicherzustellen, „dieses Ausspielen der einen Krise gegen die andere führt zu nichts“, so Künast.

**„Keine Alleingänge“** Dem schloss sich Natalie Pawlik (SPD) an. Sie verwies auf die Aufgabe Deutschlands, „für unseren Beitrag zur Nahrungsmittelsicherung zu sorgen“, das könne aber nicht mit „längst überholten Ideen gelingen“. Es brauche die Sicherstellung von Sozial- und von Umweltstandards in Europa, aber auch in den Ländern des Südens. Ina Latendorf (Die Linke) wies darauf hin, dass es weltweit zwar genug Lebensmittel gebe. Anstatt Flächen für die Produktion von Futtermitteln für Rinder und Schweine zu nutzen, müsse in den Ländern Europas „die Zahl der

Nutztiere deutlich reduziert werden“. Außerdem habe die Agrarpolitik der vergangenen Jahrzehnte dazu beigetragen, dass die Binnenagrarmärkte in Afrika „weitgehend zusammengebrochen sind“. Deswegen sei es notwendig, dort wieder regionale Wirtschaftskreisläufe aufzubauen, anstatt in Europa Überproduktion anzukurbeln. Gegen solche Überlegungen sprachen sich die Parlamentarier der SPD-Fraktion aus. „Wir brauchen die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion in der EU“, forderte Christoph Hoffmann. Wenn die „Kornkammer der Welt angegriffen wird, können wir keine Flächen stilllegen“, sagte er. Sein Kollege Gero Höcker warnte vor „Alleingängen Deutschlands in der Agrarpolitik“, er habe ein „ungutes Gefühl“ bei dem Gedanken, dass die Nahrungsmittelpreise „jeden Tag weiter steigen“, aber die Bundesregierung an „überholten Plänen“ festhalte. Es gebe Ereignisse, die es nötig machten, Überlegungen zu überdenken, so Höcker. Solche Worte veranlassten Artur Auernhammer (CSU) zu der Bemerkung, „dass die FDP der Bundesregierung angehört und handeln muss“. Die Union bekam keine Mehrheit, den Antrag abstimmen zu lassen. Die Vorlagen von CDU/CSU und von AfD wurden an die Ausschüsse überwiesen. *Nina Jeglinski*

### Preisentwicklung beim Weizen innerhalb eines Jahres





Der UN-Notfallkoordinator Martin Griffiths (Mitte, mit Brille) machte sich vergangene Woche in Butscha, einem Vorort von Kiew, ein Bild von der Lage. Nach dem Abzug der russischen Truppen säumten die Leichen hunderter Zivilisten die Straßen der völlig zerstörten Stadt. Erste Hinweise belasten die russischen Einheiten schwer, Griffiths kündigte eine Untersuchung zu möglichen Kriegsverbrechen an.

© picture-alliance/AA/Metin Aktas

## Erschreckende Parallelen

**BOSNIEN UND HERZEGOWINA** Der Deutsche Bundestag hat anlässlich des Jahrestages des Kriegsbeginns in Bosnien und Herzegowina vor 30 Jahren der Opfer gedacht. Mehrere Rednerinnen und Redner erinnerten in einer vereinbarten Debatte an die 100.000 Todesopfer und zwei Millionen Vertriebene und an die systematischen Massenvergewaltigungen als Teil der Kriegführung. Verwiesen wurde auf die Paralleltät schwerster Kriegsverbrechen damals und jenen Verbrechen, die heute Russland im Angriffskrieg auf die Ukraine vorgeworfen werden.

Anna Lührmann (Grüne), Staatsministerin im Auswärtigen Amt, sagte angesichts der Bilder von ermordeten Zivilisten im ukrainischen Butscha: „Erinnerungen an den furchtbaren Völkermord von Srebrenica werden wach.“ Die ethnische Spaltung in Bosnien und Herzegowina bestehe bis heute fort. Lührmann kritisierte die Abspaltungsbestrebungen der serbischen Teilrepublik Srpska: „Das sind Angriffe auf Frieden und Stabilität im westlichen Balkan.“ Die Bundesregierung halte deshalb bilaterale Hilfen zurück und prüfe eine erneute Beteiligung der Bundeswehr an der EU-Mission EUFOR Althea.

Peter Beyer (CDU) verwies darauf, dass diese Sezessionsbestrebungen von Russland befeuert würden. Er nannte die Äußerungen des russischen Botschafters in Sarajewo zu einer Nato-Perspektive für Bosnien-Herzegowina eine „unverhohlene Drohung“. Dass seit dem EU-Beitrittsantrag seit 2016 „sehr wenig“ geschehen sei, sei nicht gut für das Land, befand Beyer. In den Staaten des Westbalkans gewönnen Kräfte an Einfluss, „die es nicht gut meinen mit Demokratie, mit Rechtsstaatlichkeit, mit freier Meinungsäußerung“.

Aus Sicht von Entwicklungsministerin Svenja Schulze (SPD) gefährden die Abtrennungsbestrebungen der Teilrepublik Srpska nicht nur die Stabilität Bosniens und Herzegowinas. Mit Blick auf den Krieg in der Ukraine „drohen hier Kettenreaktionen auf dem Westbalkan und auch noch darüber hinaus“. Die Bundesregierung halte Infrastrukturhilfen für Srpska in Höhe von 100 Millionen Euro zurück und unterstütze den EU-Annäherungsprozess des Gesamtstaats.

Auch Joachim Wundrak (AfD) warnte vor einem Übergreifen des Konflikts in der Ukraine auf den Westbalkan. Es wäre in dieser Situation fatal, Serbiens EU-Beitrittsperspektive infrage zu stellen, weil das Land sich nicht deutlich genug vom Krieg Russlands in der Ukraine distanzieren. „Der Schlüssel für ein friedliches Zusammenleben auf dem Westbalkan liegt auch in Belgrad.“

Jens Beck (FDP) ging wie Vordredner Beyer auf die Einlassungen des russischen Botschafters in Sarajewo ein, er nannte diese „eine Drohung gegen unsere westliche Weltordnung und gegen die Eigenständigkeit und Souveränität jedes Staates“. Bosnien und Herzegowina habe „eine glaubhafte Perspektive in der EU und auch in der Nato verdient“. Russlands „dreiste und unverhohlene Methoden“ könnten den Weg in die europäische Gemeinschaft nur verzögern, sie werden sie nicht aufhalten können.“

Gregor Gysi (Die Linke) sprach vom Entsetzen angesichts der Tatsache, dass Menschen, „die friedlich in Jugoslawien über Jahrzehnte zusammenlebten, aufgehetzt und aufgepeitscht sich gegenseitig toteschlügen“. In Srebrenica habe damals ein furchtbarer Massenmord an muslimischen Bosniaken durch serbische Täter stattgefunden. „Ich bin froh, dass Verantwortliche vor dem Internationalen Strafgerichtshof gestellt wurden. Ich möchte nur, dass auch russische, aber auch US-amerikanische Täter vor dem Gericht zu erscheinen haben.“

aha II

# Die Schande von Butscha

**UKRAINE** Fraktionen fordern klare Reaktionen auf mutmaßliche russische Kriegsverbrechen

In der Ukraine verlagern sich die Kämpfe nach dem Abzug der russischen Truppen aus dem Großraum Kiew zunehmend in den Osten des Landes. „Packt eure Sachen und flieht!“, appellierte der Gouverneur der Region Luhansk, Serhij Gajdaj, vergangene Woche an die verbliebenen Bewohner der Ostukraine. „Diese paar Tage sind vielleicht die letzte Chance.“ Begleitet wurde sein Aufruf von andauerndem Beschuss auf mehrere Städte, besonders auf die zweitgrößte Stadt des Landes, Charkiw.

Die Angst, dass sich Gräueltaten wie die in Butscha wiederholen könnten, ist groß. Journalisten, die von ukrainischen Behörden nach dem Abzug der Russen in den völlig zerstörten Kiewer Vorort gebracht wurden, fanden dort Hunderte Leichen auf den Straßen vor, zum Teil mit auf dem Rücken gefesselten Händen. Bis Freitag wurden 320 Tote gezählt, doch die Zahl der entdeckten Leichen steigt nach Angaben des Bürgermeisters mit jedem Tag. Während die russische Führung jegliche Verantwortung für die Morde an den unbewaffneten Zivilisten von sich weist, verdichten sich ersten Untersuchungen zufolge die Hinweise auf russische Kriegsverbrechen.

**»Putin und seine Gefolgsleute werden sich dafür verantworten müssen.«**

Britta Haßelmann (Grüne)

Als Reaktion darauf verständigten sich die Nato-Staaten umgehend auf zusätzliche Militärhilfe für die Ukraine, die erstmals auch die Lieferung schwerer Waffen beinhaltet. Dies hatte das Verteidigungsbündnis zuvor stets ausgeschlossen. Die 27 EU-Staaten brachten ein fünftes Sanktionspaket auf den Weg, das unter anderem einen Importstopp für Kohle, Holz und Wodka vorsieht. Russischen Schiffen sowie von Russland betriebenen Schiffen soll das Einlaufen in EU-Häfen verboten werden, dazu kommen weitere Personen aus dem Umfeld des russischen Präsidenten, darunter dessen Töchter, auf die Sanktionsliste.

Eine Mehrheit der Abgeordneten im Europäischen Parlament hatte sich zuvor für einen sofortigen Lieferstopp von Öl, Kohle und Gas aus Russland, ein Embargo von russischem Kerosin und die vollständige Aufgabe der Erdgasfernleitungen Nord Stream 1 und Nord Stream 2 ausgesprochen. Die Bundestagsfraktionen forderten in einer auf Verlangen von SPD, Grünen und FDP anberaumten Aktuellen Stunde eine umfassende Aufklärung und Verfolgung der Täter. „Die Dokumentation der Kriegsverbrechen und die Aufarbeitung müssen jetzt beginnen“, forderte Grünen-Fraktions-

chefin Britta Haßelmann. „Putin und seine Gefolgsleute werden sich dafür vor dem Internationalen Strafgerichtshof verantworten müssen.“ Sie stellte klar, dass Deutschland zusammen mit den europäischen Partnern alles Machbare tun werde, „um diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu stoppen“.

Bijan Djir-Sarai (FDP) nannte jede Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem russischen Regime eine „Schande“, die schnellstmöglich beendet werden müsse. Dies sei Deutschland „nicht nur den Opfern dieses Krieges schuldig; wir sind es auch uns selbst schuldig“.

Bundesverteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) nannte die Verbrechen von Butscha eine „Entmenslichung, die alle Grenzen überschritten hat“. Jede Tat müsse sühnungslos verfolgt werden. Sie versicherte, die Bundesregierung arbeite jeden Tag mit Hochdruck daran, weitere Waffen an die Ukraine liefern zu können. Dass sie über die Art und Anzahl der gelieferten Waffen aber nicht öffentlich rede, liege daran, dass die Ukraine ausdrücklich darum gebeten habe. Es gehe darum, Russland im Unklaren zu lassen, damit es sich nicht darauf einstellen könne.

Dieser Lesart widersprach der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, jedoch in der ARD-Talkshow „Maischberger/Die Woche“. Es gebe leider „keinen offenen Dialog über das, was wir brauchen“, kritisierte er.

Auch Johann David Wadehul (CDU) hielt der Regierung zögerliches Handeln vor. Es sei eine militärische Binse, dass die Ukraine in dieser Situation schweres Gerät brauche, um den Krieg gewinnen zu können – „gepanzerter Waffen, Bergepanzer, Brückenlegepanzer, vielleicht sogar Kampfpanzer und Artilleriegeschosse“. Wenn Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) erkläre, „da sollten wir nicht die Ersten sein, die das machen, dann ist das aus meiner Sicht eine unzureichende Antwort“.

Auch die Frage der Energieversorgung müsse geklärt werden. Jürgen Braun (AfD) urteilte, die Ukraine brauche jetzt „ein starkes, wehrhaftes Europa der Vaterländer“. Nach einer Untersuchung der Geschehnisse in Butscha durch Experten des UN-Menschenrechtsrates solle ein Kriegsverbrechertribunal „eine lückenlose Aufklärung ohne Ansehen der Kriegspartei leisten“.

**»Es muss eine lückenlose Aufklärung ohne Ansehen der Kriegspartei geben.«**

Jürgen Braun (AfD)

In der seit Wochen von russischen Truppen belagerten Hafenstadt Mariupol sollen laut dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskiy bereits Tausende Zivilisten getötet worden sein. Zudem sei die Lage in dem Ort Borodjanka noch „deutlich schrecklicher“ als in der nahegelegenen Stadt Butscha. Allein in den Trümmern von zwei ausgebombten Wohnhäusern seien 26 Leichen geborgen worden.

Vor dem Internationalen Strafgerichtshof (IStGH) läuft bereits ein Ermittlungsverfahren wegen möglicher Kriegsverbrechen in der Ukraine. Die Ex-Bundesminister Gerhart Baum und Sabine Leutheusser-Schnarrenberger (beide FDP) haben zudem Strafanzeige beim Generalbundesanwalt gestellt.

Der UN-Koordinator für humanitäre Hilfe, Martin Griffiths, soll unterdessen die Möglichkeit eines „humanitären Waffenstillstands“ ausloten. Bevor er in die Ukraine weiterreiste, traf er in Moskau Russlands Außenminister Sergej Lawrow zu einem Gespräch. „Ich bin mit der Überzeugung herausgekommen, dass wir noch einen sehr langen Weg vor uns haben“, erklärte Griffiths im Anschluss. „Aber er muss gegangen werden und wir werden ihn gehen.“

Johanna Metz II

## Dämpfer im »Goldenen Zeitalter«

**SERBIEN** Präsident Vucic bleibt trotz Verlusten an der Macht. Innen- wie außenpolitisch steht er aber vor einem Berg von Problemen

Serbiens Präsident Aleksandar Vucic hat es wieder geschafft. Trotz kleinerer Einbußen können er und seine nationalpopulistische SNS-Partei weiter das Land regieren. Vucic erreichte bei den Parlaments- und Präsidentschaftswahlen am 3. April mit 58 Prozent der Stimmen etwas weniger als erhofft, die von ihm geführte bisherige Regierungspartei SNS gewann „nur“ 120 von 250 Sitzen im Parlament und braucht einen oder zwei Koalitionspartner. Doch die stehen wie bisher in Form der Sozialisten SPS mit 32 Mandaten und der SVM-Partei der ungarischen Minderheit im Land (sechs Mandate) zur Verfügung. Politisch bleibt daher zunächst alles beim Alten.

**Medienkontrolle** Der klare Sieg wäre ohne die Dominanz von Vucic in allen staatlichen und gesellschaftlichen Institutionen unmöglich gewesen. Das gilt vor allem für die von der Regierung kontrollierte Medienlandschaft. Die massiv gegängelten landesweiten TV-Sender sowie die auflagenstärksten Zeitungen hatten im Wahlkampf eine virtuelle Welt geschaffen, die mit der Realität in Serbien – das seit März 2012 offizieller EU-Beitrittskandidat ist – wenig zu tun hat. Sie propagierten das von Vucic ausgerufenen „goldene Zeitalter“

– trotz Durchschnittslöhnen von 500 Euro im Monat. Wobei die Einkommen im Privatsektor deutlich niedriger sind und manchmal nur teilweise oder mit großer Verzögerung gezahlt werden.

„Die Wahlen waren weder frei noch fair“, urteilte zum Beispiel die Europa-Abgeordnete Viola von Cramon (Grüne). Die Op-

position beklagte breite Manipulationen. Doch ihr Scheitern hat sie sich durch Zank und Streit zum großen Teil selbst zuzuschreiben. Besonders der frühere Staatschef Boris Tadic, einer der größten Spalter des oppositionellen Lagers, bekam denn auch die Quittung: Seine Partei scheiterte an der Drei-Prozent-Hürde.

Außenpolitisch erwarten die meisten Kommentatoren im Land keine Kursänderung. Einerseits wird das geostrategisch wichtigste Land des Balkans weiter auf die EU setzen und so in den Genuss von Milliardenhilfen kommen. Auf der anderen Seite wird Serbien weiter seine Rolle als enger Verbündeter Russlands in Europa spielen und auch China hofieren.

Doch mit beiden Partnern stehen Probleme ins Haus. Die teuren chinesischen Kredite für Infrastruktur wie zum Beispiel Kraftwerke, Autobahnen, Brücken und Eisenbahnverbindungen müssen mittelfristig zurückgezahlt werden. Außerdem bereiten die Turbulenzen auf dem Öl- und Gasmarkt wegen des russischen Krieges gegen die Ukraine zunehmend Schwierigkeiten. Im Jahr 2008 übernahm Gazprom für einen Spottpreis die Mehrheit am serbischen Öl-Monopolisten Nis. Die serbische Führung erkaufte sich so das Wohlwollen Russlands. Jetzt wird über eine Nationalisierung nachgedacht, um die Energieversorgung sicherzustellen.

**Schwache Wirtschaft** Innenpolitisch steht Vucic vor einem Berg von Problemen. Zum einen wegen der schwachen Wirtschaft und veralteter Industrieanlagen. Der

große Staatssektor wird immer wieder für die Sozialpolitik missbraucht, so dass satte Verluste produziert werden. Investitionen in Modernisierungen gibt es kaum. Dazu kommt die demografische Entwicklung. Die Geburtenrate ist in Serbien extrem niedrig und die Menschen verlassen auf der Suche nach Arbeit scharenweise das Land, meist in Richtung Österreich und Deutschland. Das es sich dabei vor allem um junge und gut ausgebildete Menschen handelt, hemmt die wirtschaftliche Entwicklung zusätzlich.

Nicht mehr zu ignorieren sind auch die dramatischen Umweltprobleme Serbiens. Große Teile des Landes und selbst der Hauptstadt sind nicht an die Kanalisation angeschlossen. Wegen minderwertiger Kohle für die Heizung steht Belgrad nicht selten auf einem der vordersten Plätze in der Negativliste der Luftverschmutzung weltweit. Das könnte zu einem Wiedererstarken der Umweltbewegung führen. Zwar hatte Vucic angesichts von Großdemonstrationen und Straßenblockaden den Rückzug des britisch-australischen Bergwerksgiganten Rio Tinto aus dem Lithium-Abbau im westserbischen Gornje Nedeljice angeordnet. Doch befürchten Aktivisten, dass die massive Zerstörung der Natur durch

Rio Tinto nach der Wahl fortgesetzt wird. In jedem Fall dürfte es zu einer Stärkung der schon bisher gut funktionierenden Achse von Vucic mit dem ungarischen Regierungschef Viktor Orban kommen, der in seinem Land ebenfalls einen klaren Wahlsieg eingefahren hat (siehe Seite 11). Von seinem Vorbild Orban hat sich Vucic die Knebelung von Medien und Justiz abgeschaut. Orban kontrolliert zudem die SVM-Partei der ungarischen Minderheit Serbiens, die bisher Juniorpartner in der von Vucic bestimmten Regierung war und dies auch in Zukunft sein wird.

„Die Geschichte von Groß-Ungarn und der ‚Serbischen Welt‘ geht weiter“, titelte vergangene Woche die bekannte kroatische Zeitung „Jutarnji list“. Sie deutete damit an, dass die nationalistischen Projekte der beiden Spitzenpolitiker befeuert werden dürften. Orban hatte wiederholt eine Landkarte gezeitigt, die frühere ungarische Gebiete in Rumänien und Kroatien wieder für Budapest reklamiert. Serbien verfolgt wieder das in den Kriegen der 1990er Jahre gescheiterte Großserbien unter dem neuen Namen „Serbische Welt“.

Thomas Brey II  
Der Autor war langjähriger dpa-Korrespondent für Südosteuropa.



Aleksandar Vucic regiert Serbien zunehmend autokratisch. Er wird sich bald entscheiden müssen zwischen EU-Beitritt und Moskau-Treue.

© picture alliance / AA | Samar Jordamovic

Zahlreiche Homestories zeigen Marine Le Pen mit ihren Katzen. Die vierbeinigen Mitbewohner sollen das neue, gemäßigtere Bild der Rechtspopulistin symbolisieren. Weg von der aggressiven Politikerin, die gegen Einwanderer hetzt, hin zur sanfteren Kandidatin, die sich liebevoll um ihre Tiere kümmert. Die Strategie der 53-Jährigen scheint aufzugehen: Die Umfrageinstitute schließen ihren Sieg in der Stichwahl um das Präsidentenamt am 24. April gegen Amtsinhaber Emmanuel Macron nicht mehr aus. „Ich bin bereit zu regieren“, sagte Le Pen vergangene Woche der Zeitung „Le Figaro“.

Im Wahlkampf setzte die Anwältin frühzeitig auf das Thema Kaufkraft. Die Chefin des Rassemblement National (RN), die für die Zeit des Wahlkampfes den Parteivorsitz abgab, schlägt etwa einen niedrigeren Mehrwertsteuersatz für Benzin, Gas und Heizöl vor. In Zeiten des Ukraine-Krieges ein durchaus populärer Vorschlag. Dass sie für ihre Nähe zum russischen Präsidenten Wladimir Putin bekannt ist, scheint Le Pen nicht zu schaden. Nach dem Angriff auf die Ukraine sprach sie von Russland als Aggressor und zeigte sie sich zur Aufnahme ukrainischer Geflüchteter bereit. Das Ergebnis: Ihre Anhängerinnen und Anhänger, die hauptsächlich der unteren Mittelschicht angehören, blieben ihr treu. Sie reagieren laut Meinungsforschern ohnehin weniger stark auf die Aktualität als die Unterstützer anderer Kandidaten.

**Nützliche Konkurrenz** Stark wirkte sich der Ukraine-Krieg dagegen auf Le Pens Rivalen, den Rechtsextremen Eric Zemmour, aus. Als der 63-Jährige mit einer Verurteilung des russischen Einmarsches zögerte, wandten sich viele Wählerinnen und Wähler von ihm ab. Zu Beginn des Wahlkampfes hatte der mehrfach wegen Volksverhetzung verurteilte Fernsehkommentator Le Pen noch schwer zugesetzt und sie teilweise in den Umfragen überholt. Inzwischen steht aber fest, dass ihr Konkurrent ihr eher nützte als schadete. „Die Kandidatur von Zemmour rückte Le Pen mehr in die Mitte“, analysiert der Rechtsextremismusexperte Jean-Yves Camus.

Inhaltlich unterscheiden sich die beiden Rechtsaußen-Kandidaten nur wenig. Auch wenn Le Pen die Hetze ihrem Rivalen überlässt, ist ihr Programm nach wie vor einwanderungsfeindlich und rassistisch. So will sie nach ihrer Wahl ein Referendum über die Immigration abhalten und die Verfassung ändern. Im Zuge der geplanten „nationalen Priorität“ sollen Französinen und Franzosen beispielsweise bei der Vergabe von Sozialwohnungen bevorzugt werden. Ihre Pläne, Frankreich aus EU und Euro zu führen, stellte Le Pen erst einmal zurück. Stattdessen setzt die Freundin des ungarischen Regierungschefs Viktor Orbán auf ein Europa der Nationalstaaten, das letztlich das Ende der EU bedeuten würde.

**Verspielter Amtsbonus** Für den überzeugten Europäer Macron schien die Wahl mit dem Beginn des Ukraine-Krieges bereits gewonnen. Da Frankreich noch bis zur Jahresmitte die EU-Ratspräsidentschaft innehat, engagierte der Staatschef sich in Telefonaten mit Putin und dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj als Krisenmanager. Seine Umfragewerte stiegen über 30 Prozent. Doch inzwischen ist sein Amtsbonus fast vollständig aufgebraucht. Während Le Pen unermüdet durch die Kleinstädte zog und Interviews gab, zeigte der Präsident sich kaum. Er verweigerte sich auch einer Fernsehdebatte mit den anderen Kandidatinnen und Kandidaten, was ihm als Arroganz ausgelegt wurde. 2017 hatte der frühere Wirtschaftsminister vor



## Kopf an Kopf

**FRANKREICH** Lange schien die Wiederwahl des pro-europäischen Präsidenten Emmanuel Macron sicher. Doch nun liefert er sich mit seiner rechten Herausforderin Marine Le Pen ein unerwartet knappes Rennen

Für Emmanuel Macron wäre es im Falle seiner Wiederwahl die letzte Amtszeit. Marine Le Pen kandidierte bereits 2012 und 2017 erfolglos für das Präsidentenamt.

© picture-alliance/Hans Lucas/Nicolas Guyonnet/Collage: Stephan Roters

allein in seinen Fernsehauftritten überzeugt. Nach einem gelungenen TV-Duell ließ er Le Pen damals in der Stichwahl mit 66 zu 34 Prozent hinter sich. Diesmal ging von Macrons Wahlkampf kein Schwung aus. Er konnte auch keine eigenen Themen setzen. Von der vierstündigen Pressekonferenz, in der er sein Projekt vorstellte, blieben die Erhöhung des Renteneintrittsalters von 62 auf 65 Jahre und neue Forderungen an die Sozialhilfempfänger hängen. Maßnahmen, die sich vor allem an die konservative Wählerschaft richten. Dabei war Macron vor fünf Jahren mit dem Anspruch angetreten, „sowohl rechts als auch links“ zu sein. Der jüngste Staatschef Frankreichs hatte damit die traditionelle Parteienlandschaft zersprengt. Die beiden einst bestimmenden Parteien, die Sozialisten und die Konservativen, schafften es nicht einmal mehr in die Stichwahl. Nun droht den Republicains und dem Parti Socialiste allerdings eine noch größere Blamage. Das linke Lager

konnte sich nicht auf einen gemeinsamen Kandidaten einigen, so dass die Sozialisten von der Bildfläche verschwinden dürften. Und auch die Grünen konnten aus ihrem Erfolg bei den Kommunalwahlen kein Kapital schlagen. Lediglich der Linksaußen Jean-Luc Mélenchon erzeugte im Wahlkampf eine Dynamik, die ihn zum „dritten Mann“ nach Macron und Le Pen machte. Bei den Konservativen geriet die Kampagne von Valérie Pécresse zu einer Pannenserie. Sie begann mit einem verpatzten Wahlkampfauftritt im Februar, in dem sich die Ex-Ministerin einer stramm rechten Rhetorik bediente. Ihre Partei Les Républicains könnte nach den Wahlen zerfallen. Die „republikanische Front“, in der sich die anderen Parteien in den vergangenen Jahrzehnten gegen die extreme Rechte zusammengeschlossen hatten, ist damit endgültig zerbrochen. *Christine Longin*

Die Autorin ist freie Korrespondentin in Paris.

### > STICHWORT

#### Präsidentenwahl in Frankreich

**> Stichwahl** Wenn im ersten Wahlgang am 10. April keiner der Bewerberinnen und Bewerber die absolute Mehrheit erreicht, treten im zweiten Wahlgang am 24. April noch mal die beiden Kandidaten an, die am besten abgeschnitten haben. Gewählt ist, wer dann die meisten Stimmen auf sich vereint. Die Amtszeit des Staatsoberhauptes beträgt fünf Jahre.

**> Umfragen** Vor der ersten Wahlrunde lag Emmanuel Macron nur wenige Prozentpunkte vor der Kandidatin der rechtsextremen Partei Rassemblement National (RN), Marine Le Pen. In der Stichwahl wird daher ein enges Rennen der beiden erwartet. Jeder dritte Wähler zeigte sich kurz vor der Wahl allerdings noch unentschieden.

## Fortsetzung bei Irini

### BUNDESWEHR Mandat ohne Ausbildung libyscher Küstenwache

Die Bundeswehr soll ihre Beteiligung an der EU-Mission „EUNAVFOR MED Irini“ im Mittelmeer um ein weiteres Jahr verlängern, die Ausbildung der libyschen Küstenwache aber beenden. Wie die Bundesregierung in einem Antrag (20/1240) schreibt, zielt die Operation weiterhin darauf, das Waffenembargo der Vereinten Nationen gegen Libyen durchzusetzen und einen Beitrag zur Unterbindung von Menschenschmuggel und illegalen Öl-Exporten zu leisten. Die Ausbildung der libyschen Küstenwache und Marine soll hingegen nicht länger Teil des Mandats sein. Eingesetzt werden unverändert bis zu 300 Soldatinnen und Soldaten zur See-raumüberwachung und -aufklärung. Verteidigungsministerin Christine Lambrecht (SPD) sprach in der ersten Beratung des Antrags von „schweren Verfehlungen“ libyscher Einheiten gegenüber Flüchtlingen. „Ihre Ausbildung ist mit unseren militärischen Grundsätzen und unseren Werten

nicht vereinbar.“ Annette Widmann-Mauz (CDU) kritisierte einen deutschen Alleingang, denn im EU-Mandat sei die Ausbildung der Küstenwache unter Beachtung der Menschenrechte weiterhin vorgesehen. Max Lucks (Grüne) sagte, mit dem vorliegenden Mandat würden „eklatante Schwächen“ in Bezug auf Menschenrechte und Seenotrettung ausgemerzt: „Alle Irini-Mandate zuvor verschlossen vor dieser Frage die Augen und duckten sich vor rechten Stimmen in Europa.“ Joachim Wundrack (AfD) sprach von einer „Unausgewogenheit bei der Durchsetzung des Waffenembargos“, sie liege „bei nahe null“. Ulrich Lechte (FDP) argumentierte, das Irini dazu beitrage, Embargo-Verstöße sichtbar zu machen und politischen Druck aufzubauen. Zaklina Nastic (Die Linke) sprach von einem „menschrechtlichen Desaster“ – Vergewaltigungen, Tötungen und Verschleppungen gingen auf das Konto der libyschen Küstenwache. *ahf*

## Gestiegener Bedarf

### HUMANITÄRE HILFE Beauftragte fordert mehr Geld

Die Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, Luise Amtsberg (Grüne), fordert mehr Geld zur Versorgung von Menschen in Not. Der Bedarf sei weltweit durch den Ukraine-Krieg gestiegen. Daher reichten die dafür im Haushalt eingeplanten Mittel keinesfalls aus, sagte Amtsberg im Gespräch mit den Mitgliedern des Menschenrechtsausschusses am vergangenen Mittwoch.

**Krisenhilfe** Wenn Deutschland, bisher zweitgrößter Geber des Welternährungsprogramms, sein Engagement gegenüber Hilfsorganisationen nicht verstärkte, werde dies auch die Bemühungen, andere Staaten als Geber zu gewinnen, erschweren, warnte sie. Gleichzeitig kündigte Amtsberg an, das Auswärtige Amt werde seine Förderpolitik überprüfen. Humanitäre Hilfe müsse „vorausschauender und flexibler“ werden, um schneller auf Krisen reagieren zu können. Ziel sei es auch, sie enger mit der Entwicklungs-

sammenarbeit und der Friedenspolitik zu verzahnen, erklärte die Menschenrechtsbeauftragte. So ließen sich finanzielle Mittel effizienter nutzen.

**Kriegsverbrechen** Als Reaktion auf Berichte über russische Menschenrechtsverletzungen im Ukraine-Krieg unterstütze die Bundesregierung die Forderung der USA und Großbritanniens, Russlands Mitgliedschaft im Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen (VN) zu suspendieren, berichtete Amtsberg. Eine entsprechende Resolution hat die VN-Vollversammlung mit großer Mehrheit am vergangenen Donnerstag verabschiedet.

Stark gemacht habe sich die Bundesregierung auch für eine Untersuchungskommission des Menschenrechtsrats, so Amtsberg. Die Einsetzung sei bereits mit großer Mehrheit beschlossen worden. Nun könnten unabhängige internationale Experten zu Menschenrechtsverletzungen im Ukraine-Krieg ermitteln. *sas*

## Deutscher Vorsitz

### AUSWÄRTIGES Antrag zur Stärkung der G7 gescheitert

Die Unionsfraktion ist mit ihrer Forderung zur Stärkung der G7 gescheitert. Einen entsprechenden Antrag (20/490) lehnten alle übrigen Fraktionen am vergangenen Donnerstag ab. Die Union hatte unter anderem gefordert, die deutsche G7-Präsidentschaft in diesem Jahr zu nutzen, um „die einzigartigen weltweiten Zusammenschluss demokratischer Staaten gegenüber den Anfeindungen und Angriffen autoritärer Staaten und Ideologien zu stärken“. Die Bundesregierung solle sich dafür einsetzen, die G7 als Nukleus einer weltweiten „Allianz der Demokratien“ auszubauen und in diesem Sinne an die erfolgreiche G7-Präsidentschaft Großbritanniens anknüpfen. Außerdem sollten die Kräfte und Ressourcen der G7-Staaten bei der Überwindung der Covid-Pandemie gebündelt und bei der Bewältigung der Pandemie

weltweit eingesetzt werden. Den Mitgliedern komme aufgrund ihrer finanziellen, industriellen und technologischen Stärke eine besondere Verantwortung im Kampf gegen Covid und dessen Folgen zu, schreiben die Abgeordneten. „Zugleich muss es Anspruch der G7 sein, den Versuchen autoritärer Regime mit eigenen Beiträgen zu begegnen, die aus der Pandemie entstandenen Nöte unter anderem durch eine öffentlichkeitswirksame, aber wenig nachhaltige ‚Impfdiplomatie‘ als Werbung für ihr Ordnungssystem zu missbrauchen.“ Der Zusammenschluss der sieben größten demokratischen Industrienationen G7 (Gruppe der Sieben) dient laut Antragstellern seit Gründung im Jahr 1975/1976 als wichtiges Forum der internationalen Kooperation und Steuerung gemeinsamer Politiken. *ahf*

## Nächste Runde im Dauerstreit mit Brüssel

### UNGARN Die EU will Budapest Gelder streichen. Wahlsieger Viktor Orbán stehen schwierige Zeiten bevor

Den unerwartet deutlichen Sieg bei den ungarischen Parlamentswahlen vom 3. April hat Ministerpräsident Viktor Orbán mit einer Metapher kommentiert, die zugleich eine Kampfansage war: Der Erfolg sei so groß, „dass man ihn sogar vom Mond aus sehen kann, und ganz sicher aus Brüssel“. Rund 53 Prozent der Wähler haben Orbáns national-konservativer Partei Fidesz die Stimme gegeben. In Kombination mit einem starken Abschneiden in den Wahlkreisen außerhalb von Budapest ergibt das nach dem vorläufigen Ergebnis eine Zweidrittelmehrheit von 135 der 199 Parlamentssitze.

Gegen den Fidesz trat ein Oppositionsbündnis aus sechs Parteien im Spektrum von rechts bis links an. Doch es landete mit 35 Prozent weit hinter dem Fidesz. Überraschend zog eine neue rechtsextreme Partei („Unsere Heimat“) mit sieben Mandaten ins Parlament ein. Ein Sitz fiel dank einer Sonderregel für Minderheiten an einen Vertreter der Ungarndeutschen. Dass sich das heterogene Oppositionsbündnis bildete, war eine Konsequenz aus dem Wahlsystem mit starker Mehrheitskomponente, das unter Orbán ganz auf die Bedürfnisse des Fidesz als stärkste Einzelkraft zugeschnitten wurde. 106 der 199 Parlamentsmandate werden mit einfacher Mehrheit in den Wahlkreisen gewonnen.

Die Opposition hatte 2021 recht erfolgreich Vorwahlen veranstaltet, um in jedem Wahlkreis nur jeweils einen Bewerber aufzustellen. Gemeinsamer Spitzenkandidat wurde der parteilose Bürgermeister einer Provinzstadt, Péter Márki-Zay, ein konservativer Katholik und Unternehmer. Dem Fidesz, der mit einem linken Herausforderer gerechnet hatte, schien damit Wind aus den Segeln genommen zu sein.

**Ungleiche Bedingungen** Doch ein gemeinsames Programm präsentierte das Bündnis erst wenige Wochen vor der Wahl, und das lautete im Grunde nur: Orbán abwählen. Márki-Zay wurde noch in der Wahlnacht von den Parteiführern, die er in den Vorwahlen hinter sich gelassen hatte, als Stündenbock identifiziert. Er verzichtete auf sein Listenmandat, zog sich auf sein Bürgermeisteramt zurück und will eine eigene Partei gründen. Die Bedingungen waren allerdings auch ausgesprochen ungleich, wie die Wahlbeobachtermission der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) bestätigte. In Printmedien und TV-Sendern herrscht eine Fidesz-nahe Tendenz vor. Die Opposition kam mit ihrer Kritik an Korruption und zu vielen Covid-Toten kaum vor. Bei den Budgets etwa für Plakate war das Verhältnis laut einer Studie acht zu

eins. Der Wahlvorgang selbst verlief laut OSZE korrekt. Orbáns Erfolg allein mit unfairen Bedingungen zu begründen, würde jedoch zu kurz greifen. Seine 53 Prozent bei hoher Wahlbeteiligung – knapp 70 Prozent – zeigen eine starke Mobilisierung, auch bei den bis zuletzt Unentschlossenen. Die Weltpolitik spielte ihm in die Karten. Mit einer Kampagne, in der er die Stimmung eines Großteils der Bevölkerung traf, stellte er seine Gegner als Kriegstreiber dar, sich selbst aber als Garant, dass Ungarn nicht in den Konflikt im Nachbarland Ukraine gezogen werde. Seine Gegner seien nervöse Amateure, er indes ein Profi mit strategischer Ruhe. Dass Bürger in Krisenzeiten lieber das Bekannte als das Unbekannte wählen, ist ein verbreitetes Phänomen.

**Kurskorrektur** In Bezug auf Russland hat Orbán seinen Kurs schon sachte korrigiert. Er bezeichnete Russland nach der Wahl von sich aus als Aggressor (vormals tat er das nur im Rahmen von EU-Beschlüssen oder der Visegrad-Gruppe, zu der neben Ungarn auch Polen, Tschechien und die Slowakei zählen). Auch verabschiedete er sich vorsichtig von dem Projekt, das Kernkraftwerk Paks durch Putins Staatskonzern Rosatom ausbauen zu lassen. Zugleich kritisierte die Regierung in Budapest aber den

ukrainischen Präsidenten und hielt an dem Nein zu Waffenlieferungen durch Ungarn und einem Gas-Embargo fest. Diese Mischung aus Pragmatismus und Angriff dürfte auch im Dauerstreit mit der EU Orbáns Stilmittel bleiben. Die Europäische Kommission will, wie ihre Präsidentin Ursula von der Leyen gleich nach der ungarischen Wahl ankündigte, erstmals den Rechtsstaatsmechanismus anwenden. Das bedeutet, wegen Korruptionsproblemen soll EU-Geld einbehalten werden. Orbán reagierte ungewohnt zurückhaltend: Er wolle erst einmal den Brief lesen. Innenpolitisch könnten ihm schwierige Zeiten bevorstehen. Wenn EU-Gelder ausbleiben, wird auch an die Fidesz-Klientel weniger zu verteilen sein. Orbán hatte ohne finanzielle Deckung teure Wahlgeschenke verteilt, etwa eine 13. Monatsrente. Die Inflation steigt, ein Konjunkturreinbruch wegen der Weltlage würde Ungarn, das unter Orbán durchaus positive Wirtschaftsdaten erreicht hat, herunterziehen. Gut möglich, dass mancher in der Opposition noch drei Kreuze machen wird vor Erleichterung, all das nicht verantworten zu müssen. *Stephan Löwenstein*

Der Autor ist politischer Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ für Österreich und Ungarn.

## »Große Solidarität«

### MOLDAU Geberkonferenz sagt Hilfszahlungen zu

Eine von Deutschland mitorganisierte Konferenz zur Unterstützung Moldaus hat sich vergangene Woche darauf verständigt, dem von Ukraine-Krieg besonders betroffenen Land 695 Millionen Euro an Hilfszahlungen zur Verfügung zu stellen. Unter anderem will die Bundesregierung das Land, das bereits 120.000 ukrainische Flüchtlinge aufgenommen hat, mit einem ungebundenen Kredit in Höhe von 50 Millionen Euro unter die Arme greifen. In einem Antrag (20/1337) sprach sich auch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion für schnelle und umfassenden Hilfen aus, sie fand am vergangenen Donnerstag aber keine Mehrheit für ihre Initiative. Die Abgeordneten wiesen in der Vorlage darauf hin, dass Moldau mit Blick auf den Transnistrien-Konflikt „das nächste Ziel russischer Aggression“ sein könnte. In dem Landesteil seien tausende russische Soldaten stationiert. Russland beabsichtige offensichtlich, eine Landbrücke über den Süden der Ukraine zu schaffen. Die Bundesregierung wird unter anderem aufgefordert, das Land bei der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge zu unterstützen. Weitere Forderungen zielen auf mehr Mittel für humanitäre Hilfe, die Unterstützung des Gesundheitssystems sowie Kredite und Hilfen für die moldauische Wirtschaft. Knut Abraham (CDU) sagte, Moldau mit

seinen 2,5 Millionen Einwohnern zeige in „ungemein beeindruckender Weise europäische Solidarität“ mit der Aufnahme der Flüchtlinge. Er warb ausdrücklich für die Anerkennung des Landes als EU-Beitrittskandidat. Auch Frank Schwabe (SPD) sprach von der „Anbindung an die Europäische Union“ – es sei klar, dass Russland für sehr lange Zeit nicht Partner bei der Entwicklung des Landes sein könne. Matthias Moosdorf (AfD) wies darauf hin, dass alle Einreisenden in Moldau registriert würden: „Unsere Bundespolizei wäre entzückt.“ Er warnte, dass man mit Embargo-Forderungen gegenüber Russland auch Moldau mit seiner großen Gas-Abhängigkeit schade. Merle Spellerberg (Grüne) verwies darauf, dass das Land „nur eine Autostunde“ vom ukrainischen Odessa entfernt sei. Die Menschen berichteten von ihrer Sorge, „von Russland mit überrollt zu werden“. Andrej Hunko (Die Linke) nannte die humanitären Hilfen „dringend notwendig“ und erinnerte an die „starke Gespaltenheit“ des Landes – mit starker historischer Verbindung zu Russland sowie nach Rumänien und in Richtung EU. Annikó Merten (FDP) sagte, Moldau verdiene ebenso wie die Ukraine uneingeschränkte Unterstützung. „Wir dürfen nicht zulassen, dass Putins Krieg diese gesamte Region weiter destabilisiert.“ *ahfjoh*

**AUFGEKEHRT**

**Ein saumäßiger Name**

Mit seinen 200 Kilogramm ist er bereits im Alter von vier Jahren eine durchaus respekteinflößende Erscheinung. Dabei ist er noch nicht einmal ausgewachsen. Sein Vater brachte es gar auf 350 Kilo. Aber auch so ist er ein Wildschwein aus dem Bilderbuch. Und gemeinsam mit einer insgesamt 21-köpfigen Saubande lebt er ein durchaus beschauliches Leben im Wildpark Waldhaus Mehlmeisel im Landkreis Bayreuth. Alles in allem könnte der Schwarzkittel also saumäßig glücklich sein. Wenn da nicht sein Name wäre: „Putin“ taufte Wildparkbetreiber Eckard Mickisch das Schwein, als es noch als Frischling aus Russland in das schöne Bayern gebracht wurde. Mit einem Schmunzeln habe er das russische Wildschwein damals nach dem Kreml-Herrscher benannt. Doch nach dem Angriff auf die Ukraine sei ihm klar geworden, „dass keine Sau so einen Namen verdient hat“. Abgesehen davon hätten ukrainische Flüchtlinge freien Eintritt im Wildpark und sollten nicht mit diesem Namen konfrontiert werden.

Nun wissen wir natürlich nicht, was Putin von der Sache hält. Aber da der Keiler nach Aussagen des Wildparkbetreibers am Futtertrog zwar durchaus durchsetzungstark, ansonsten aber sozialverträglich und umgänglich ist, vermuten wir jetzt einfach mal, dass ihm seine schweineischen Instinkte raten, sich fortan lieber unter einem anderen Namen in Dreck zu suhlen.

Jetzt sucht der Wildpark in einer Online-Abstimmung einen neuen Namen. Unter den 2.700 Vorschlägen rangierten „Klitschko“ und „Selenskyj“ ganz oben, aber der Wildpark will nicht weiter politisieren. In der Endabstimmung steht aber auch „Mir“ zur Auswahl. Und Frieden ist nun wirklich schweinegeil. Es wäre schön, wenn Putin das auch so sehen würde.

Alexander Weinlein |

**VOR 55 JAHREN...**

**»Nichts zu weinen«**

**19.4.1967: Konrad Adenauer gestorben.** „Do jitt et nix zo kriesech“ sollen die letzten Worte von Konrad Adenauer (CDU) gewesen sein: „Da gibt es nichts zu weinen.“ Am 19. April 1967 starb der erste Kanzler der Bundesrepublik, der von 1949 bis 1963 im Amt gewesen war.



Hunderttausende zogen im Kölner Dom an dem Sarg Konrad Adenauers vorbei.

Die Nachricht erreichte das Kabinett in einer Sitzungsunterbrechung: Außenminister Willy Brandt (SPD) informierte seine Kollegen. Anders als eine knappe Woche zuvor, als eine Falschmeldung vom angeblichen Ableben Adenauers schon zu Trauerbeflaggung, Schweigeminuten und Beileidsbekundungen führte, stimmte die Nachricht diesmal. Der 91-Jährige war um 13.21 Uhr zu Hause in Rhöndorf gestorben.

Drei Tage später holten Beamte des Bundesgrenzschutzes den Leichnam aus dem Wohnhaus. Über den Rhein wurde der mit einer Bundesflagge bedeckte Eichensarg ins Palais Schaumburg nach Bonn gebracht. Im damaligen Kanzleramt erwiesen die Spitzen der Republik dem Altkanzler die letzte Ehre. In der Nacht auf den 24. April wurde der Sarg in den Kölner Dom überführt und dort aufgebahrt. Hunderttausende zogen am Sarg Adenauers vorbei. Am 25. April erreichten die minutiös geplanten Trauerfeierlichkeiten ihren Höhepunkt. Bei einem Staatsakt in Bonn und einem Requiem in Köln waren zahlreiche Staats- und Regierungschefs anwesend, darunter die Präsidenten Frankreichs und der USA, Charles de Gaulle und Lyndon B. Johnson. Hochrangige Vertreter des Ostblocks nahmen nicht teil. Ein Schnellboot brachte den Sarg zurück nach Rhöndorf, wo Adenauer auf dem Waldfriedhof beigesetzt wurde. Während der eineinhalbstündigen Fahrt wurden 91 Schuss Trauersalut abgefeuert – einer für jedes Lebensjahr. Benjamin Stahl |

**ORTSTERMIN: PODIUMSDISKUSSION ZUR MINDERHEITENPOLITIK**



Ein ungewohnter Anblick: Vergangene Woche fand im Paul-Löbe-Haus nach langer Zeit wieder eine Podiumsdiskussion mit Gästen statt. Zum Thema Minderheitenpolitik diskutierte Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau (Die Linke) mit Abgeordneten des Bundestags.

**Ein bisschen wie Normalität**

Es fühlte sich ein bisschen wie Normalität an. Zum Abschluss der Wanderausstellung „Was heißt hier Minderheit?“ fand in der vergangenen Woche im Paul-Löbe Haus erstmals seit zwei Jahren wieder eine Podiumsdiskussion „live und in Farbe“ statt. Vertreter aller Fraktionen, Innenstaatssekretär Johann Saathoff (SPD), der fraktionslose Abgeordnete Stefan Seidler vom Südschleswigschen Wählerverband (SSW) und der moderierende Journalist Jan Diedrichsen hatten auf dem Podium Platz genommen und sogar die Masken abgesetzt. Die interessierten Zuhörer behielten diese zwar auf und saßen jeweils zwei Sitzplätze voneinander getrennt. Dass aber überhaupt wieder Präsenzveranstaltungen mit Gästen im Bundestag möglich sind, ist dennoch eine gute Nachricht.

Gitte Hougaard-Werner, Vorsitzende des Minderheitenrates der vier autochthonen nationalen Minderheiten und Volksgruppen Deutschlands, sprach mit Blick auf die dreiwöchige Ausstellung, die interaktiv über Geschichte und Geschichten, Sprachen und Lebenswirklichkeiten der

Minderheit informiert hat, von einem gelungenen Pilotprojekt. Es habe ein reges Interesse gegeben – die Resonanz der Besucher sei durchweg positiv gewesen.

Im Rahmen der Podiumsdiskussion wies SSW-Vertreter Seidler auf die unterschiedliche Situation der Minderheiten in Deutschland hin. Die dänische Minderheit, die er vertritt, könne ebenso wie die Sorben auf eine vorhandene funktionierende Infrastruktur zurückgreifen. „Wir haben unsere Schulen, unsere Kindergärten und sogar eine eigene Partei“, sagte Seidler. Die Friesen hingegen bräuchten mehr Unterstützung, um ihre Sprache bewahren und ihre Kinder friesisch erziehen zu können. Ähnlich sei die Situation bei den Sinti und Roma.

Minderheitenunterstützung sei eine Gemeinschaftsaufgabe, befand Innenstaatssekretär Saathoff. Der Bund könne finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, was in der Vergangenheit schon geschehen sei und im Haushalt 2022 sogar in vergrößertem Umfang geplant werde. Darüber entscheide am Ende natürlich der Bundestag, sagte er.

Dass die Minderheiten in Deutschland eine kontinuierliche Förderung von Bund und Ländern benötigen, war unter den Fraktionsvertretern Konsens. Während der Podiumsdiskussion wurde weiterer Handlungsbedarf aufgezeigt – auch mit Blick auf die europaweite Minderheitenpolitik. Dicke Bretter zu bohren gilt es aus Sicht der Parlamentarier etwa bei der Umsetzung der Bürgerinitiative Minory SafePack (MSPI). Trotz einer Million Unterschriften sei bislang auf EU-Ebene noch zu wenig passiert. Der Bundestag müsse hier proaktiv anpacken – auch wenn die Problematiken vorwiegend in anderen europäischen Ländern lägen, wurde verlangt.

Eingebunden in die Diskussion waren auch die Gäste im Saal. Dabei wurden unter anderem Forderungen nach einer Stärkung der Namensrechte der Friesen erhoben. Angeregt wurde auch eine staatliche Finanzierung für Künstler – konkret für Filmschaffende –, um Filme in den Sprachen der vier autochthonen nationalen Minderheiten produzieren zu können.

Götz Hausding |

**LESERPOST**

**Zur Ausgabe 13-14 vom 28. März 2022, „Lindners Haushaltsrätsel“ auf Seite 3:** „Wenn die Haushaltskonsolidierung nicht gelingt, ist jede politische Gestaltungsmöglichkeit futsch“, das sagte Bundesfinanzminister Christian Lindners FDP-Kollege Wolfgang Kubicki. Haushaltskonsolidierung bedeutet grundsätzlich eine Verringerung der Nettoneuverschuldung öffentlicher Haushalte. Soweit so gut! Mir selbst war das alle schon immer ein sehr großes Rätsel mit sieben Siegeln. Ob wohl diese Politiker auch mit ihrem privaten (Un-)vermögen so grob fahrlässig umgehen würden?

Klaus P. Jaworek, Büchenbach

**Zur Ausgabe 12 vom 21. März 2022, „Ein Präsident klingt an“ auf Seite 1:**

Wolodymyr Selenkyj hält eine empathische emotionale Rede am 18. März 2022 per Videoschalt im Deutschen Bundestag.

**Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:**

Das Parlament  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 2. Mai.

Gabi Reichert, Hanau

**SEITENBLICKE**



**PERSONALIA**

**>Axel Wernitz  
Bundestagsabgeordneter 1972-1994, SPD**

Axel Wernitz vollendet am 17. April sein 85. Lebensjahr. Der Diplom-Kaufmann und Akademische Rat aus Nördlingen, SPD-Mitglied seit 1958, war Vorsitzender des Unterbezirks Nordschwaben und gehörte dem Bundesparteirat an. Von 1970 bis 1972 war er bayerischer Landtagsabgeordneter. Wernitz wirkte im Bundestag von 1972 bis 1987 im Innenausschuss mit und stand von 1976 bis 1987 an dessen Spitze, so lange wie vor und nach ihm kein anderer Abgeordneter.

**>Lisa Seuster  
Bundestagsabgeordnete 1987-1998, SPD**

Am 17. April begeht Lisa Seuster ihren 80. Geburtstag. Die Industriekaufrau aus Lüdenscheid trat 1974 der SPD bei. Von 1975 an war sie dort fast 30 Jahre Ratsfrau, amtierte von 1987 bis 1994 als stellv. Bürgermeisterin und von 1994 bis 1999 als Bürgermeisterin. Seuster engagierte sich im Petitions- sowie im Familienausschuss.

**>Albert Deß  
Bundestagsabgeordneter 1990-2004, CSU**

Am 17. April wird Albert Deß 75 Jahre alt. Der Landwirtschaftsmeister aus Röckersbühl/Kreis Neumarkt trat 1963 der CSU bei, hatte zahlreiche Parteiämter auf kommunaler Ebene inne und gehörte von 1997 bis 2011 dem CSU-Landesvorstand an. Seit 1978 ist er ununterbrochen Kreisrat in Neumarkt. Deß engagierte sich im Landwirtschaftsausschuss. Von 2004 bis 2019 war er Mitglied des Europäischen Parlaments.

**>Achim Großmann  
Bundestagsabgeordneter 1987-2009, SPD**

Achim Großmann begeht am 17. April seinen 75. Geburtstag. Der Diplom-Psychologe aus Würselen schloss sich 1971 der SPD an, war von 1982 bis 1996 Vorsitzender des Unterbezirks Aachen und von 1975 bis 1998 Stadtrat. Großmann, wohnungspolitischer Sprecher von 1991 bis 1998 und Vorstandsmitglied seiner Fraktion, war danach bis 2009 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesbauminister.

**>Susanne Tiemann  
Bundestagsabgeordnete 1994-2002, CDU**

Am 20. April wird Susanne Tiemann 75 Jahre alt. Die Rechtsanwältin aus Köln trat 1970 der CDU und 1980 der CDU bei. Von 1987 bis 1994 gehörte sie dem Wirtschafts- und Sozialausschuss der EU an und stand von 1992 bis 1994 an dessen Spitze. Tiemann wirkte im Rechts- sowie im Arbeitsausschuss mit.

**>Roswitha Verhülsdonk  
Bundestagsabgeordnete 1972-1994, CDU**

Roswitha Verhülsdonk vollendet am 26. April ihr 95. Lebensjahr. Die Bildungsforscherin aus Koblenz trat 1964 der CDU bei und war von 1969 bis 1991 Stadträtin. Von 1977 bis 1992 amtierte sie als stellv. Bundesvorsitzende der Frauen-Union und gehörte von 1985 bis 1990 dem CDU-Bundesvorstand an. Verhülsdonk, von 1986 bis 1990 stellv. Fraktionsvorsitzende, wirkte im Arbeitsausschuss mit und war von 1991 bis 1994 Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesfamilienministerin.

**>Wolfgang Börnsen  
Bundestagsabgeordneter 1987-2013, CDU**

Am 26. April wird Wolfgang Börnsen 80 Jahre alt. Der Realschullehrer aus Grundhof-Bönstrup/Kreis Schleswig-Flensburg schloss sich 1967 der CDU an, engagierte sich seit 1977 in der Christlich Demokratischen Arbeitnehmerschaft und war von 1991 bis 1995 CDU-Generalsekretär in Schleswig-Holstein. Von 1972 bis 1987 war er Kreistagsmitglied in Flensburg. Börnsen engagierte sich im Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit sowie im Ausschuss für Kultur und Medien.

**>Barbara Hendricks  
Bundestagsabgeordnete 1994-2021, SPD**

Am 29. April wird Barbara Hendricks 70 Jahre alt. Die Ministerialrätin aus Kleve, SPD-Mitglied seit 1972, war von 1989 bis 2014 dort Kreisvorsitzende, von 2001 bis 2013 Mitglied des Bundesvorstands und von 2007 bis 2013 SPD-Bundesschatzmeisterin. Von 1998 bis 2007 amtierte sie als Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesfinanzminister und von 2013 bis 2018 als Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit. Von 1995 bis 1998 gehörte sie dem Vorstand ihrer Bundestagsfraktion an. Zuletzt wirkte sie im Auswärtigen Ausschuss mit.

**>Martin Gutzeit  
Bundestagsabgeordneter 1990, SPD**

Martin Gutzeit wird am 30. April 70 Jahre alt. Der Pastor aus Berlin zählte 1989 zum Gründerkreis der SDP bzw. SPD der DDR und gehörte 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer an. Von 1993 bis 2017 war er Berliner Landesbeauftragter für die Unterlagen des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR. bmh |

**PERSONALIA**

**>Eberhard Pohlmann †  
Bundestagsabgeordneter 1969-1987, CDU**

Am 23. März starb Eberhard Pohlmann im Alter von 90 Jahren. Der Jurist und Verbandssyndikus aus Hameln trat 1967 der CDU bei, stand 1971 bis 1975 an der Spitze der Europa-Union Niedersachsen und war von 1979 bis 1985 Vorsitzender des CDU-Stadtverbands Hameln. Er wirkte im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit.

**>Honor Funk †  
Bundestagsabgeordneter 1981-1983, 1985-1987, 1988-1989, CDU**

Am 18. März starb Honor Funk im Alter von 91 Jahren. Der Dipl.-Agraringenieur und selbstständige Landwirt aus Ochsenhausen/Kreis Biberach war von 1969 bis 1994 Kreistagsabgeordneter. Im Bundestag arbeitete Funk zumeist im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mit. Von 1989 bis 1999 gehörte er dem Europäischen Parlament an.

**>Leni Fischer †  
Bundestagsabgeordnete 1976-1998, CDU**

Am 2. März starb Leni Fischer im Alter von 86 Jahren. Die Konrektorin aus Neuenkirchen b. Rheine trat 1968 in die CDU ein, war von 1983 bis 1986 stellv. Landesvorsitzende in Westfalen-Lippe und von 1981 bis 1990 stellv. Bundesvorsitzende der Frauen-Union. Fischer engagierte sich von 1976 bis 1989 im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit sowie danach im Verteidigungsausschuss und im Ausschuss für die Angelegenheiten der EU. Von 1985 bis 1999 gehörte sie dem Europarat und der WEU an und war von 1996 bis 1999 als erste Frau Präsidentin des Europarats. bmh |

**BUNDESTAG LIVE**

Topthemen vom 27. – 29.04.2022

EEG-Umlagen (Do), Sondervermögen „Bundeswehr“ (Fr)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr

Auf [www.bundestag.de](http://www.bundestag.de): Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

Dagmar Schmidt, SPD:

## Das Virus wird nicht einfach verschwinden



Dagmar Schmidt (\*1973)  
Wahlkreis Lahn-Dill

Allein gestern wurden über 200 000 Neuinfektionen gemeldet, knapp 2 500 Menschen kamen wegen und mit Covid ins Krankenhaus, 340 Menschen sind daran gestorben. Das ist immer noch sehr und viel zu viel; aber es scheint trotz alledem aufwärtszugehen.

Darum geht es heute aber nicht. Es geht nicht um das, was ist, sondern um das, was mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit im nächsten Herbst und Winter sein wird und wofür wir heute Vorsorge treffen wollen – Vorsorge dafür, wenn wir wieder steigende Infektionszahlen haben, und dafür, wenn die alten wiederkommen oder es neue Virusvarianten geben kann. Wir werden im Herbst wieder vor der gleichen Herausforderung wie letzten Herbst stehen. Das Virus wird nicht einfach verschwinden. Und wir wollen Vorsorge betreiben, das Gesundheitssystem, die kritische Infrastruktur, vor allem aber die Gesundheit der Menschen zu schützen.

Entweder wir haben dann die Impflücke weitestgehend mit unserer Beratungs- und Impfpflicht geschlossen – dann werden wir eine Grundimmunisierung in der Bevölkerung, die einen weitestgehend normalen Umgang mit dem Virus zulässt, haben; dafür sind wir -, oder die Impflücke wird nicht geschlossen, und wir haben weiterhin viele Millionen

Menschen, die keine vollständige Grundimmunisierung mit drei Viruskontakten haben, und müssen dann wieder Maßnahmen ergreifen: Masken, Abstand, Kontaktbeschränkungen bis hin zu Schließungen – je nach Schwere des Virus. Auch dafür, lieber diese Freiheitseinschränkungen in Kauf zu nehmen, kann man sich entscheiden. Oder wir lassen es laufen – mit allen Konsequenzen: Kranke, Tote, Überlastung des Gesundheitssystems, der kritischen Infrastruktur. Und was mit Long Covid in Gänze auf uns zukommt, das wissen wir noch gar nicht. Auch dafür kann man sich entscheiden. Ich rate nur, dann besser nicht krank zu werden und keinen Unfall zu haben.

Darauf will ich hinaus: Man kann sich nicht gegen etwas entscheiden, ohne sich für etwas anderes zu entscheiden. Man trägt hier also immer für das eine oder andere die Verantwortung. Und wenn man an der einen oder anderen Stelle, liebe Union, andere Vorstellungen oder Ideen hat – sei es eine Beratungspflicht, sei es eine Altersgrenze, seien es Datengrundlagen, seien es Entscheidungsmechanismen, ein Impfreister -, dann gibt es in einer Demokratie das bewährte Verfahren der Verhandlung und des Kompromisses. Diesen Kompromiss haben wir mit Andrew Ullmann und seiner Gruppe gefunden, und der sieht wie folgt aus:

Erstens. Wir geben der Beratung, der Aufklärung und der direkten Ansprache eine Chance und führen eine Beratungsnachweispflicht für alle ab 18 ein. Das kann ab sofort geschehen, und wir werden dafür werben und die entsprechenden Möglichkeiten schaffen.

Zweitens. Wir sorgen für den Herbst vor: mit einer Impfpflicht für die über 60-Jährigen. Damit schützen wir das Gesundheitssystem und schließen die Impflücke vor allem bei der besonders vulnerablen Gruppe.

Drittens. Wir sorgen perspektivisch für eine große, hohe Grundimmunität aller Erwachsenen als Voraussetzung für ein normales gesellschaftliches Leben: entweder dadurch, dass die Beratung und Aufklärung wirkt mit dem Schwerpunkt zunächst auf den über 60-Jährigen und einem Bericht dazu Ende Mai. Wenn das nicht

Tino Sorge, CDU:

## Wir müssen Vorsorge für den Herbst treffen



Tino Sorge (\*1975)  
Landesliste Sachsen-Anhalt

Liebe Frau Kollegin Schmidt, ich muss sagen: Das, was Sie Lausgeführt haben, kann ich nachvollziehen, zumindest teilweise. Ich finde es auch gut, dass Sie gesagt haben: Wir müssen im Rahmen der Diskussion über eine Impfpflicht – ob pro oder kontra oder wie auch immer – wieder einen normalen Umgang miteinander pflegen. – Das teilen wir als Unionsfraktion.

Deshalb finde ich es gut, dass Sie, auch wenn wir jetzt auf den letzten Metern sind, sagen: Wir hätten in diesem Hause aus der Mitte, aus der Mehrheit des Parlaments heraus eine Mehrheit finden müssen. Darum darf ich hier noch einmal für unseren Antrag, für unseren Kompromissvorschlag aus Unionsicht werben.

Sie haben gerade dargestellt, dass wir für die Pandemiebekämpfung

wirkt, dann bleibt es bei der Impfpflicht mit Kontrollen ab und Nachweiserbringung bis Herbst. Und dann im Herbst mit einer Entscheidung für die 18- bis 59-Jährigen auf Grundlage eines Berichts über Impflücke, Virusmutation, erwartbares Infektionsgeschehen usw., sodass es dann in einer schwierigen Situation eine Impfpflicht auch für die über 18-Jährigen mit einfachem Beschluss geben kann und wir über eine breite Immunisierung – wenn auch etwas später – aus der dann schwierigen pandemischen Lage herauskommen werden.

Noch ein grundsätzlicher Satz

zum Abschluss. Putins Krieg gegen die Ukraine wird weitere Folgen haben. Die Menschen in unserem Land, unsere Wirtschaft – der Erhalt von Arbeitsplätzen -, unser Sozialstaat werden vor große Herausforderungen gestellt. Wir haben heute die Chance, im Herbst nicht auch noch mit den Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung zurechtzukommen zu müssen. Darum bitte ich um Ihre Zustimmung.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Beatrix von Storch (AfD): Schwach! Einfach nur schwach!)

fung im Herbst Vorsorge treffen müssen. Wir haben deshalb als Union einen ausgewogenen Vorschlag unterbreitet, indem wir sagen: Man kann bei der Frage „Impfpflicht – ja oder nein?“ nicht sofort und pauschal entscheiden.

Das ist wie bei der Frage: Sind Sie/bist du für die Ehe – ja oder nein? Da kann man nur sagen: Es kommt darauf an: Es muss die richtige Frau da sein. Es muss der richtige Zeitpunkt sein. Und es müssen die Umstände passen.

Wir reden hier über eine Impfpflicht zu einem Zeitpunkt, in dem wir glücklicherweise sinkende Inzidenzzahlen haben, wo momentan in den Krankenhäusern glücklicherweise keine Überlastungssituation herrscht und wo wir überhaupt nicht wissen, welche Variante im Herbst grassiert. Wir wissen nicht, ob die Impfstoffe im Herbst dann so gut funktionieren, wie sie funktionieren sollten.

Deshalb haben wir als Union gesagt: Lasst uns doch zuallererst eine belastbare Datengrundlage schaffen Stichwort „Impfreister“. Ich finde es gut, dass Sie diesbezüglich jetzt auch sagen: Wir müssen das machen. – Aber es ist na-

türlich kein Kompromissvorschlag, wenn Sie in den Gesprächen sagen: Wir sind bereit, das zu machen, aber eben irgendwann. – Das wäre der erste Schritt.

Deshalb sagen wir erstens: Wir wollen ein Impfreister, damit wir überhaupt erst mal wissen, wie denn der Immunstatus in der Bevölkerung aussieht. Zweitens sagen wir: Wir müssen Vorsorge für den Herbst treffen. – Diese Vorsorge beinhaltet auch, lieber Herr Kollege Gesundheitsminister, dass wir die Impfinfrastruktur vorhalten. Da kann es nicht sein, dass Sie in allen Bereichen lockern, dass die Maskenpflicht aufgehoben wird, dass Sie sich aus der Finanzierung der Impfzentren der Länder zurückziehen wollen und hier

**Wir strecken Ihnen die Hand aus. Stimmen Sie diesem Vorschlag zu!**

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. Das Plenarprotokoll und die vorliegenden Drucksachen sind im Volltext im Internet abrufbar unter:

<http://dip21.bundestag.de/dip21.web/bt>

Der Deutsche Bundestag stellt online die Übertragungen des Parlamentfernsehens als Live-Video- und Audio-Übertragung zur Verfügung. [www.bundestag.de/live/tv/index.html](http://www.bundestag.de/live/tv/index.html)

gleichzeitig mit Macht eine Impfpflicht auf Vorrat, möglichst ab 18, durch die Hintertür durchziehen wollen. Das halten wir für den falschen Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Das sage ich auch ganz offen in Richtung Bundeskanzler und in Richtung Bundesgesundheitsminister: Ich hätte erwartet, dass bei dieser sensiblen Frage einer Impfpflicht und eines Eingriffs in die Grundrechte eine Güterabwägung stattgefunden hätte und die Argumentation dazu deutlicher gemacht worden wäre. Darüber muss in der Mitte des Parlaments gesprochen werden. Da kann man nicht sagen: Wir nutzen ein Mittel, nämlich die Impfpflicht pauschal für alle, in dem Wissen, dass es irgendwas bringt. – Ja, Impfen schützt, Impfen schützt individuell vor schweren Verläufen, aber eine pauschale Impfpflicht führt eben nicht dazu, dass wir mögliche Überlastungssituationen verhindern, die wir momentan gar nicht haben. Des-

halb, liebe Kolleginnen und Kollegen: Stimmen Sie für unseren Antrag! Das ist doch der Kompromiss, der in der Mitte liegt.

Wir haben die Position: Impfpflicht ab 18. Wir haben diejenigen, die sagen: Wir brauchen gar keine Impfpflicht. – Und wir als Union haben gesagt: Lasst uns doch die Vorsorgemaßnahmen treffen, wenn tatsächlich dieser Fall eintreten sollte. Wobei auch Wissenschaftler sagen, dass überhaupt noch nicht bewiesen ist, ob tatsächlich im Herbst eine gefährlichere Variante kommt. Aber, wie gesagt: Lasst uns Vorsorge treffen! Und dann müssen wir doch die Impfzentren haben. Wir müssen doch in dem Moment wissen: Gibt es diese Variante? Haben wir Impfstoffe? Da können wir auch hier im Parlament in kürzester Zeit entschei-

den, aber eben nicht jetzt auf Vorrat und in dem Wissen, dass es nicht das mildeste Mittel ist. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, werbe ich inständig: Stimmen Sie unserem Antrag zu!

Jetzt haben wir ja in den letzten Tagen, quasi auf den letzten Metern, die Frage gehört, warum die Union da nicht kompromissbereit sei. Also, ich kann Ihnen nur sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Wir haben vor Wochen einen Kompromiss auf den Tisch gelegt. Sie können doch nicht ernsthaft erwarten, wenn Sie es in der eigenen Ampelkoalition nicht hinbekommen, eine Mehrheit für dieses Thema zu bekommen, dass wir diese Arbeit bei uns in der Unionsfraktion machen – wo es auch ein breites Meinungsspektrum gibt –, wenn dieser Kompromiss-

vorschlag von Ihnen nicht mal ansatzweise diskutiert wird. Dann erwarte ich von Ihnen auch, dass Sie ernsthaft auf uns zugehen und nicht lapidar sagen: Na ja, wir machen eine Impfpflicht jetzt erst ab 18, dann ab 50, jetzt ab 60, aber sofort, und ein Impfreister irgendwann mal.

Insofern auch für diejenigen, die hier noch unentschieden sind: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wissen doch alle: Es ist ein sehr komplexes Thema. Wir haben alle individuelle Betroffenheit, wir haben eine Meinung. Wir haben uns alle eine Meinung dazu gebildet. Wir wissen, wie hochpolarisierend dieses Thema in der Gesellschaft diskutiert wird. Deshalb ist es doch an uns, mit einem ausgewogenen Kompromiss, mit Augenmaß die Voraussetzungen zu schaffen, dass im Herbst diese Welle eben nicht kommt oder bekämpft werden kann. Und dafür ist unser Vorschlag ein wirklich tragfähiger Kompromissvorschlag. Wir stre-

cken Ihnen die Hand entgegen. Ergreifen Sie diese Hand! Stimmen Sie unserem Kompromissvorschlag zu! Dann werden wir auch für den Herbst gut gewappnet sein.

In diesem Sinne: Danke für Ihre Unterstützung, und vielen, vielen Dank, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ist das, was wir in den Debatten immer gesagt haben, ich habe es in einer Debatte gesagt: Wir sollten uns die Tür zur Versöhnung offen halten, liebe Kolleginnen und Kollegen, egal wie unterschiedlich die Meinungen sein mögen.

Wir haben als Union einen Vorschlag unterbreitet. Wir strecken Ihnen die Hand aus. Stimmen Sie diesem Vorschlag zu! Dann werden wir für den Herbst gut gewappnet sein, können die Debatte befrieden und die Polarisierung aus der Gesellschaft nehmen.

Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Alice Weidel, AfD:

## Nach unserer Freiheit ist jetzt unser Körper an der Reihe



Alice Weidel (\*1979)  
Landesliste Baden-Württemberg

Das Grundgesetz hat den Zweck, die Freiheitsrechte der Bürger zu garantieren. Unter diesen wichtigen und grundlegenden Rechten ragt das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit hervor. Das ist unsere letzte Verteidigungslinie. Wenn eine Regierung sich anmaßt, dieses höchste Recht nach Belieben umzubiegen, dann brauchen wir keinen Verfassungsschutz mehr, um zu sagen, dass diese Regierung verfassungsfeindlich handelt.

Die Impfpflicht ist nicht nur radikal verfassungsfeindlich; sie ist eine totalitäre Anmaßung, eine Entwürdigung des Individuums. Der einzig argumentative Krüppel für die Impfpflicht ist eine Art kollektive Notwehr: Weil du mich angeblich mit deinem

Körper gefährdest, hast du das Recht verwirkt, über diesen frei entscheiden zu dürfen. Ich zwing dich daher zu deinem Glück. – Eine furchteinflößende Sichtweise!

Ab wann stellt der menschliche Körper denn keine Gefahr mehr dar? Nach der dritten, nach der vierten, nach der fünften Impfung? Wer entscheidet das? Und wer gibt dem Staat das Recht, uns zu unserem angeblichen Glück zu zwingen? Weil die Befürworter klüger sind als der Rest?

Ausgerechnet die erste Berufsgruppe, die von der freiheitsfeindlichen Impfpflicht betroffen ist, sind Ärzte, Krankenpfleger, Altenpfleger, die im Übrigen in Scharen ihren Job kündigen, also diejenigen, die das größte Wissen haben. Es geht also nicht um Wissen, um das Abwägen von Rechtsgütern, sondern um die Lust an der uneingeschränkten Verfügungsgewalt. Schon der Lockdown war eine Politik vorbei am Faktischen. Nach unserer Freiheit ist jetzt unser Körper an der Reihe.

Die mRNA-Vakzine sind keine konventionellen Impfstoffe, sondern ein Quantensprung in der Wissenschaft. Keiner dieser Wirkstoffe hat eine reguläre Zulassung. Das in millionenteuren Werbekampagnen als „Piks“ zu verballhornen, ist eine Infantili-

sierung der Bürger, die einer rechtlichen Entmündigung vorweggreift. Berechtigten Bedenken wird nicht argumentativ, sondern pseudomoralisch begegnet. Der einzig rational nachvollziehbare Grund für eine Impfpflicht sind die Millionen Impfdosen, auf denen Professor Lauterbach sitzen bleibt. Das aber sind die Probleme eines überforderten Gesund-

heitsministers, nicht unsere.

Die Regierung trifft Entscheidungen ohne zuverlässige Datengrundlagen. Es gibt keine belastbaren Zahlen zum Impfstatus, zu Nebenwirkungen oder zu Hospitalisierungsraten. Hinzu kommt, dass mittlerweile sogar doppelt Geimpfte in der Statistik als ungeimpft gelten, wenn ihre letzte Impfung ein halbes Jahr zurückliegt. Ein Impfstatus für ein hal-

bes Jahr – da gibt selbst die Regierung zu, dass die Impfung nichts taugt.

Zahlenchaos auch bei der Erfassung von Impfnebenwirkungen: Es mehren sich die Zeichen – und ich möchte, dass Sie das hier ernst nehmen – für

eine dramatische Untererfassung von gravierenden Gesundheits-

schäden durch die neuartigen mRNA-Vakzine. Diese Fälle sind keinesfalls selten. Die Universitätsklinik Marburg eröffnete eigens eine Spezialambulanz, die überläuft. Dort gibt es Wartelisten von über 800 Patienten, Hunderte E-Mails am Tag.

Das unwürdige Impfpflichtgeschacher der Ampel ist deshalb nicht nur blamabel. Es ist verantwortungslos.

Sie wollen mit Ihrem Impfpflichtgesetz das Gesundheitsministerium ermächtigen, jede Gesetzesänderung ohne Abstimmung im Bundestag durchzuführen. Die Impfpflicht ab 60 dient Ihnen lediglich als trojanisches Pferd. Sie ist in Wirklichkeit die Impfpflicht für alle. Verlogener geht es nicht.

(Anhaltender Beifall bei der AfD – Die Abgeordneten der AfD erheben sich)

**Die Regierung trifft Entscheidungen ohne zuverlässige Datengrundlagen.**



Während der Bundestag über die Impfpflicht berät, wird in Berlin demonstriert.

© picture alliance/dpa | Paul Zinken

Wolfgang Kubicki, FDP:

## Eine Herdenimmunität wird durch die Impfung nicht erreicht



Wolfgang Kubicki (\*1952)  
Landesliste Schleswig-Holstein

Es ist natürlich schwer, nach einem solchen Debattenbeitrag darauf nicht einzugehen, aber die Zeit erlaubt es mir leider nicht; denn ich bin auf drei Minuten begrenzt. Wir können das an anderer Stelle machen.

Ich kann gut nachvollziehen, Herr Kollege Sorge, dass Emotionen bei diesem Thema hochgehen. Gleichzeitig müssen wir

aber aufpassen, dass im Eifer des Gefechts nicht Argumente benutzt werden, die weniger auf Evidenz zurückzuführen sind als auf den unbedingten Willen, die eigene Position durchzusetzen. Abseits von politischen Bewertungsfragen müssen wir im parlamentarischen Prozess dafür sorgen, falsche Begründungen als solche zu identifizieren und als Argumente aus der Debatte herauszunehmen. Deshalb sollten wir mit Blick auf die Anhörung im Gesundheitsausschuss folgende Punkte festhalten:

Eine Herdenimmunität wird durch die Impfung nicht erreicht.

Eine deutlich gefährlichere Virusvariante im kommenden Herbst ist nicht das wahrscheinlichste Szenario.

Ungeimpfte sind nicht schuld daran, dass sich andere Menschen infizieren.

Wir hatten keine Überlastung des Gesundheitssystems und

werden voraussichtlich auch keine bekommen.

Die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht mit einem nur bedingt zugelassenen Impfstoff ist verfassungsrechtlich ohnehin ein Problem. Impfungen dienen dem Selbstschutz und nicht dem Fremdschutz. Wenn wir uns auf diese Punkte verständigen können, darf es aus verfassungsrechtlichen Gründen keine Impfpflicht geben. Es ist nämlich nicht die Aufgabe des Staates, erwachsene Menschen gegen ihren Willen zum Selbstschutz zu zwingen.

Dieses Haus hat eine Vorbildfunktion für die Debatte in unserem Land. Deshalb darf es nicht darum gehen, am Ende einer Abstimmung als vermeintliche Sieger oder Verlierer dazustehen. Es muss uns da-

rum gehen, am Ende die rechtlich und gesundheitspolitisch beste sowie die gesellschaftlich verträglichste Lösung gefunden zu haben. Hier können die Menschen erwarten, dass neue Erkenntnisse auch zu einer Revision der alten Positionen führen. Wenn die Delta-Variante viele in diesem Hause zum Umdenken in Sachen Impfpflicht gebracht hat, dann muss das Auftreten der mildereren Omikron-Variante konsequenterweise ebenfalls zu einem Umdenken führen. Die Menschen können nachvollziehen, dass bei einer Verschärfung der Situation auch schärfere politische Maßnahmen gefordert werden. Wenn diese schärferen

Maßnahmen aber auch gefordert werden, obwohl die Situation sich entspannt hat, dann stellt sich die Frage, ob es wirklich noch um eine sachgerechte politische Lösung oder eher darum geht, die politische Deutungshoheit zu behalten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Ethikrat, auf den sich ja so viele immer wieder berufen

– ich empfehle, die 161 Seiten der Veröffentlichung des Ethikrats mal zu lesen –, hat in dieser Woche eine bemerkenswerte Stellungnahme zur vergangenen und künftigen Auseinandersetzung mit der Coronapandemie abgegeben. Er formulierte unter anderem – ich zitiere –:

Wenn die von einer pandemisch auftretenden Infektionskrankheit ausgehenden gesundheitlichen Risiken durch Impfungen, Medikation, Immunisierung durch vorausgegangene Infektionen oder auch infolge der Verbreitung neuer Virusvarianten mit höherer Infektiosität, aber geringerer Pathogenität unterhalb dessen liegen, was die Gesellschaft im Hinblick auf andere Viruserkrankungen ... hinzunehmen bereit ist, lassen sich schwerwiegende Freiheitseingriffe nicht mehr rechtfertigen.

Frau Präsidentin, mein letzter Satz: Deshalb ist eine allgemeine Impfpflicht, ob ab 18 oder 60, weder rechtlich noch gesellschaftspolitisch zu rechtfertigen.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der AfD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

**Ungeimpfte sind nicht schuld daran, dass sich andere Menschen infizieren.**

Prof. Dr. Andrew Ullmann, FDP:

## Mit Weitsicht kommen wir vor die Welle



Andrew Ullmann (\*1963)  
Landesliste Bayern

Das Ziel unseres Gesetzentwurfes ist ganz klar: Wir wollen Vorsorge treffen. Wir wollen keinen dritten Coronawinter erleben, wie wir ihn letztes und vorletztes Jahr erlebt haben. Wir wollen endlich frei sein, wobei wir auch unser Gesundheitssystem schützen. Lieber Wolfgang, es geht hier nicht um Selbstschutz, sondern um Fremdschutz. Wir wollen unser Gesundheitssystem vor Überlastungen schützen. Das funktioniert nur mit einer guten Immu-

nisierung.

Meine Damen und Herren, wir stehen vor einem Entscheidungsdilemma. Eine Vorhersage, wie die Welle im Winter aussehen wird, können wir seriös nicht treffen. Wir wissen: Die Welle kommt. Aber die Qualität dieser Welle kennen wir nicht. Das ist ähnlich wie bei einer Wettervorhersage. Aber dass sie kommen wird, ist klar. Wir brauchen auch bessere Datengrundlagen, keine Frage. Diese werden wir auch bekommen. Wir werden uns darüber entsprechend berichten lassen.

Aber was sollen wir jetzt machen, um den nächsten Winter nicht in einer Katastrophe enden zu lassen? Sollen wir nichts machen? Stand der Dinge heute ist das sicherlich eine Möglichkeit. Das wäre aber ein Pokerspiel. Wir haben es letztes Jahr bereits erlebt. Nichts zu machen, hat dazu geführt, dass wir wieder

einen Coronawinter hatten, und den wollen wir nicht.

Wir wollen auch nicht aus dem Bauch heraus irgendeine Entscheidung treffen, weil es sich gut anfühlt. Nein, wir wollen ein wissenschaftlich fundiertes Gegenmittel einbringen, und dieses Gegenmittel soll ganz klar bewirken, die Impflücke zu schließen; denn nur so kommen wir durch den nächsten Winter. Es stellt sich dann aber die Frage: Wie? Gut reden brachte bislang wenig. Impfpflicht, ja; dann müssen wir aber natürlich prüfen, inwieweit auch

**Reißen Sie die Mauer des Parteistolzes ein, und lassen Sie Ihr Gewissen sprechen!**

mildere Mittel möglich sind. Das ist eine professionelle ärztliche Aufklärung der Ungeimpften.

Die Bürgerinnen und Bürger sind aufklärungswillig und auch vernünftig. So können wir unsere Impfquoten erhöhen. Der ursprüngliche Gesetzentwurf aus unserer Gruppe hatte dies zum Inhalt. Aber

wir waren die kleinste Gruppe. Wir hatten keine Mehrheit, und wir haben sie auch nicht. Wir haben wiederholt versucht, Kontakte herzustellen. Das hat leider nicht funktioniert. Aber die Mehrheit der Antragstellerinnen und Antragsteller unserer Gruppe wollte heute nicht mit leeren Händen dastehen. Wir waren kompromissbereit. Wir haben einen Kompromiss gesucht und sind auf die Gruppe der Befürworter einer allgemeinen Impfpflicht zugegangen. Wir als Gruppe der Befürworter der Aufklärungspflicht haben einen Kompromiss gefunden. In Teilen ist er natürlich schmerzhaft, weil wir unsere Idee immer noch für die bessere halten. Aber wir können heute Nachmittag nicht ohne irgendetwas dastehen. Deswegen möchte ich der Verhandlungsgruppe und auch den Kolleginnen und Kollegen unserer ursprünglichen Gruppe Danke sagen.

In der Menschheitsgeschichte war es bisher immer so: Eine Pandemie endet dann, wenn eine Bevölkerung immunisiert ist. Die Immunisierung war in der Menschheitsgeschichte immer mit Tod und Krankheit verbunden. Wir haben jetzt erstmalig in der Menschheitsgeschichte die Möglichkeit, mit einer Impfung diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Aber Sie setzen auf Ihre

Freiheit und sagen: Das ist meine Freiheit; ich halte nichts von gesellschaftlicher Verantwortung. – Wenn Sie von Freiheit sprechen, müssen Sie auch von qualitativer Freiheit sprechen, nicht von einer Sammlung irgendwelcher Freiheiten.

In unserem Gesetzentwurf – und den biete ich jetzt an – steht tatsächlich die Aufklärungspflicht an erster Stelle. Ich bin sehr dankbar, dass die Gruppe uns da entgegengekommen ist. Die Impfpflicht sehen wir für die besonders vulnerablen Personen ab 60 Jahren vor, mit Scharfstellung im Oktober. Der Bundestag erhält regelmäßig wissenschaftliche Berichte über den Stand der Pandemie, global wie national, und hat somit auch die Möglichkeit der Aussetzung oder Erweiterung der Impfpflicht. Das ist Weitsicht. Mit Weitsicht kommen wir vor die Welle.

Liebe Unionskolleginnen und -kollegen, es gibt keine Blaupause in der Pandemiebekämpfung. Nur gemeinsam können wir diese Pandemie bekämpfen. Reißen Sie die Mauer des Parteistolzes ein, und lassen Sie Ihr Gewissen sprechen! Unser Gesetzentwurf ist ein Angebot an Sie alle.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP)

Nina Warken, CDU:

## Die Ampel hat sich selbst in eine Sackgasse manövriert



Nina Warken (\*1979)  
Wahlkreis Odenwald – Tauber

Wir müssen heute darüber sprechen, wie wir unser Land und unser Gesundheitssystem auf die kommenden Monate vorbereiten. Ich muss ehrlich sagen: Es wäre schon wünschenswert gewesen, wenn die Debatte und das Verfahren in dieser wichtigen Frage anders gelaufen wären. Stattdessen ist ein ge-

wisses Wirrwarr entstanden. Das Wirrwarr hat begonnen, als sich die Regierungsfractionen in Gruppenanträge geflüchtet haben, statt ihrer Verantwortung gerecht zu werden und mit einer Stimme einen tragfähigen Gesetzentwurf einzubringen. Dass Sie mit diesem Vorgehen nicht weiterkommen und die Gefahr besteht, dass Sie am Ende ohne eine Lösung dastehen, war von Beginn an absehbar und ein völlig falsches Signal.

Wo wir schon bei falschen Signalen sind, möchte ich auch einmal sagen, Herr Kollege Lauterbach, dass es aus meiner Sicht in der aktuellen Lage, während die Verhandlungen laufen, angebracht gewesen wäre, mit den Kollegen gemeinsam um einen mehrheitlichen Gesetzentwurf zu ringen, statt wieder bis spät in die Nacht bei „Markus Lanz“ zu sitzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir als CDU/CSU waren

nicht untätig. Anders als Sie haben wir vor Wochen ein der aktuellen Lage angemessenes Konzept vorgeschlagen. Hinter diesem steht unsere Fraktion, und von diesem sind wir überzeugt. Wo jedoch keine klare Linie erkennbar war, war bei Ihrem Lavieren in den letzten Tagen, das in der Sache schon unwürdig war. Aus den Vorschlägen einer Impfpflicht für über 50-Jährige und einer Impfpflicht ab 18 ist jetzt der Vorschlag einer Impfpflicht ab 60 geworden. Wie dieses Rechenbeispiel noch zu vermitteln ist, weiß ich nicht, und wo da eine Güterabwägung stattgefunden haben soll, erschließt sich mir auch nicht.

Wir lassen uns, lieber Herr Kollege Dr. Ullmann, auch nicht vor-

werfen, dass wir nicht kompromissbereit waren oder dass wir allein aus parteitaktischen Gründen mit Ihrem Vorschlag nicht mitgehen. Nein, wir gehen aus guten Gründen nicht mit. Unser Antrag ist aus unserer Sicht der beste, weil er der einzige ist, der lage- und sachgerecht ist. Er bietet für alle künftigen Entwicklungen der Pandemie eine Antwort.

Hier und heute eine Impfpflicht zu einem festen Datum zu beschließen, ist angesichts der aktuellen Lage verfrüht und unverhältnismäßig. Wer mildere Mittel zur Pandemiebekämpfung wie die Maskenpflicht einfach auslaufen lässt, der kann heute parallel dazu keinen tiefgreifenden Grundrechtseingriff in Form einer Impfpflicht einführen. Impfen ist zwar „nur“ ein Piks, aber es ist auch ein körperlicher Eingriff und eben nicht lapidar. Daher muss sorgfältig abgewogen werden, und das tun Sie nicht. Damit hat sich die Ampel selbst in eine Sackgasse der Rechtsunsicherheit manövriert.

**Impfen ist zwar „nur“ ein Piks, aber es ist auch ein körperlicher Eingriff und eben nicht lapidar.**

Impfen schützt, insbesondere vor schweren Verläufen; allerdings droht momentan keine Überlastung des Gesundheitssystems. Deshalb ist aus unserer Sicht aktuell keine Impfpflicht angezeigt. Aber wir müssen vorbereitet sein für den Fall, dass der Pandemieverlauf zum Beispiel wegen einer tödlicheren Variante eine Impfpflicht erforderlich macht. Deshalb müssen wir schon heute ein rechtssicheres Gesetz schaffen, das die Voraussetzungen für einen passgenauen Impfmehanismus der Zukunft sicherstellt. Das genau, liebe Kolleginnen und Kollegen, tun wir mit unserem Antrag. Er enthält eben keine starre Impfpflicht auf Vorrat, die aufgrund der heute unklaren Pandemieentwicklung völlig ungeeignet ist.

Ich darf aber abschließend, Frau Präsidentin, noch einmal sagen – der Kollege Sorge hat es schon betont -: Die Union bleibt Gesprächsbereit. Lassen Sie uns doch gemeinsam versuchen, noch eine gute Lösung und einen guten Kompromiss für unser Land zu finden!

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Janosch Dahmen, Bündnis 90/Die Grünen:

## Die beste Krisenpolitik ist Krisenprävention



Janosch Dahmen (\*1981)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Liebe Kollegin Warken, lieber Kollege Sorge, vielleicht lassen Sie mich mit einer Bemerkung vorab starten: Demokratie besteht nicht daraus, dass man einen wirkungslosen, halb fertigen Antrag in den Raum wirft, dann die Tür verschließt und nicht mehr ans Telefon geht. Demokratie besteht vielmehr daraus, einen Gesetzentwurf vorzulegen, in Verhandlungen zu gehen und hier, im Parlament, Kompromisse zu schließen. Das haben Sie in vier Monaten nicht hinbekommen.

Nach vier Monaten intensiver Debatte in der Gesellschaft und

im Parlament zur Frage, ob es eine Impfpflicht als vorsorgendes Instrument aus der Pandemie geben soll, ist heute der Tag der Entscheidung. Ich lege mit vielen Abgeordneten aus den Oppositionsfractionen und den Regierungsfractionen einen funktionierenden Gesetzentwurf vor, der im Kern eine Impfpflicht ab 60 Jahren vorsieht, der wirksam ist, der rechtssicher ist und der vernünftig ist.

Als Arzt möchte ich Ihnen sagen – die Frage kam gerade auf -, dass die Altersgrenze keineswegs willkürlich, sondern mit Bedacht und medizinischer Evidenz gewählt ist. Zwischen 50 und 60 Jahren steigt das Risiko für einen schweren Verlauf noch einmal extrem an. Das heißt, eine Impfpflicht ab 60 Jahren erfüllt zwei Ziele: Zum einen schützt sie die besonders gefährdeten Menschen, zum anderen schützt sie unser Gesundheitssystem vor neuerlicher Überlast-

ung und uns alle vor einem weiteren Pandemieherbst und -winter. Deshalb verdient dieser Gesetzentwurf Ihre Stimmen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Pandemie ist eine von mehreren Simultankrisen, mit denen wir in unserer Zeit aktuell konfrontiert sind. Die beste Krisenpolitik ist Krisenprävention. Nach zwei Jahren Pandemie, nach Flutkatastrophe, nach Energieabhängigkeit von einem russischen Diktator möchte ich mir nicht vorwerfen lassen, in der Gesundheitspolitik keine Vorsorge getroffen zu haben. Vorsorge heißt, dafür zu sorgen, dass die Pandemie im Herbst und Winter nicht wieder unser öffentliches Leben lahmlegt. Vorsorge heißt, heute zu handeln, um die Freiheit von morgen zu sichern. Die Prävention in Form der Impfpflicht bringt uns raus aus dieser Pandemie.

Aus guten Gründen soll es bei dieser medizinethischen Frage keine Fraktionsdisziplin geben.

**Vorsorge heißt, heute zu handeln, um die Freiheit von morgen zu sichern**

Wenn ich nun aber höre, dass Unionsabgeordnete intern schriftlich aufgefordert werden, bei dem Vorschlag einer Impfpflicht ab 60 Jahren nicht mit Ja zu stimmen, dann habe ich den Eindruck, dass sich die Union bei einer besonderen Gewissensfrage besonders gewissenlos benimmt. Neben dem Virus, das Menschenleben tötet, gibt es in der Politik offensichtlich ein Virus der Parteitaktik, und dieses Virus der Parteitaktik tötet das Vertrauen in demokratische Institutionen.

Wir alle in diesem Parlament

haben eine gemeinsame Verantwortung für dieses Land gegenüber den Menschen, die nach vier Monaten mehrheitlich weiterhin eine Impfpflicht wollen. Wir haben die Verantwortung, jetzt Vorsorge für den Herbst zu treffen. Liebe Union, auch Sie stehen in der Verantwortung. Besinnen Sie sich darauf, und stimmen Sie für den vorliegenden Gesetzentwurf!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der FDP)



Impfen schützt besonders die Risikogruppen. © picture alliance/dpa | Oliver Berg

Martin Sichert, AfD:

## Ein medizinisches Experiment darf niemals verpflichtend sein



Martin Sichert (\*1980)  
Landesliste Bayern

neten Demokraten sind. Vor der Bundestagswahl hat jede der im Bundestag vertretenen Parteien den Wählern versprochen, dass es keine Impfpflicht geben wird. Jede einzelne hier vertretene Partei hat dieses Versprechen im Wahlkampf gegeben. Für uns von der AfD ist die Demokratie Grundlage unseres Handelns. Als überzeugte Demokraten werden wir nach der Wahl halten, was wir vor der Wahl versprochen haben, indem wir geschlossen gegen eine Impfpflicht stimmen.

Es ist an der Zeit, all die Lügen zu beenden, auf denen die gesamte Coronapolitik fußt. Justizminister Buschmann log, als er sagte, dass zum 20. März alle

Maßnahmen enden werden. Maßnahmen sind noch da. Gesundheitsminister Lauterbach log, als er Ende Oktober sagte, dass es keinen Booster für alle brauche, und er drei Wochen später den Booster für alle forderte. Einfache Abgeordnete logen, wie Emilia Fester, als sie verkündete, dass sie nicht im Ausland war, obwohl sie Urlaub in Dänemark gemacht hat. Aber wie kann man es dem Bundestagsküken zum Vorwurf machen, wenn selbst der Bundeskanzler lügt? Olaf Scholz log, als er im

**Es ist an der Zeit, all die Lügen zu beenden, auf denen die gesamte Coronapolitik fußt.**

Dezember erklärte, dass die Regierung nichts von schweren Nebenwirkungen der Impfung erfahren habe. Zu dem Zeitpunkt waren laut Bundesregierung knapp 30 000 Fälle schwerer Nebenwirkungen registriert. Das ist immerhin die Bevölkerung einer mittelgroßen Stadt.

Herr Scholz ist nicht da; er ist zu Beginn meiner Rede anscheinend geflüchtet. Aber ich denke, er schaut heimlich draußen am Fernseher zu. Herr Scholz, Sie haben den Bürgern vor der Bundestagswahl gesagt: Wir brauchen keine Impfpflicht. – Wollen Sie wirklich auch dieses Wahlversprechen brechen und als Lügenkanzler in die Geschichte eingehen?

Die nächste Lüge kam von Jens Spahn. Er sagte nämlich, die Impfung sei ordentlich zuge-

lassen. Das ist die Impfung bis heute nicht. Es gibt nur eine bedingte Zulassung der EMA, die bis 2024 eine ordentliche Zulassung prüft. Jeder, der ein Medikament nimmt, das nur bedingt zugelassen ist, nimmt an einem medizinischen Experiment teil. Und ein medizinisches Experiment darf niemals verpflichtend sein. Das besagen nicht nur die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die europäische Grundrechtecharta und das Grundgesetz; das sollte auch jeder Bundestagsabgeordnete aus der deutschen Geschichte gelernt haben.

Daher fordere ich Sie alle auf: Schließen Sie sich uns an! Zeigen Sie, dass Ihnen die Demokratie was wert ist, und stimmen Sie gegen die Impfpflicht!

(Beifall bei der AfD – Abgeordnete der AfD erheben sich)

Prof. Dr. Karl Lauterbach, SPD:

## Es sind sehr gefährliche Varianten möglich



Karl Lauterbach (\*1963)  
Wahlkreis Leverkusen – Köln IV

Lockdown. Das muss man verstehen. Herr Kollege Kubicki, alle bisherigen Varianten sind von Experten nicht vorhergesagt worden. Sie haben uns aber eben vorgetragen, was im Herbst kommt. Seien Sie bescheidener. Ich schätze Sie. Ich gebe Ihnen Literatur, die zeigt: Es sind sehr gefährliche Varianten möglich. Wenn die Omikron-Variante zum Beispiel tiefer in die Lungenabschnitte vordringt – das sind nur fünf oder sechs Mutationen –, dann haben wir eine sehr ansteckende, sehr gefährliche Variante. Davor haben namhafte Kollegen Angst. Sie sollten nicht vortäuschen, Sie wüssten, dass das im Herbst nicht der Fall ist.

Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass es im Oktober, selbst wenn die Omikron-Variante im Herbst zurückkäme – es käme keine andere, gefährlichere Variante; die Situation wäre genauso wie jetzt –, nach allem, was die Modelle hergeben, ungefähr 200 bis 300 Todesfälle pro Tag geben wird, wie jetzt. Wollen wir das als Gesellschaft

wirklich akzeptieren? Wollen wir uns daran gewöhnen, dass jeden Tag 200 oder 300 Menschen sterben? Und wollen wir uns erzählen lassen, dass einzelne Glück gehabt haben, während andere auf der Intensivstation liegen und um ihr Leben kämpfen? Das kann keine humane Gesellschaft für uns sein.

Wir haben es in der Hand. Ich appelliere noch einmal an die Kolleginnen und Kollegen in der

Union: Von Ihnen wird heute sehr viel abhängen. Sie können der Verantwortung nicht ausweichen, indem Sie sagen, Sie seien gesprächsbereit. Die Gespräche haben über Monate stattgefunden. Heute ist der Tag der Entscheidung. Lassen Sie uns nicht im Stich, oder stehen Sie wenigstens zu dieser Verantwortung. Wenn Sie die Impfpflicht nicht wollen, dann sagen Sie es. Es gibt Abgeordnete in diesem Parlament, von denen ich so gut wie nichts erwarte; sie sagen aber klar, was sie wollen. Seien Sie ehrlich: Wollen Sie die Impfpflicht oder nicht? Wir brauchen heute Ihre staatstragende Unterstützung, um im Herbst anders dazustehen als jetzt.

Ich möchte zum Schluss die

wichtigste Zahl nennen. Der Abgeordnete Janosch Dahmen, er ist Arzt, hat es angedeutet; ich sage es noch einmal, wir sind da einer Meinung. Die wichtigste Zahl heute ist 90 Prozent. Wenn wir die Impfpflicht ab 60 einführen, dann verhindern wir 90 Prozent der Todesfälle, die wir mit einer Impfpflicht ab 18 verhindert hätten. Wir haben heute durch die Einführung einer Impfpflicht die Möglichkeit, 90 Prozent der Todesfälle zu vermeiden. Nutzen wir bitte diese Gelegenheit.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der FDP – Beatrix von Storch (AfD): Wer nimmt Sie eigentlich noch ernst?)

Zunächst einmal: Sehr viele hier im Haus zögern, ob eine Impfpflicht noch notwendig ist, weil die Omikron-Variante milder verläuft als frühere Varianten. Ich möchte dazu sagen: Omikron ist deshalb eine etwas mildere Variante, weil schon so viele Menschen geimpft sind. Wenn sich alle so verhalten hätten, wie es hier zum Teil vorgetragen wird, und sich niemand hätte impfen lassen, dann hätten wir jetzt eine lupenreine Katastrophe und wären im völligen

**Lassen Sie uns nicht im Stich, oder stehen Sie wenigstens zu dieser Verantwortung.**



Der Bundeskanzler stimmt ab. Der Bundestag votierte gegen eine Impfpflicht. © picture alliance/dpa | Michael Kappeler

Max Lucks, Bündnis 90/Die Grünen:

## Lassen Sie uns die Impfpflicht zu den Akten legen



Max Lucks (\*1997)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Sie können Ihre Lügen hier wider besseres Wissen verbreiten. Sie werden nicht verhindern können, dass die demokratischen Abgeordneten heute in Respekt voreinander in

dieser sehr schwierigen Gewissensentscheidung eine Entscheidung treffen.

Ich halte es für erforderlich, die Impflücke zu schließen; aber ich komme nach Abwägung zu der Entscheidung, gegen eine Impfpflicht zu sein. Ich komme dazu, weil mir meine Erfahrung als Freund und Verwandter in dieser Pandemie, der in seinem Umfeld um die Impfung einer jeden einzelnen Person gekämpft hat, zeigt, dass es nur dann funktioniert, wenn man den Druck rausnimmt. Ich halte die Erklärungen, dass eine Impf-

pflicht zur Schließung der Impflücke führt, nicht für plausibel; denn eine Pflicht baut normativen Druck auf. Ich halte diesen normativen Druck für den falsche Weg, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Die Impfpflicht verspricht vielen Menschen ein Pandemieende per Gesetz; doch ich befürchte, dass sich dieses Versprechen nicht halten lassen wird. Stattdessen birgt sie rechtliche Gefahren. Ich mache mir Sorgen, dass der Ausschluss von Ordnungshaft Verfassungsbeschwerden nicht standhält

**Ich komme nach Abwägung zu der Entscheidung, gegen eine Impfpflicht zu sein.**

Dr. Paula Piechotta, Bündnis 90/Die Grünen:

## Wir brauchen mehr Pragmatismus und nicht weniger



Paula Piechotta (\*1986)  
Landesliste Sachsen

Wir treffen heute diese schwierige Entscheidung vor dem Hintergrund zweier ziemlich einfacher Wahrheiten. Eine Wahrheit ist: Niemand von uns kann wirklich vorhersagen, wie sich Corona in diesem Herbst darstellen wird, auch der Gesundheitsminister nicht. – Das ist komplett richtig. Die andere Wahrheit ist: Wir haben den letzten und den vorletzten Coronaherbst verschlafen, wir waren nicht ordentlich vorbereitet, und wir haben deswegen auch die Interessen unserer Bevölkerung nicht ausreichend gut geschützt. – Das darf uns nicht noch einmal passieren, dafür werden wir alle in die Verant-

wortung genommen.

Aber wir sehen heute in dieser Debatte in kondensierter Form, an welchen Punkten auch im letzten und im vorletzten Jahr genau diese Vorsorge gescheitert ist. Im Sommer, im Frühling – jetzt gerade wieder –, wenn die Coronapandemie nicht das wichtigste Thema ist, wenn die öffentliche Aufmerksamkeit nicht komplett auf dieses Thema gerichtet ist, da wird zerredet, da wird Parteitaktik vorgeschoben, da wird darauf vertröstet, dass man noch Zeit hat bis zum Herbst. Und dann ist es wieder zu spät.

Deswegen: Schauen wir uns an, was bei dem Versuch, diese Fehler nicht zum dritten Mal in Folge zu machen, heute hier auf dem Tisch liegt. Ich lasse den Stuss von rechts beiseite und lasse auch das impfpolitische Bermudadreieck um Herrn Kubicki, Frau Wagenknecht und Herrn Gysi beiseite. Ich finde, darauf muss man jetzt keine Zeit verschwenden.

Schauen wir uns den Unions-

antrag an. Der Unionsantrag sagt: gestufter Impfmechanismus. Was steht in unserem Gesetzentwurf? Erst einmal eine Impfpflicht ab 60; diese kann ausgesetzt werden – im Sommer, im Herbst, wenn sie nicht gebraucht wird –, sie kann aber auch zugeschaltet werden. Das ist gestuft.

Die Union möchte ein Impfregeister. Das Impfregeister, Frau Warken, steht bei uns im Gesetzentwurf. Die Union möchte auf der Basis von wissenschaftlichen Daten auch zu den neuen Varianten entscheiden. Das steht bei uns als wissenschaftlicher Bericht für den Herbst genau mit drin. Die inhaltlichen Unterschiede zwischen Ihrem

Antrag und unserem Gesetzentwurf sind so klein; sie erlauben keine Nichtzustimmung von Ihnen. Diese minimalen Unterschiede müssen Sie gerade sprachlich so aufplustern, geradezu zu Klippen erklären, an denen Sie sich hochziehen können, damit Sie die Nichtzustimmung irgendwie begründen

**Niemand von uns kann vorhersagen, wie sich Corona in diesem Herbst darstellen wird,**

und individuelle gesundheitliche Gründe durch das normative Raster fallen können. Die Umsetzung dieser Pflicht ist nicht sichergestellt, und ein nicht umsetzbares Gesetz bringt uns in der Pandemie nicht weiter.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben als Parlament und als Politikerinnen und Politiker in der Frage, wie wir Menschen vom Impfen überzeugen,

in der Frage, wie wir die Gesellschaft zusammenhalten nach und in dieser Pandemie, so viel mehr Spielräume als nur Ordnungsrecht. Lassen Sie uns diese nutzen! Lassen Sie uns die Impfpflicht zu den Akten legen!

Danke schön.

(Beifall bei der FDP sowie der Abg. Tabea Rößner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))



Es herrscht Uneinigkeit im Bundestag. © picture alliance/dpa | Michael Kappeler

können.

Herr Frei versucht mit seinem Brief Ihre Kollegen, Herr Merz – Sie waren nicht dabei; die meisten haben aber 16 Jahre regiert –, dazu zu bringen, den Impuls zu unterdrücken, zuzustimmen, damit etwas herauskommt. Ich übersetze das einmal: Sie bitten Ihre Fraktion, den Impuls zu unterdrücken, konstruktiv zu sein. Das ist die DNA der Union. Sie wollen hier der Ampel eins mitgeben – das kann ich verstehen –; aber Sie geben nicht der Ampel eins mit, sondern Sie geben dem ganzen Land eins mit. Sie geben Ihren Leuten in den Ländern und in den Kommunen eins mit. Hendrik Wüst, Klaus Holetschek und auch Daniel Günther, sie alle haben in den letzten Tagen noch einmal gesagt, dass es die Impfpflicht braucht.

Natürlich können wir jetzt mit Ihnen noch einmal eine Runde drehen; wir können noch einmal über Kompromisse bei der Impfpflicht sprechen. Aber die Zeit läuft davon. Wenn wir in den letzten zwei Jahren irgendetwas gelernt haben, dann ist es, dass man nicht unendlich viel Zeit hat, wenn man im Herbst vorbereitet sein will.

Deswegen noch einmal – damit komme ich auch zum Ende –: Das ist eine Entscheidung, bei der

man nicht der Ampel eins mitgibt, bei der man nicht der SPD oder Herrn Lauterbach eins mitgibt, sondern bei der man dem ganzen Land eins mitgibt, wenn man jetzt nicht das erkennt, was notwendig ist: Pragmatismus und Konstruktivität. Genauso wie Professor Dr. Ullmann lasse ich mir als Ärztin gern vorwerfen, manchmal zu pragmatisch zu sein. Aber wenn ich mir die letzten zwei Coronajahre anschau, dann muss ich sagen: Wir brauchen mehr Pragmatismus und nicht weniger.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie des Abg. Dr. Andrew Ullmann (FDP))

**Sie geben nicht der Ampel eins mit, sondern Sie geben dem ganzen Land eins mit.**

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie des Abg. Dr. Andrew Ullmann (FDP))

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Erich Irlstorfer (CSU), Katrin Helling-Plahr (FDP), Sahara Wagenknecht (Die Linke), Franziska Maschek (SPD), Sepp Müller (CDU), Stefan Schwartze (SPD), Johannes Huber (fraktionslos), Nina Stahr (Bündnis 90/Die Grünen), Dieter Janecek (Bündnis 90/Die Grünen), Heike Baehrens (SPD), Till Steffen (Bündnis 90/Die Grünen), Karsten Hilde (AfD), Dirke Wiese (SPD), Friedrich Merz (CDU), Thorsten Frei (CDU), Katja Mast (SPD), Irene Mihalic (Bündnis 90/Die Grünen), Johannes Vogel (FDP) und Jan Korte (Die Linke).

Aktuelle Stunde – Massaker an ukrainischen Zivilisten in Butscha / 27. Sitzung des 20. Deutschen Bundestages am 6. April 2022

Bärbel Bas, Bundestagspräsidentin:

## Ohne Wahrheit kann es keine Gerechtigkeit geben



Bärbel Bas (\*1968)  
Wahlkreis Duisburg I

Unsere Gedanken sind bei den Menschen in Butscha, Borodjanka, in Mariupol, in Charkiw, in Cherson und an so vielen anderen Orten in der Ukraine.

Städte werden belagert, Evakuierungen und humanitäre Hilfe blockiert. Die Versorgung mit Lebensmitteln, Wasser und Strom wird systematisch gekappt. Es geht offensichtlich um Terror gegen das ganze Volk. Der Deutsche Bundestag verurteilt diese Kriegsverbrechen aufs Schärfste.

Auf Antrag der Koalitionsfrak-

tionen werden wir später in einer Aktuellen Stunde zu den von russischen Truppen verübten Massakern an ukrainischen Zivilisten in Butscha und den sich daraus ergebenden Konsequenzen debattieren. Diese Massaker müssen unabhängig untersucht und die Verantwortlichen angeklagt werden. Hier ist auch die internationale Gemeinschaft gefragt. Ohne Wahrheit kann es keine Gerechtigkeit geben.

Das gilt nicht nur in diesem Krieg. Menschenrechtsverletzungen müssen in jedem Fall doku-

**Menschenrechtsverletzungen müssen in jedem Fall dokumentiert und die Opfer gehört werden.**

Die Berichte aus Butscha erschüttern die Welt. Nach dem Abzug russischer Truppen wurden unbegreifliche Gräueltaten sichtbar.

mentiert und die Opfer gehört werden. Dabei spielen Menschenrechtsorganisationen eine wichtige Rolle. Ich begrüße auf der Tribüne die Historikerin Irina Scherbakowa, die die russische Menschenrechtsorganisation Memorial mitbegründet hat, mit weiteren Vertreterinnen und Vertretern. Vielen Dank, dass Sie heute bei uns sind.

Die Bilder aus der Ukraine wecken Erinnerungen an den Krieg in Bosnien-Herzegowina, der vor 30 Jahren begann. Mehr als 100 000 Menschen kamen damals ums Leben. Auch darüber werden wir heute Nachmittag im Plenum debattieren.

Wie jetzt in der Ukraine wurden auch Frauen Ziel brutaler Gewalt. Bosnische Frauen brachten die Kraft und den Mut auf, über erlittene Vergewaltigungen zu sprechen. Sie machten die Wahr-

heit über diese Kriegsverbrechen bekannt.

Der Krieg gipfelte in dem Völkermord von Srebrenica, bei dem 8 000 bosnische Muslime, vor allem Jungen und Männer, planvoll ermordet wurden.

Alles deutet darauf hin, dass in diesen Wochen in Europa wieder unbeteiligte Menschen zum Ziel von Kriegsverbrechen werden.

Wir müssen alles Verantwortbare tun, um die Ukraine in ihrem Kampf um ihre Existenz noch stärker zu unterstützen.

Wir hier im Bundestag wissen: In der Ukraine geht es auch um Europas Frieden und unsere Sicherheit.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FDP und der LINKEN sowie bei Abgeordneten der AfD)

Britta Haßelmann, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:

## Wir müssen an dieser Stelle gemeinsam handeln



Britta Haßelmann (\*1961)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

allen Angehörigen stellvertretend für so viele Menschen in der Ukraine mein tiefes Mitgefühl aussprechen.

Auch hier, meine Damen und Herren, herrscht unfassbare Trauer. Auch hier herrscht unfassbare Wut. Und auch wenn der Kreml versucht, durch Desinformationen, Lügen und Propaganda unbelegte Zweifel zu säen, und wenn seine Anhänger selbst hier in Deutschland versuchen, diese Zweifel, Desinformationen und Propaganda zu verbreiten, ist eines doch klar: Hinter diesen Verbrechen gegen die Menschlichkeit stehen Putin und seine Armee. Die Dokumentation der Kriegsverbrechen und die Aufarbeitung müssen jetzt beginnen. Putin und seine Gefolgsleute werden sich dafür vor dem Internationalen Strafgerichtshof verantworten müssen.

Meine Damen und Herren, die

Morde, die Zerstörung und die Gräueltaten zeigen auf furchtbarste Weise, mit welcher unfassbaren Brutalität der russische Präsident seinen Krieg gegen die ukrainische Zivilbevölkerung führt. Die Kriegsverbrechen der russischen Armee können wir nicht unbeantwortet lassen. Wir müssen gemeinsam mit unseren europäischen Partnern, mit G 7, im Transatlantischen Bündnis alles, was möglich ist, tun, um diese unmenschliche Brutalität einzudämmen. Der Druck auf Putin und sein System, auf die, die ihn stützen, muss dringend erhöht werden. Ich hoffe, darüber besteht Konsens zwischen den Demokratinnen und Demokraten dieses Hauses.

Es kommt jetzt auf ein gemeinsames und entschlossenes europäisches und internationales Vorgehen an. Schärfere Sanktionen werden wir jetzt, in diesen Tagen, in diesen Stunden, in

**Es kommt jetzt auf ein gemeinsames und entschlossenes europäisches Vorgehen an.**

Die Bilder und Nachrichten aus Butscha, die uns seit Tagen erreichen, sind schrecklich; sie sind grausam. Die Bilder von feige ermordeten Menschen, von Massengräbern, die Verzweiflung und Tränen von Müttern, Vätern und Kindern haben uns alle ins Mark getroffen. Es sind Menschen wie Sie und ich, die bis vor ein paar Wochen noch ein ganz normales Leben – frei und selbstbestimmt mitten in Europa – geführt haben. Ich möchte an dieser Stelle dem Präsidenten Selenskyj und

einem fünften Sanktionspaket in der europäischen Gemeinschaft beschließen, um den Druck auf Putins Machtapparat, auf sein System, weiter zu erhöhen. Dazu gehört ein Einfuhrverbot für Kohle. Dazu gehören Transaktionsverbote gegen weitere wichtige russische Banken, ein weiteres Einfrieren von Vermögenswerten und einiges mehr, was die europäischen Staaten gemeldet haben und was notwendig ist, die Sanktionen wirklich zu verschärfen und noch mehr Druck über dieses Sanktionsregime auszulösen.

Dieses Paket wird auch das Fundament sein für einen Komplettausstieg aus der Abhängigkeit von Russlands fossiler Energie, und es wird damit das Putin-Regime klar noch härter treffen, als das die bisherigen Sanktionspakete – die Pakete eins bis vier – schon tun. Der Weg härterer Sanktionen und der Weg raus aus den fossilen Energien Russlands werden von den Europäerinnen und Europäern gemeinsam gegangen, und zwar so schnell wie möglich.

Das ist die wichtige Nachricht: Wir müssen an dieser Stelle gemeinsam handeln – entschlossen, hier und jetzt. Unser Ziel muss es sein, Russland wirtschaftlich und finanziell abzukoppeln, ohne anderen Ländern zu schaden, gerade den ärmeren Ländern. Das muss uns gelingen.

Diese klare internationale und europäische Haltung, diese gemeinsame Antwort – das ist das, worauf es jetzt ankommt.

Dazu gehören auch die Waffenlieferungen, und dazu gehört es auch, die Frage, was alles machbar ist, im europäischen Kontext zu diskutieren und das jetzt gemeinsam auf den Weg zu bringen, auch im Hinblick auf Waffenlieferungen. Das sage ich für meine Fraktion genauso überzeugt wie andere hier im Haus und wie wir in der europäischen Gemeinschaft hoffentlich zusammen.

Meine Damen und Herren, Putin muss diesen Krieg gegen die Ukraine und die Verbrechen gegen die Menschlichkeit sofort stoppen. Ich bin mir sicher: Wir werden gemeinsam mit unseren Partnern in Europa und im Transatlantischen Bündnis mit der Verschärfung der Sanktionen und mit der Unterstützung beim Recht auf Selbstverteidigung durch Waffenlieferungen und humanitäre Hilfe alles, was machbar ist, tun, um diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu stoppen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP)

Dr. Johann David Wadephul, CDU:

## Wir müssen gemeinsam auf der richtigen Seite stehen



Johann David Wadephul (\*1963)  
Landesliste Schleswig-Holstein

Ich kann mich der Kollegin Haßelmann vollkommen anschließen: Das ist nicht nur ein völkerrechtswidriger Krieg. Das ist ein Krieg, der unter Verletzung der Grundnormen der Humanität und unter Verletzung der Grundnormen der Genfer Konvention geführt wird, der keine Rücksicht mehr nimmt auf schwache Menschen, auf Kinder, auf Frauen, auf Schwangere, auf Alte. Das ist ein Krieg, der auf barbarische Art und Weise geführt wird. Und in der Tat: Ich schließe mich Ihrer Aufforderung an und bin für meine Fraktion gerne bereit, das zu erklären. Hier müssen wir zusammenstehen und gemeinsam auf der richtigen Seite

stehen: auf der Seite der Ukrainerinnen und Ukrainer.

Ich will aber einräumen, Frau Kollegin, dass ich mir so klare Worte, wie ich sie von Ihnen gehört habe, wie ich sie auch von Frau Strack-Zimmermann lese, wie ich sie weitgehend auch von Annalena Baerbock höre, auch vom Bundeskanzler gewünscht hätte. – Ja, ich höre nicht damit auf, Frau Esken, weil er vorhin in der Regierungsbefragung Fragen ausgewichen ist, unklar geblieben ist und sich zu dieser Frage nicht geäußert hat. Er hätte im Übrigen jede Woche die Gelegenheit, klar zu sagen, wofür er steht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein solcher Krieg kann prinzipiell drei Auswege haben: Es kann die eine Seite gewinnen, es kann die andere Seite gewinnen, und es kann einen Verständigungsfrieden geben. Nachdem wir das Letztere in dieser Auseinandersetzung, glaube ich, nicht erwarten können, müssen wir uns entscheiden, auf welcher Seite wir mit welchen Mitteln stehen wollen.

**Diese Bundesregierung muss aus der Unentschiedenheit herauskommen.**

Da kann ich nur sagen: Wir wollen nicht an dem Krieg formell teilnehmen, aber in dieser Situation muss Deutschland, muss die freie Welt wirklich aber auch alles tun, dass Putin diesen Krieg nicht gewinnt! Denn das würde eine große Niederlage für uns alle sein. Das wäre eine Niederlage für Deutschland. Das wäre eine Niederlage für die Menschenrechte. Das wäre eine Niederlage für die Europäische Union. Es wäre im Übrigen für alle Staaten auf der Welt, die das unterstützt haben, auch in den Vereinten Nationen, eine Niederlage.

Es wäre eine Niederlage für den Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika. Wir alle – oder viele von uns; ich sage mal: die demokratische Mitte in jedem Fall – wünschen uns ja kaum,

dass Herr Trump wieder zum Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika gewählt wird.

Das heißt: Der Schluss muss doch sein, dass wir in dieser Situation wirklich alles tun, was in unseren Möglichkeiten steht – in

der Tat unterhalb einer formellen Beteiligung der NATO und der Bundeswehr –, dass dieser Krieg von den Ukrainerinnen und Ukrainern gewonnen wird, dass sie sich erfolgreich verteidigen können.

Da finde ich – Frau Esken, Sie wollen das nicht hören –, Herr Bundeskanzler, was Ihre Antwort von vorhin angeht: Da musste man bei der dritten Nachfrage versuchen, herauszulesen: Was sagen Sie denn nun zum Thema „schwere Waffen“? Es ist eine Binsen – man mag es nicht schön finden, aber es ist eine militärische Binsen –, dass in dieser Situation des Krieges die Ukrainerinnen und Ukrainer, wenn sie sich erfolgreich verteidigen sollen, schweres Gerät brauchen: gepanzerte Waffen, Bergepanzer, Brückenlegepanzer, vielleicht sogar Kampfpanzer, vielleicht sogar Artilleriegeschosse. Die brauchen sie nun mal, um bestehen zu können!

Da muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen: Wenn Ihre Antwort heute lautet: „Da sollte Deutschland nicht vorpreschen; da sollten wir nicht die Ersten sein, die das machen“, dann ist das aus meiner Sicht eine unzureichende Antwort. Dann wird Deutschland seiner Verantwortung für die Ukraine in dieser historischen Situation schlicht nicht gerecht. Das muss man sagen. – Ich will Ihnen das ganz offen sagen. Ich habe das vorhin schon in einer Frage angesprochen: Ich kenne Geschäftsführer von Rüstungsunternehmen, die sagen mir, sie hätten

jede Woche mit einem Referatsleiter im Bundeswirtschaftsministerium zu tun, der ihnen Fragen stellt, wie sie der Bundeskanzler vorhin auch angedeutet hat: Können die Ukrainer denn überhaupt mit den Waffen umgehen? Wo wollt ihr sie übergeben? Können die Ukrainerinnen und Ukrainer das überhaupt bezahlen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn wir auf diesem bürokratischen Niveau die ganze Geschichte am Ende kaputt machen wollen, dann sagen Sie das bitte ehrlich! Ich bin der Meinung: Wir stehen auf der Seite der Ukraine und müssen das dann auch leisten.

Dazu gehört auch die Frage der Energieversorgung, die natürlich keine kleine Frage ist. Ich will auch nicht abschließend sagen, dass ich alles beurteilen kann. Nur, wenn Robert Habeck sagt: „Wenn wir das Gas abschalten, ist es eine Katastrophe; aber wenn Putin das macht, dann ist das beherrschbar“, dann ist das zumindest mal ein offenkundiger logischer Widerspruch.

Deswegen sage ich: Diese Bundesregierung muss aus der Unentschiedenheit herauskommen. Sie muss sich klar bekennen. Sie muss eine Führungsrolle einnehmen. Sie muss wissen, wo sie steht in dieser Situation, und erst recht nach Butscha: an der Seite der Ukraine, an der Seite der Menschlichkeit.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dr. Christine Lambrecht, Bundesministerin der Verteidigung:

## Wir sehen im grellen Licht die Grausamkeit des Systems Putin



Christine Lambrecht (\*1965)  
Wahlreis Bergstraße

Die Bilder, die uns aus der Ukraine erreichen, sind schrecklich. Sie zeigen brutalste Gräueltaten, die an Zivilisten begangen werden. Unsere Gedanken sind bei den Opfern und ihren Angehörigen. Wenn wir

ehrlich sind, dann ist dieser Angriffskrieg, dieser brutale Angriffskrieg, schon ein Verbrechen, aber das, was wir da gesehen haben, was wir da sehen müssen, ist eine Entmenschlichung, die alle Grenzen überschritten hat.

Klar ist: Putin nimmt diese grauenvollen, grausamen Taten in Kauf. Aber es wäre zu kurz gesprungen, wenn wir das alles nur auf Putin reduzieren würden. Es sind nämlich nicht nur seine Taten; sondern jeder Kommandant, der so etwas befiehlt, jeder Soldat, der so eine Tat ausführt oder geschehen lässt, machen sich mindestens genauso schuldig, meine Damen und Herren.

Und alle müssen sich fragen lassen: Ist das das Russland, für das ihr die Uniform trägt, für das ihr stehen wollt? Ist das das Russland,

für das ihr kämpft? Die internationale Gemeinschaft muss klar antworten: Jede Tat muss schonungslos verfolgt werden, und es muss alles dafür getan werden – alles –, dass wirklich jeder einzelne Kriegsverbrecher auch seine entsprechende harte Strafe bekommt.

Aber wir sehen in den Straßen von Butscha mehr als nur Leichen. Wir sehen im grellen Licht die Grausamkeit des Systems Putin. Es ist ein System, dem alle Mittel recht sind, um seine Interessen durchzusetzen, ein System, das nationalistischem Großmachts-wahn alles unterordnet, das keine Grenzen kennt und keine Hemmungen ein System, das Recht und Menschlichkeit mit Füßen tritt. Und deswegen darf dieses System nicht gewinnen; es darf sich nicht durchsetzen.

Wer so handelt wie Putin, dem ist es egal, ob die Leichen auf den Straßen von Butscha oder die Leichen auf den Straßen von Tiflis, Vilnius oder Berlin sind. Daher müssen wir die Ukraine in ihrem Kampf gegen das System Putin stützen, sie unterstützen, wo wir nur können. Dabei geht es nicht darum, Schlagzeilen zu produzieren oder sich moralisch zu erleichtern. Nein, es geht darum, ganz konkret zu helfen, ganz konkret zu unterstützen.

Denn wir können diesen Krieg, so sehr es schmerzt, nicht mit einem Schlag beenden. Aber wir können die russische Fähigkeit zur Kriegsführung schwächen.

Wir haben bereits beispiellos harte Sanktionen erlassen, Sanktionen, die Russland an den Rand eines Staatsbankrotts gebracht haben und die zunehmend ihre volle Wirkung entfalten. Jetzt werden wir noch einmal entschlossen und gezielt nachlegen und dabei dann auch den Import

von Energieträgern im Blick haben. Ganz aktuell ist das vorgeschlagene Importverbot für russische Kohle dabei ein ganz wichtiger Baustein.

Meine Damen und Herren, wir haben die Ukraine bereits in großem Umfang auch mit Waffen beliefert, unterstützt, und wir arbeiten jeden Tag mit Hochdruck daran, weitere Waffen liefern zu können. Dafür sind wir im ständigen Austausch mit der ukrainischen

**Die Nato und Deutschland dürfen nicht riskieren, selbst zur Kriegspartei zu werden.**

Regierung, mit unseren Alliierten und Partnern und auch mit der Rüstungsindustrie.

Wenn wir über die Art und Anzahl der gelieferten Waffen aber nicht öffentlich reden, dann hat das einen guten

Grund: Die Ukraine hat ausdrücklich darum gebeten, und wir halten uns daran. Es geht aus militärischer Sicht nämlich darum, dass Russland im Unklaren über die Typen und Mengen der gelieferten Waffen ist und sich nicht darauf

einstellen kann; der Feind hört nämlich mit. Deswegen ist es wichtig, dass wir handeln, aber nicht darüber reden, weil das das Ziel gefährden würde, nämlich die Ukraine zu unterstützen. – Herr Wadehul, das ist keine bürokratische Hürde.

In diesem Zusammenhang ist eines ganz wichtig: Die NATO und Deutschland dürfen nicht riskieren, selbst zur Kriegspartei

zu werden. Denn das ist für ganz, ganz viele Menschen momentan eine große Sorge: Wie geht das weiter? Wie wirkt sich das aus? Was bedeutet das auch für uns? Wie entwickelt sich diese Spirale? Das kann man nicht einfach als bürokratische Hürde abtun. Nein, dieser Verantwortung müssen wir nachkommen.

Wir sind uns mit unseren Verbündeten in der NATO, mit unse-

ren Partnern in der Europäischen Union sehr einig, dass wir diese Grenze nicht überschreiten wollen und auch nicht überschreiten werden. Wir müssen verhindern, dass es in Europa einen Flächenbrand mit allen sich daraus ergebenden schrecklichen Konsequenzen gibt.

Meine Damen und Herren, das System Putin darf nicht gewinnen, darf sich nicht durchsetzen;

denn sonst können wir alle nicht mehr sicher sein, und daher müssen wir auch in Deutschland lernen, sehr viel wehrhafter zu sein – sehr viel wehrhafter zu sein. Dieser Gedanke steht hinter der sicherheitspolitischen Zeitenwende, die der Bundeskanzler verkündet hat. Dieser Gedanke steht hinter dem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr. Wenn wir heute in unse-

re Streitkräfte investieren – da geht es nämlich darum, unsere Werte von Recht und Menschlichkeit gegen das System Putin zu verteidigen –, dann geht es darum, uns und unsere Verbündeten gegen militärische Erpressung und Gewalt abzusichern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Jürgen Braun, AfD:

## Dieses grausame Handeln muss Konsequenzen nach sich ziehen



Jürgen Braun (\*1961)  
Landesliste Baden-Württemberg

Butscha war eine ruhige Kleinstadt unmittelbar vor den Toren Kiews mit einem großen See und viel Grün. Das Kiewer Großbürgertum der vorrevolutionären Zeit fuhr dorthin in die Sommerfrische, wie man damals hierzulande gesagt hätte. Nichts erinnert jetzt mehr an diese Vergangenheit; denn bis vor wenigen Tagen säumten Leichen die Straßen Butschas wie während des Holodomor, des kommunistischen Völkermordes an den Ukrainern.

Natürlich kann in jedem Krieg nicht nur der Aggressor Kriegsverbrechen begehen, sondern ebenso der Verteidiger. Wir als AfD fordern eine zweistufige Untersuchung, zunächst möglichst schnell durch die drei Experten, die der UNO-Menschenrechtsrat erst letzte Woche für die Ukraine benannt hat – der norwegische Chefermittler dieser Kommission hat schon das Ruanda-Tribunal geleitet –, und als zweite Stufe, falls die Kommission zu entsprechenden Ergebnissen gelangt, ein Kriegsverbrechertribunal wie zum ehemaligen Jugoslawien, das eine lückenlose Aufklärung ohne Ansehen der Kriegspartei leistet.

Was es aber jetzt schon gibt, sind Satellitenaufnahmen und Zeugenberichte. Tatjana Wladimirovna, eine alte Frau aus Butscha, erzählt, wie ihr Mann getötet wurde: Drei Soldaten, darunter

ein Tschetschene, stürmten ihre Wohnung, misshandelten und verschleppten ihn. Ihr hatte der Tschetschene mit Schlägen gedroht, falls sie sich widersetzte. Sie suchte ihren Mann anschließend tagelang. Bei der russischen Armee gab man ihr keine Auskunft. Eine Freundin sagte ihr schließlich, es seien Leichen im Keller eines Nachbarhauses gefunden worden. Tatjana erkannte ihren Mann nur an den Turnschuhen, so entstellt war die Leiche, und begraben musste sie ihn gemeinsam mit Freunden; denn die russischen Truppen kümmerten sich nicht einmal darum, die Leichen zu verscharren.

Die Betrachtung prima facie, also der erste Anschein, spricht für die klare Täterschaft einer bestimmten Seite. Und sollte sich das als wahr erweisen,

dann muss dieses grausame Handeln Konsequenzen nach sich ziehen.

Befragt nach dem Hintergrund solcher Verbrechen, erklärte der Osteuropahistoriker Jörg Baberowski – Zitat –:

Die Soldaten der russischen Armee werden mangelhaft versorgt, leiden Hunger und frieren. Sie werden von ihren Offizieren tyrannisiert ...

Menschen, die solcher Behandlung ausgesetzt sind, geraten ausser sich, sobald sich ihnen eine Gelegenheit bietet, andere Menschen genau so zu behandeln...

Butscha zeugt davon. Am 31. März zogen sich die russischen Streitkräfte zurück, am 1. April nahm

die ukrainische Armee die Stadt ein. Das erste Video aus Butscha, noch weitgehend unbeachtet von

den westlichen Medien, ist am selben Tag aufgetaucht, und amerikanische Satellitenaufnahmen zeigen inzwischen, dass die Leichen tagelang dort lagen. Trotzdem wird im russischen Staatsfernsehen behauptet, alles sei arrangiert, Leichen seien gar keine Leichen, die ersten Aufnahmen erst Tage nach der Rückeroberung aufgetaucht.

Die russische Propaganda wird auch vom deutschen Staatsfunk genährt. Der Bundesfaktenchecker Georg Restle, der noch vor Kurzem Putin als Realpolitiker gelobt hat, erklärt uns jetzt, die Ukrainer hätten Journalisten keinen Zugang zu Butscha gewährt. Dabei hatte die ARD über Wochen gar keinen eigenen Reporter in Kiew, trotz Zwangsgebühren in Milliardenhöhe.

Plötzlich entdeckt auch die nun oppositionelle CDU ihren Widerstandsgeist. Ihre Vorsitzende Angela Merkel hat doch erst dafür gesorgt, dass Deutschland derart abhängig von russischem Gas wurde, und zwar mit ihrem kopflosen links-grünen Atomausstieg.

Und es ist auch Merkels Erbe, wenn Bundeskanzler Scholz der

teilweisen SWIFT-Abschaltung Russlands erst als letzter EU-Regierungschef zustimmt, sogar nach Viktor Orban, den Sie, liebe Kollegen von der Union, jahrelang als Putin-Freund beschimpft haben.

Exemplarisch für den Umgang unserer Regierung mit dem Ukrainekrieg steht eine Szene aus dem Menschenrechtsausschuss, die ich vor zwei Wochen miterlebt habe. Die Kollegin Engelhardt von der SPD klagte bei einer Unterrichtung, dass die Ukraine Transfrauen nicht als Frauen, sondern als Männer betrachte und für sie der Wehrdienst gelte. Die Genossin fragte ernsthaft, ob sich die Bundesregierung dafür einsetze, dass die Ukrainer auch Transfrauen als Frauen anerkennen werden. Das ist leider kein Witz.

Was die Ukraine jetzt braucht, sind keine Belehrungen in Sachen Gender; das ist sogar das Letzte, was sie jetzt braucht. Was die Ukraine braucht, das ist ein starkes, wehrhaftes Europa der Vaterländer.

Vielen Dank.

(Beifall bei der AfD)

**Was die Ukraine braucht, das ist ein starkes, wehrhaftes Europa der Vaterländer.**

**Die russische Propaganda wird auch vom deutschen Staatsfunk genährt.**



Hunderte Demonstranten legen sich in einem stummen Protest gegen den Krieg auf die Wiese vor dem Reichstag.

© picture alliance/dpa | Annette Riedel

Bijan Djir-Sarai, FDP:

## Die Welt wird die Gräueltaten von Butscha niemals vergessen



Bijan Djir-Sarai (\*1976)  
Landesliste Nordrhein-Westfalen

Die grauenvollen Bilder, die uns seit dem vergangenen Wochenende aus Butscha erreichen, sind unerträglich. Mit dem Rückzug der russischen Truppen aus dem Großraum Kiew wird das Ausmaß der Zerstörung und der Barbarei immer deutlicher. Vor den Augen der ganzen Welt bricht Putins

Russland das Völkerrecht mit einer Brutalität, die ihresgleichen sucht.

Bis vor einer Woche hatte ich den Namen Butscha noch nie gehört. Bis vor einer Woche wusste ich nicht einmal, wo dieser Ort auf der Landkarte liegt. Ich bin mir aber sicher, dass künftige Generationen, ob in der Ukraine, in Deutschland oder in ganz Europa, wissen werden, was in Butscha passiert ist und wofür dieser Ort steht. Butscha steht für unfassbar viel Leid, Gewalt und grauenhafte Verbrechen.

Satellitenbildern zufolge liegen dort die toten Männer, Frauen und Kinder seit Wochen auf den Straßen, teilweise gefesselt, geknebelt und mit Spuren von Vergewaltigungen. Ohnmacht, Angst, Hilflosigkeit. Noch immer habe ich das Gesicht von Präsident Selenskyj vor Augen, der mit ausländischen Journalisten durch

Butscha geht, damit diese der Welt zeigen können, welche grausamen Massaker an unschuldigen Zivilisten begangen wurden. Sein Gesichtsausdruck spiegelt all jene Gefühle wider, die so viele ukrainische Mütter, Väter und Angehörige in diesen Tagen schmerzhaft durchleben.

Die Toten von Butscha, sie alle hatten Freunde und Verwandte; sie alle waren Menschen mit Träumen und Sorgen für das Leben. Sie alle hatten individuelle Biografien, und sie alle waren einzigartig. Ich weiß nicht, was wir noch für Bilder zu sehen bekommen werden; aber ich befürchte, dass die grausamen Bilder aus Butscha nur die Spitze des Eisberges sind.

Meine Damen und Herren, in den letzten Tagen ist viel über die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik gesprochen worden. Sehr oft habe ich in den letzten Tagen

gehört, dass wir alle naiv gegenüber Russland gewesen sind und Putin falsch eingeschätzt haben. Diese Fehler dürfen sich nicht wiederholen, und gerade jetzt, in dieser Situation, dürfen wir erst recht nicht naiv sein.

Der Westen hat nach dem Georgien-Krieg nicht entschlossen gegenüber Putin reagiert; der Westen hat nicht geschlossen auf die Krim-Annexion reagiert. Der Westen hat sich im Wesentlichen weggedreht, als Russland in Syrien ganze Städte und Dörfer ausgeradiert hat. Wir müssen uns darüber im Klaren sein: Solange dieses Regime existiert, wird es keine Sicherheit in Europa geben, nirgendwo.

Künftige Generationen werden uns, egal ob Regierung oder Opposition, die Frage stellen, wie wir uns in diesen Schicksalsstunden Europas verhalten haben. Wir sind es nicht nur den Opfern dieses Krieges schuldig; wir sind es auch uns selbst schuldig: Jede Form der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit diesem Regime ist eine Schande und muss schnellstmöglich beendet werden, meine Damen und Herren.

Deutschland und Europa zeigen sich in dieser dunklen Stunde

der europäischen Geschichte solidarisch mit der Ukraine – nicht nur mit schönen Worten, auch mit Taten. Weitere Taten und Handlungen müssen folgen; eine breitgefächerte Unterstützung der ukrainischen Streitkräfte ist von äußerster Wichtigkeit. Jetzt ist die Zeit gekommen, Russland klarzumachen, dass die Beziehung zum Westen endgültig zu Bruch gegangen ist, solange Putin die Macht im Kreml innehat.

Die Welt wird die Gräueltaten von Butscha niemals vergessen. Wir werden und müssen alles dafür tun, dass die Verantwortlichen für diese Verbrechen zur Rechenschaft gezogen werden. Putin hat versucht, mit seinem brutalen Angriffskrieg die Ukraine zu vernichten und den Westen zu spalten. Das ist ihm nicht gelungen, meine Damen und Herren, und das wird ihm auch nicht gelingen.

Wir stehen fest an der Seite aller Ukrainerinnen und Ukrainer, die in diesen schweren Tagen um ihre Freiheit und ihr Leben kämpfen. Slawa Ukraini!

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Dietmar Bartsch, DIE LINKE:

## Lassen Sie uns alles tun, damit der Krieg beendet wird



Dietmar Bartsch (\*1958)  
Landesliste Mecklenburg-Vorpommern

Die Bilder aus Butscha sind unerträglich: tote Männer, Frauen, Kinder, kaltblütig ermordet, auf offener Straße, auf dem Fahrrad, unschuldige Bürgerinnen und Bürger, auf der Straße liegen gelassen, in Massengräbern verscharrt. Was in Butscha getan wurde, ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Es sind Kriegsverbrechen. Die Verantwortlichen für diese Barbarei gehören schonungslos ermittelt; sie müssen vor einem Gericht für ihr Foltern und für ihr Morden zur Verantwortung gezogen werden,

und dafür müssen wir alles tun.

Die politische Verantwortung für die Toten von Butscha trägt Wladimir Putin. Ich wiederhole heute hier: Russlands Präsident ist ein Kriegsverbrecher. Seine Entscheidung, am 24. Februar die Ukraine zu überfallen, hat den Grundstein für die Verbrechen gelegt, die seit diesem Tag die Ukraine heimsuchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Butscha bestürzt uns auch deshalb, weil sich das Grauen abbildet, weil uns Fotos und Videos erreichen, weil Augenzeugen schildern, welche Gräueltaten begangen wurden. Ich will uns alle mal ermahnen, eine Sekunde an die vielen Geflüchteten zu denken, die diese Bilder auch sehen und die vielfach jetzt schon traumatisiert sind. Ich glaube, das sollten wir bei unseren Argumenten auch mit beachten.

Machen wir uns nichts vor: Butscha ist nicht der Ort von Kriegsverbrechen; Butscha ist ein Ort von Kriegsverbrechen. Weitere Bilder des Horrors werden uns erreichen, wenn Journalistinnen und Journalisten in andere Orte und Städte der Ukraine vordrin-

gen. Wer die wenigen Bilder sieht, die uns zum Beispiel aus Mariupol erreichen, ahnt, welche Dramatik wir noch zu erwarten haben.

Um das hier zu sagen: Die Verantwortung für den Krieg und die Verbrechen trägt Russland, niemand in Deutschland. Deswegen will ich das klar sagen: Dass Angela Merkel und Frank-Walter Steinmeier, die ich ansonsten viel zu kritisieren hatte, von einigen zu Helfershelfern des russischen Präsidenten erklärt werden, ist zutiefst unanständig und auch beschämend, meine Damen und Herren. Es geht hier nicht um Schlagzeilen. Wer nämlich versucht, den Krieg in der Ukraine parteipolitisch zu instrumentalisieren, der leistet keinen Beitrag, den Krieg zu beenden, sondern er spielt der russischen Propaganda eines gespaltenen Westens in die Karten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Verbrechen dieses Krie-

ges werden enden, wenn dieser verbrecherische Krieg endet; denn Kriegsverbrechen sind Kriegen immanent, und zwar allen Kriegen. Mein Eindruck ist, dass einige hier davon ausgehen, dass der Krieg in wenigen Wochen beendet sein kann, dass es die eine exportierte Waffe gibt oder die eine Sanktion, die Putin zur Kapitulation zwingt. Ich halte das, offen gestanden, für wenig wahrscheinlich. Dieser Krieg kann noch lange andauern, und da hilft es auch nicht, jeden Tag, lieber Kollege Wadepful, mit der Rüstungsindustrie Kontakt zu haben. Das ist etwas entlarvend, das hier so zu sagen.

Wir befinden uns in einem moralischen Dilemma, ganz gleich, ob wir durch Energieimporte den Krieg nun direkt oder indirekt finanzieren. Aber erklären Sie mir doch bitte einen Sachverhalt, der vorhin schon in der Regierungsbefragung eine Rolle spielte, sehr geehrter Herr Bundeskanzler: Warum schafft es Belgien, Vermögenswerte russischer Oligarchen in Höhe von 10 Milliarden Euro einzufrieren? Warum schafft es Frankreich, 850 Millionen einzufrieren? Italien hat mehrere Hundert Millionen Euro beschlagnahmt. Und Deutschland liegt

bei 95 Millionen Euro? Das ist doch unfassbar. Warum funktioniert das denn nicht? Warum versagt Deutschland bei der Durchsetzung der Sanktionen gegen russische Oligarchen? Liebe Kolleginnen und Kollegen, nach Recherche des ARD-Magazins „Kontraste“ haben russische Investoren allein in Berlin seit 2014 – und wir alle wissen, was 2014 war – Immobilien im Wert von 442 Millionen Euro erworben. Und Sie stehen aktuell bei einem beschlagnahmten Vermögen von 95 Millionen Euro in ganz Deutschland. Das ist wirklich unfassbar.

Sie haben am 15. März eine Taskforce gegründet; das ist ja richtig. Zuständig sind die Ministerien von Herrn Habeck und Herrn Lindner. Man hört relativ viel von den beiden Herren, nur dazu überhaupt nichts. Das muss sich ändern. Herr Scholz, machen Sie das zur Chefsache! Die Verantwortung dafür gehört ins Kanzleramt. Dieses Geld muss für den Wiederaufbau der Ukraine eingesetzt werden, meine Damen und Herren.

Ja, lassen Sie uns alles tun, damit der Krieg beendet wird! Nur das wird Verbrechen wie die in Butscha auch beenden.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Die politische Verantwortung für die Toten von Butscha trägt Wladimir Putin.**

Michael Roth, SPD

## Nur ein starkes Deutschland kann Europa helfen



Michael Roth (\*1970)  
Wahlkreis 169

vielen Orten, dass tagtäglich Zivilistinnen und Zivilisten einen furchtbaren Tod sterben. Aber dieser Angriffskrieg auf die Ukraine war von Anfang an verbrecherisch, frevelhaft, verwerflich und grausam.

Es ist sehr bitter, dies sagen zu müssen: Es ist nicht nur Putins Krieg. Viele Russinnen und Russen unterstützen Putin – und das sagt er ja selbst so – in seinem Kampf um die Befreiung der Ukraine vom Faschismus. Wie furchtbar und wie schlimm muss das vor allem auch in unseren Ohren klingen! Das wird bittere Konsequenzen haben; denn niemand kann sich darauf einstellen, dass dieses furchtbare Regime unter Führung von Putin so schnell aus den Angeln gehoben werden wird. Wir werden uns vermutlich noch auf absehbare Zeit mit diesem Regime auseinandersetzen haben, und es wird darum gehen, ob die Europäische Union, die Demokratien, die liberalen Gesellschaften diese Macht einzuhegen in der Lage sind.

Über die Zukunft Europas wird in diesen Tagen, Wochen und

Monaten nicht in Berlin, nicht in Paris, nicht in Rom, nicht in Stockholm, sondern in Mariupol, in Charkiw und in Butscha entschieden. Wenn Russland diesen furchtbaren Krieg gewinnen sollte, dann drohen weitere militärische Konflikte: in Moldau, in Georgien, möglicherweise auch in anderen Staaten des östlichen Europas. Das zieht sich bis in den westlichen Balkan, wo wir derzeit Sezessionsbestrebungen in Bosnien-Herzegowina erleben, die aktiv und völlig unmoralisch, kalt und brutal von Putin unterstützt werden.

Frieden und Sicherheit in ganz Europa, auch unsere eigene Sicherheit in Deutschland, sind nur dann möglich, wenn die Ukraine frei und souverän bleibt. Putin hat diesen Krieg zwar moralisch, wirtschaftlich und politisch längst verloren, aber er muss und er wird ihn auch militärisch verlieren. Und das wird maßgeblich davon abhängen, wie wir die

Ukraine in diesen dramatischen Zeiten unterstützen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Aus fast allen Fraktionen gehen derzeit Abgeordnete unserer Regierung auf die Nerven. Wir sind ungeduldig. Wir fragen uns tagtäglich, in jeder Stunde: Was können wir noch mehr tun? Wo müssen wir noch aktiver werden? Wo können wir noch mehr humanitäre Hilfe leisten? Wo können wir noch mehr für den Schutz der Ukrainerinnen und Ukrainer tun? Ja, wo können wir auch noch

**Es muss klar sein, dass wir am Ende zu weitreichenden Entscheidungen bereit sind.**

mehr militärische Unterstützung leisten? Dabei geht es um alle Waffen, die die Ukraine benötigt, die schnell und sicher geliefert werden können und die eben auch leicht bedienbar sind, damit sich die Ukraine zu ver-

teidigen vermag. Jeden Tag, den die Ukraine länger frei und souverän bleibt, werden die Chancen für eine Lösung am Verhandlungstisch wahrscheinlicher. Nur aus einer Position der Stärke und der Wehrhaftigkeit heraus hat die Ukraine eine Chance, zu überleben, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Es mag ein schwacher Trost sein, aber ich will es trotzdem wenigstens einmal gesagt haben: Was uns gemeinsam gelungen ist, ist, dass die Europäische Union

und die NATO geschlossen und entschlossen zusammenstehen. So viel Teamgeist hat es vermutlich schon seit vielen Jahren und Jahrzehnten in diesem vereinten Europa nicht mehr gegeben. Machen wir etwas daraus!

Vor allem muss das jetzt auch für die weiteren Sanktionen gelten. Wir müssen uns auch hierbei fragen: Was können wir tun, um noch mehr Druck auf Russland, auf Putin, auf die Oligarchen auszuüben? Ich finde, es ist die Pflicht der Bundesregierung, alle Maßnahmen auf soziale, wirtschaftliche und politische Folgen hin zu überprüfen. Das wird uns bisweilen in ein furchtbares moralisches Dilemma bringen; aber es muss klar sein, dass wir am Ende zu weitreichenden Entscheidungen bereit sind. Wir müssen die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes allerdings mitnehmen. Nur ein starkes Deutschland kann Europa bei dieser Bewährungsprobe helfen, und nur ein starkes Deutschland ist im Übrigen auch gut für die Ukraine.

Denn nur so können wir die Solidarität ausüben, um die wir immer wieder gebeten werden. Wir sollten die ausgestreckte Hand der Ukrainerinnen und Ukrainer in größter Not annehmen. Das ist unsere Pflicht, und das ist unsere Schuldigkeit.

(Beifall bei der SPD, der CDU/CSU, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Patricia Lips, CDU:

## Liefen Sie umgehend die Waffen, die die Ukraine jetzt benötigt



Patricia Lips (\*1963)  
Landesliste Hessen

sind Bilder von schwersten Menschenrechtsverletzungen und schlimmsten Kriegsverbrechen, die uns aus der Ukraine erreichen. Und nicht nur sie zeigen: Es geht bei diesem Angriffskrieg von Putin und seinen Schergen um die systematische Zerstörung eines ganzen Volkes, einer freien Nation. Hier ist ein Kriegsverbrecher am Werk, der keine Grenzen mehr kennt.

Aber sehen wir solche Bilder wirklich zum ersten Mal? Nur 45 Kilometer von Butscha entfernt liegt Babyn Jar. 1941 ermordete hier die SS Tausende jüdische Männer, Frauen und Kinder. Vor genau 30 Jahren – nachher kommt noch die Debatte dazu in diesem Haus – begann die Belagerung der bosnischen Hauptstadt Sarajevo. Was folgte, war das schreckliche Sterben von Srebrenica. Haben wir das alles noch in Erinnerung? Deshalb,

Kolleginnen und Kollegen, gilt doch heute umso mehr: Die Situation in der Ukraine ist fundamental und historisch. Der Ausgang dieses Krieges hat vor allem Auswirkungen für die Menschen dort, aber auch für unsere eigene Zukunft.

EU, NATO und weite Teile der Staatengemeinschaft stehen zusammen. Ein Sanktionspaket folgt dem nächsten. Und, ja Frau Lambrecht, es gilt: „Kein eigenes militärisches Einschreiten!“, um einen noch größeren Weltbrand zu verhindern. Aber dann müssen wir doch diejenigen, die am Ende auch unsere Freiheit verteidigen – und das ist wörtlich zu nehmen –, umfassend in die Lage versetzen, dies tun zu können. Sicher, auch unser Land tut viel. Allein die Hilfsbereitschaft unzähliger Menschen in diesem Land ist unschätzbar. Aber ich stelle dennoch die Fra-

ge: Kann diese Bundesregierung wirklich mit ruhigem Gewissen sagen: „Wir tun alles, um Putin zu stoppen“? Muss man nicht vielmehr sagen: „Von Anfang an stand der Eindruck im Raum, dass Deutschland mehr reagiere als agiere, und das oft auch nur auf Druck von außen, zumeist auf den letzten Metern, bis heute“?

Die Regierung hat beschlossen, Waffen zu liefern, so der Bundeskanzler noch vor wenigen Minuten an anderer Stelle hier in diesem Hause. Das ist gut. Aber, Herr Bundeskanzler, zur Wahrheit gehört doch, dass wir es erst getan haben, als alle anderen Partner bereits ihre Waffen auf den Weg gebracht hatten. Das gehört zur Wahrheit dazu! Wir liefern zu wenig, zu langsam und zu spät.

Kolleginnen und Kollegen, die weiteren Entwicklungen in diesem Krieg werden schneller kommen, als wir es heute erwarten – das ahnen wir doch jetzt schon –, auch beim Thema Energie. Ist dieses Land, ist diese Regierung darauf vorbereitet? Deshalb: Liefen Sie umgehend die Waffen, die die Ukraine jetzt benötigt, und nicht die, die Sie

gegebenenfalls selbst für sinnvoll halten! Es ist möglich. Vor allem: Setzen Sie sich bei allen Sanktionen an die Spitze der Bewegung! Das ist keine Hybris; es wird von uns erwartet.

Aktuell prüfen Sie, ob es ein eigenes Gesetz braucht, um Rechtssicherheit bei der Umsetzung der Sanktionen zu bekommen. Okay! Aber wir haben in der Zwischenzeit das fünfte Sanktionspaket. Und jetzt fängt Deutschland an, zu prüfen, ob wir die Sanktionen überhaupt rechtssicher umsetzen können? Kein Wunder, dass Sie in diesem Haus Fragen gestellt bekommen, wie viel Sie von den Vermögenswerten der Oligarchen hier schon einfrieren konnten! Der Ukraine hingegen läuft die Zeit davon.

Putin darf diesen Krieg nicht gewinnen. Darüber sind wir uns hier alle einig. Aber dann übernehmen Sie sichtbar Verantwortung und Führung in Deutschland, in Europa, in der Gemeinschaft unserer Partner.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Jürgen Trittin, Bündnis 90/Die Grünen:

## Wir dürfen keinen dieser Morde vergessen



Jürgen Trittin (\*1954)  
Landesliste Niedersachsen

© Grüne im Bundestag, S. Kaminski

Von Clausewitz stammt der Satz, dass Krieg nur die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei. Welche Politik wurde in Butscha mit Morden an Kindern, an Frauen, an Alten mit Folter, mit Vergewaltigung fortgesetzt? Dort, in Butscha, setzte das russische Militär Putins Politik um. Putin, der im Juli davon sprach, die Ukraine bedürfe keiner Eigenstaatlichkeit, es gebe eine ein-

heitliche Nation von Kleinarussen – so nannte er die Ukraine –, Belarussen und Russen, hat genau dieses auf den Weg gebracht. In Butscha wurden aus Putins Ankündigungen Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Und diese Verantwortung müssen wir klar benennen. Unter dem Vorwand, die Ukraine von einem jüdischen Präsidenten entnazifizieren zu wollen, kopiert die russische Soldateska bei ihrem Überfall auf die Ukraine die Methoden der Einsatzgruppen der deutschen Wehrmacht, der SS und der deutschen Polizei. Das ist die Realität, vor der wir stehen.

Michael Roth hat recht: Niemand darf davon überrascht sein, der gesehen hat, was in Grosny, in Aleppo, in Idlib geschehen ist. Aber ich muss noch etwas hinzufügen, an uns alle jenseits der Parteien gerichtet: Anfang der 2000er-Jahre haben viele geglaubt, mit Putin käme ein neuer Peter der Große nach

Russland. Doch die Russen haben nicht Wohlstand, nicht Modernisierung erfahren, im Gegenteil: Ihnen wurden nur Nationalismus und Gewalt geboten. Nicht Peter der Große, Wladimir der Schreckliche arbeitet an diesem Europa.

Wir haben uns geirrt. Wir haben geirrt, als wir geglaubt haben, man könne so jemanden mit ökonomischen Mitteln abschrecken. Putin schert sich nicht um ökonomische Abschreckung. Er versteht nur Abschreckung durch Militär und Gewalt. Deswegen die 100 Milliarden Euro, deswegen die Erhöhung der Präsenz an der Ostflanke, deswegen die Waffenlieferung an die Ukraine! Aber wir müssen auch einen anderen Irrtum beenden, den Irrtum, dass Wandel durch Handel

geschaffen wird. Wir haben die russischen Banken vom Zahlungsverkehr abgeklemmt. Wir haben die russische Zentralbank von der Währungsreserve abgeschnitten. Das sind die schärfsten Finanzsanktionen, die je verhängt worden sind. Wir haben uns in Europa entschieden – endlich, sage ich –, keine Kohle mehr importieren zu wollen. Deutschland arbeitet daran, dass kein Öl mehr nach Schweden kommt. Wir arbeiten daran, unseren Gasverbrauch zu reduzieren. Wir legen ein Paket vor, mit dem wir endgültig rauswollen aus den fossilen Energien; denn wir wissen: Nur wenn wir die erneuerbaren Energien schnell ausbauen, schaffen wir Energiesicherheit und beenden unsere Abhängigkeit.

**Nicht Peter der Große, Wladimir der Schreckliche arbeitet an diesem Europa.**

Meine Damen und Herren, glaubt eigentlich jemand, dass wir das jemals wieder rückgängig machen werden? Nein, das werden wir nicht. Deswegen sollten wir aufhören, von „Sanktionen“ zu sprechen. Was hier stattfindet, ist nichts anderes als die Abkoppelung Russlands von den Märkten Europas, von den Märkten der

USA, von den Märkten der G-7-Staaten. Darum geht es. Wir schicken das Russland von Wladimir dem Schrecklichen zurück in die Zeit der 60er-Jahre des letzten Jahrhunderts. Das ist es, woran wir arbeiten.

Ich muss ein Letztes hinzufügen, meine Damen und Herren. Wir dürfen keinen dieser Morde vergessen. Keiner dieser Mörder darf straffrei ausgehen. Das schulden wir den Opfern, ihren Familien und ihren Freunden. Das ist der Grund, warum wir zusammen mit der Beauftragten für Menschenrechte und dem Internationalen Strafgerichtshof alles tun werden, um Beweise zu sichern und die Verantwortlichen auch tatsächlich vor Gericht zu bringen. Wir müssen doch eines aus dieser Geschichte der Gewalt gelernt haben: Straffreiheit für Verbrechen gegen die Menschlichkeit ist Beihilfe. – Dies müssen wir beenden. Wir müssen klar sagen: Es gibt nur eine wirkliche Botschaft aus Butscha: Beenden Sie diesen Krieg! Ziehen Sie die russischen Truppen aus der Ukraine ab!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der FDP sowie des Abg. Matthias W. Birkwald [DIE LINKE])

Renata Alt, FDP:

## Die Täter müssen zur Rechenschaft gezogen werden



Renata Alt (\*1965)  
Landesliste Baden-Württemberg

© FDP-Bundestagsfraktion

zungen zwei Tage später. – Das ist nur einer von mehreren Dutzend Berichten von Augenzeugen, die Human Rights Watch inzwischen in der Ukraine sammeln konnte.

Meine Damen und Herren, die Bilder aus Butscha und anderen Vororten von Chernihiv, Char'kiw und Kiew sind eine Zäsur. Nach dem, was dort passiert ist, wird es kein Zurück mehr zum business as usual mit Putins Russland geben. Die Kriegsverbrechen der russischen Armee müssen geahndet werden. Wir haben weggeschaut, als Grosny dem Erdboden gleichgemacht wurde. Wir haben weggeschaut, als Zivilisten im syrischen Ost-Ghuta massakriert wurden. Viel schlimmer noch: Ab dem ersten Tag des russischen Überfalls auf die Ukraine gab es Berichte von Kriegsver-

brechen, von zerstörter ziviler Infrastruktur, von beschossenen humanitären Konvois, vom Bombardement der Geburtsklinik in Mariupol. Nach Butscha muss entschlossen gehandelt werden. Wir müssen jetzt eine totale wirtschaftliche Isolation Russlands anstreben.

Es geht aber nicht nur darum, den Druck auf das russische Regime zu erhöhen. Die Täter müssen zur Rechenschaft gezogen werden. Die Verbrechen, die schon jetzt von Menschenrechtlern genannt werden, umfassen Vergewaltigungen, willkürliche Hinrichtungen, Gewalt gegen Zivilisten, Plünderungen und Folter. Je mehr ukrainische Orte befreit werden, desto mehr Bilder wie die aus Butscha sind leider zu erwarten. Russische Entscheidungsträger und Offiziere, die diese Gräueltaten zuge-

**Wir müssen jetzt eine totale wirtschaftliche Isolation Russlands anstreben.**

lassen oder angeordnet haben, haben das Kriegsrecht mit Füßen getreten. Sie haben das humanitäre Völkerrecht und die Genfer Konventionen, aber auch das internationale Besatzungsrecht aufs Größte verletzt.

Die strafrechtliche Verantwortlichkeit für diese Gräueltaten erfordert Beweise, die den Standards von fairen Gerichtsverfahren standhalten. Die Ukraine kann zu einem Wendepunkt in der Dokumentation von Kriegsverbrechen werden. Es gibt kaum einen Krieg, bei dem Beweise von Kriegsverbrechen so früh gesammelt und so genau dokumentiert wurden. Die mutigen ukrainischen Beamten und lokalen zivilgesellschaftlichen Gruppen, die in belagerten Städten und Ortschaften tätig sind, riskieren ihr Leben, um diesen Krieg jetzt zu dokumentieren. Sie haben Menschenrechtsorganisationen und Open-Source-Forscher an ihrer Seite. Ihnen allen gebührt unser größter Respekt.

Uns allen muss klar sein: Jede Journalistin, jeder Kameramann vor Ort riskiert sein Leben. Unsere Aufgabe ist jetzt, beim Festhalten der Beweise zu helfen. Deutschland sollte die Kommissionen und NGOs beim Sammeln der Daten unterstützen. Den Open-Source- und Digital-

forensikern müssen wir Plattformen geben, damit sie bei den Untersuchungen ihre Erfahrungen aus früheren Konflikten austauschen können. Internationale Ermittler müssen darin geschult werden, wie Open-Source-Beweise eingesetzt werden können. Technische Ausrüstung, Satellitenbilder, digitale Infrastruktur – wir müssen helfen, wo es nur geht.

Meine Damen und Herren, Butscha ist ein Wendepunkt. Jetzt müssen wir parallel zu allen Sanktionen, zu jeglichem Druck, alles dafür tun, dass russische Soldaten bald vor nationalen und internationalen Gerichten stehen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Am 6. März besetzten die russischen Truppen das Dorf Worsel, circa 50 Kilometer nordwestlich von Kiew. Sie warfen eine Nebelkerze in den Keller eines Gebäudes, in dem mehrere Zivilisten Schutz suchten. Als eine Frau und ein 14-jähriges Mädchen aus dem Keller herauskamen, schossen die russischen Soldaten auf die beiden. Das Kind starb auf der Stelle, die Frau erlag ihren Verlet-

Dies ist eine gekürzte Version der Debatte. In der Debatte sprachen zudem die Abgeordneten Michelle Müntefaring (SPD), Thomas Erndl (CDU), Derya Türk-Nachbaur (SPD).

leicht  
erklärt!

# Weltweite Sicherheit der Ernährung

## Probleme durch den Krieg in der Ukraine



### Einleitung

Ende Februar hat Russland die Ukraine angegriffen.

Seitdem herrscht dort Krieg.

Dieser Krieg hat viele Folgen.

Eine dieser Folgen ist:

Der Krieg kann zu Problemen mit der Ernährung in vielen Ländern führen.

Man sagt auch:

Er kann die Sicherheit der Ernährung in diesen Ländern bedrohen.

Im folgenden Text gibt es mehr Infos dazu.

Folgende Fragen werden unter anderem beantwortet:

- Was meint man mit Sicherheit der Ernährung?
- Wovon hängt die Sicherheit der Ernährung ab?
- Was hat der Krieg in der Ukraine mit der Sicherheit der Ernährung in anderen Ländern zu tun?

### Was meint man mit Sicherheit der Ernährung?

„Sicherheit der Ernährung“ ist ein Fach-Wort.

In einem Land oder an einem bestimmten Ort herrscht Sicherheit der Ernährung, wenn alle Menschen dort genug zu essen haben.

Hat ein Mensch zu wenig zu essen, ist seine Ernährung **nicht** gesichert.

Im Moment gibt es auf der Welt fast 8 Milliarden Menschen.

Für das Jahr 2020 gehen Experten davon aus:

Ungefähr 800 Millionen Menschen haben nicht genug zu essen.



### Wann hat man genug zu essen?



Ein Erwachsener hat genug zu essen, wenn er ein gesundes Gewicht hat und dieses Gewicht halten kann.

Ein Kind hat genug zu essen, wenn es wachsen und Gewicht zulegen kann.



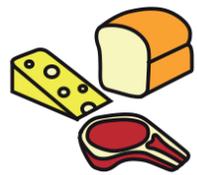
## Wovon hängt die Sicherheit der Ernährung ab?

Wie gut die Ernährung gesichert ist, hängt von verschiedenen Dingen ab.

Eine wichtige Frage ist, ob genug Nahrungs-Mittel da sind.

Eine andere Frage ist, ob diese Nahrung auch zu den Menschen kommt.

Das wird hier nun noch etwas genauer erklärt.



### Genug Nahrungs-Mittel

Für eine gesicherte Ernährung muss es in einer bestimmten Gegend genug zu essen geben.

Entweder wird das Essen direkt vor Ort erzeugt.

Oder es wird aus anderen Gegenden herangeschafft.

In verschiedenen Gegenden gibt es unterschiedlich viel Nahrung.

Zum Beispiel:

Schaut man sich die ganze Welt an, gibt es darauf im Moment genug Nahrung, um alle Menschen zu ernähren.

Schaut man sich aber kleinere Gegenden an, sieht man:

An manchen Orten gibt es mehr Nahrung, als die Menschen brauchen.

An anderen Orten gibt es zu wenig.

### Nahrungs-Mitteln bekommen

Auch wenn es in einer Gegend eigentlich genug Nahrung gibt, können dort Menschen hungern.

Denn: Menschen müssen auch an die Nahrungs-Mittel kommen.

Sie müssen sie zum Beispiel für sich selbst anbauen.

Oder sie müssen sie kaufen.

Oder sie müssen sie geschenkt bekommen.

Wenn nichts davon möglich ist, ist die Ernährung einer Person nicht mehr gesichert.

## Preise von Nahrungs-Mitteln

Sehr viele Menschen müssen sich ihre Nahrung kaufen.

Aus diesem Grund sind die Preise von Nahrung besonders wichtig für die Sicherheit der Ernährung auf der Welt.

Die Preise für Nahrung hängen von verschiedenen Dingen ab.

Ganz einfach kann man aber sagen:

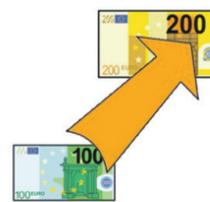
Wenn es viele Nahrungs-Mittel gibt, sind sie meistens günstiger.

Wenn es wenige Nahrungs-Mittel gibt, werden sie teurer.

In den letzten Jahren sind Nahrungs-Mittel immer teurer geworden.

Dafür gab es verschiedene Gründe.

Gerade während Corona ist das Problem auch noch mal größer geworden.



Wenn Nahrungs-Mittel teuer sind, ist das vor allem für ärmere Menschen ein Problem.

Sie können sich dann weniger oder keine Nahrungs-Mittel leisten.

Dieses Problem haben vor allem Menschen in bestimmten Ländern.

Diese Länder sind sehr oft in Afrika oder in Teilen von Asien.

Denn: Hier leben besonders viele ärmere Menschen.

## Probleme durch den Krieg in der Ukraine

Am 24. Februar hat Russland die Ukraine angegriffen.

Seitdem herrscht dort ein Krieg zwischen den beiden Ländern.

Dieser Krieg hat viele schlimme Folgen für viele Menschen.

Eine der Folgen ist:

Der Krieg hat Auswirkungen auf die Sicherheit der Ernährung in vielen Ländern.

Der Grund dafür wird nun etwas genauer erklärt.



## Getreide aus der Ukraine und Russland



Zu den wichtigsten Nahrungs-Mitteln auf der Welt gehören Getreide wie Weizen, Reis, Mais oder Roggen.

Sehr viele Menschen sind davon abhängig.

In der Ukraine und Russland wird sehr viel Getreide angebaut.

Einen großen Teil dieses Getreides verkaufen die Ukraine und Russland in andere Länder.

Diese anderen Länder sind auf das Getreide aus der Ukraine und Russland angewiesen.

Es sorgt dafür, dass die Menschen dort genug zu essen haben.

Durch den Krieg können die Ukraine und Russland nun nicht mehr so viel Getreide an andere Länder verkaufen.

Dafür gibt es verschiedene Gründe:

Der Getreide-Anbau in der Ukraine ist vom Krieg direkt betroffen.

Die Menschen dort kämpfen ums Überleben.

In Teilen des Landes kämpfen ukrainische Soldaten gegen russische Soldaten.

Sehr viele Menschen sind aus der Ukraine geflohen.

Viele Männer kämpfen jetzt im Krieg.

Das alles führt dazu, dass Bauern in der Ukraine nicht wie normal arbeiten können.

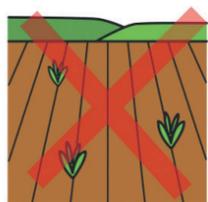
Sie können ihre Felder nicht bearbeiten.

Deswegen vermuten Experten:

Im Herbst wird in der Ukraine viel weniger Getreide geerntet als normalerweise.

Dann wird auch weniger Getreide in andere Länder verkauft.

Das fehlende Getreide wird man also überall auf der Welt bemerken.



Bei Russland ist es etwas anders.

In Russland wird nicht gekämpft.

Die Bauern können ihre Arbeit also erst mal ganz normal erledigen.

Aber: Es ist nicht sicher, wie viel Getreide Russland in nächster Zeit an andere Länder verkaufen wird.

Denn:

Viele Länder handeln im Moment kaum noch mit Russland.

Sie kaufen also weniger Dinge aus Russland.

Und sie verkaufen weniger Dinge nach Russland.

Dadurch wollen sie Russland dazu bringen, den Krieg gegen die Ukraine zu beenden.

Das könnte aber auch dazu führen, dass kein Getreide mehr aus Russland gekauft wird.



Es könnte auch passieren, dass Russland kein Getreide mehr an bestimmte andere Länder verkauft.

So will Russland dann vielleicht diese Länder bestrafen.

Weil sie weniger mit ihm handeln.



Was genau passieren wird, weiß man nicht.

Viele Experten sagen aber:

In diesem Jahr könnte weltweit viel Getreide fehlen.

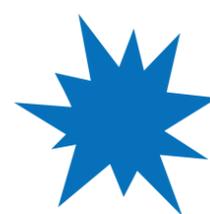
Dadurch könnten sich die Preise von Nahrungs-Mitteln stark erhöhen.

Dann können sich ärmere Menschen keine Nahrung mehr kaufen.

Und in vielen Gegenden der Welt droht eine Hungers-Not.

Besonders auch wieder in Ländern in Afrika oder Asien.

Denn: Diese Länder kaufen oft besonders viel Getreide aus der Ukraine oder Russland.



## Was kann man machen?



Es gibt verschiedene Ideen, was man gegen dieses Problem machen könnte.

Jeder dieser Ideen bringt aber wieder andere Probleme mit sich.

Man muss also genau überlegen, was man machen will.

Hier ein paar Beispiele:



Man könnte versuchen, weiter Getreide aus Russland zu kaufen.

Auch wenn man ansonsten keine Ware mehr aus Russland kaufen will.



Man könnte weniger Fleisch essen.

Denn: Um Fleisch herzustellen, muss man viel Getreide an Tiere verfüttern.

Von diesem Getreide könnten sich aber mehr Menschen ernähren als vom Fleisch, das damit hergestellt wird.



Man könnte weniger Bio-Produkte anbauen.

Denn: Beim Bio-Anbau kann man auf dem gleichen Acker weniger ernten als beim normalen Anbau.



Man könnte weniger Getreide für andere Dinge nutzen.

Aus Getreide wird zum Beispiel auch Treib-Stoff für Fahrzeuge hergestellt.

## Kurz zusammengefasst



Sicherheit der Ernährung bedeutet: Ein Mensch hat genug zu essen.

Damit die Ernährung gesichert ist, muss es also genug Nahrung geben. Und sie muss auch zu den Menschen kommen.

Viele Menschen auf der Welt haben aber nicht genug zu essen.

Zum Beispiel, weil sie es sich nicht leisten können.



Die Preise für Nahrungs-Mittel sind in den letzten Jahren stark gestiegen.

Dadurch können sich noch weniger Menschen genug zu essen leisten.

Durch den Krieg von Russland in der Ukraine könnte das Problem noch größer werden.

Denn: Die Ukraine und Russland stellen normalerweise sehr viel Getreide her.

Und sie verkaufen es in andere Länder.

Durch den Krieg könnte sich das ändern.

Das Getreide aus den beiden Ländern würde dann auf der ganzen Welt fehlen.

Die Preise für Getreide würden noch weiter ansteigen.

Für viele Menschen wäre das ein großes Problem.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: [www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

## Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten  
Werk**

[www.nachrichtenwerk.de](http://www.nachrichtenwerk.de)

Einen Ratgeber mit den Regeln der Leichten Sprache finden Sie auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Titelbild: © picture alliance / di-art/Shotshop / di-art. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukvve.nl](http://www.ukpukvve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 15-17/2022  
Die nächste Ausgabe erscheint am 2. Mai 2022.